

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pro Nummer 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf., monatlich 1,10 Pf., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anzeigeband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigendruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedichte und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 20. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Reaktionäre Volksverhöhnung!

Schon seit längerer Zeit hatte die preussische Regierung angekündigt, daß sie einen Gesetzentwurf vorzulegen beabsichtige, durch den die Ungerechtigkeiten des Landtagswahlrechts gemildert werden solle. Es war kein Zweifel, daß es sich nicht um eine Umgestaltung des elendesten aller Wahlsysteme im Sinne einer demokratischen Reform handeln würde, sondern nur um einige armselige Schönheitspflasterchen, durch die man das Geseh im Gegenteil kontervirieren wollte. Nun sind gestern, am Tage nach der Wahlrechtsdemonstration des Proletariates, diese „Verbesserungs“vorschläge der Regierung in Gestalt von zwei Gesetzentwürfen dem Landtage zugegangen. Und diese Gesetzentwürfe stellen in der Tat den blutigsten Hohn dar, den man dem sein Bürgerrecht heischenden Proletariat antun konnte! Denn daß die „Verbesserungen“ so armselig aussehenden würden, wie es die Gesetzentwürfe vorsehen, hätte man denn doch kaum annehmen sollen.

Man wußte, daß die Tendenz des Regierungsentwurfes darauf hinauslaufen würde, die schlimmsten Ungeheuerlichkeiten der bestehenden Wahlkreisgeometrie zu beseitigen. Die Einteilung der Wahlkreise für das preussische Abgeordnetenhaus beruhte für die alten Provinzen auf der Volkszählung von 1858, für die neuen durch den Eroberungskrieg vom Jahre 1866 gewonnenen Provinzen auf der Volkszählung von 1867. Da sich inzwischen die Bevölkerungsziffer der einzelnen Wahlkreise infolge der kapitalistischen Entwicklung ganz enorm verschoben hatte, bedeutete die bisherige Wahlkreiseinteilung eine unerhörte Benachteiligung der städtischen und industriellen Wahlkreise zugunsten der rückständigen ländlichen Wahlkreise. So hätten unter Zugrundelegung der Bevölkerungsverhältnisse vom Jahre 1890 in Berlin statt der neun Landtagsabgeordneten deren 23 gewählt werden müssen, im Regierungsbezirk Düsseldorf statt 21 deren 29, im Regierungsbezirk Arnberg 19 statt 16, im Regierungsbezirk Oppeln 23 statt deren 20. Aber auch in Breslau, in Köln, in Magdeburg, in Frankfurt a. M., in Eisenfeld-Varmen, in Stettin und Altona hätte der fortgeschrittenen Bevölkerungsziffer zufolge eine Reihe neuer Wahlkreise gebildet werden müssen.

Die Regierungsvorlage nun denkt gar nicht an eine auch nur halbwegs durchgreifende Beseitigung dieser Ungeheuerlichkeit. Es sollen im ganzen Neueinteilungen der Wahlkreise nur in Berlin, Potsdam, Oppeln, Arnberg, Arnberg und Düsseldorf erfolgen. Dadurch soll die Gesamtzahl der Abgeordneten im ganzen um 10 erhöht werden, und zwar soll Berlin statt der bisherigen neun 12 Abgeordnete erhalten, Potsdam, Oppeln und Düsseldorf je einen und der Regierungsbezirk Arnberg drei Abgeordnete mehr wählen dürfen. Da bei einer wirklich gerechten Wahlkreiseinteilung allein Berlin 15 Landtagsabgeordnete mehr erhalten müßte, so bedeutet die Vermehrung der Wahlkreise um 10 nicht nur einen Hohn auf die Wahlrechtsforderungen des Proletariates überhaupt, sondern sogar einen Hohn auf die Forderung einer vernünftigen Wahlkreisgeometrie!

Bezeichnend für den ultrareaktionären Charakter dieser Wahlkreisreform ist es auch, daß mit Ausnahme von Berlin bei der Vermehrung der Wahlkreise nur solche Regierungsbezirke in Betracht gezogen worden sind, in denen konservative, Zentrum und Nationalliberale dominieren. Diesen ausgesprochen reaktionären Parteien will man sieben neue Mandate zuschanzen, während dem Freisinn nur ein Mandatszuwachs von drei Mandaten in Aussicht gestellt ist. Das ist der Dank der Reaktion dafür, daß der Freisinn ihr die treuesten Schleppenträgerdienste geleistet hat! So erklärte sich denn auch, daß die freisinnige Presse durch diese Wahlkreisreform bitterlich enttäuscht ist und ihrem Unwillen über diese Uebertölpelung in der lebhaftesten Weise Ausdruck gibt. So schreibt die „Freie Deutsche Presse“:

„Wie wir befürchtet haben, ist die Wahlreformvorlage der Regierung nur ein armseliges Flickwerk. An der Grundlage des Wahlrechts, an dem Dreiklassenwahlrecht, das durch die Steuerreform trotz gewissenlicher Abmilderungsversuche noch plutokratischer geworden ist, wird nicht das geringste geändert. Auch die durchaus ungerechte Einteilung der Wahlkreise im ganzen erleidet durch die Novelle keine Verbesserung. Sie beruht nicht auf der Novelle, sondern auf dem alten Wahlrecht. Sie beruht nicht auf der Novelle, sondern auf dem alten Wahlrecht. Sie beruht nicht auf der Novelle, sondern auf dem alten Wahlrecht.“

Wie man sieht, ist die „Freie Deutsche Presse“, das führende Organ der freisinnigen Volkspartei, fast weniger darüber entrüstet, daß die Wahlreformvorlage der Regierung nicht an dem Klassenwahlrecht selbst rüttelt, als darüber, daß die Wahlkreiseinteilung nicht nach dem Prinzip der steuerlichen Leistungen erfolgt, d. h. den Geldsack ganz allein zum Stadtmesser des Wahlrechts macht! Daß die Bourgeoisie auch durch diese neue Vorlage wiederum vom Junkertum geprellt werden soll, entzückt den höchsten Enttäuschungsturm in diesen freisinnigen Gemütern. Daß die Masse des Volkes, in erster Linie das Proletariat,

auch bei der im freisinnigen Sinne gerechtesten Wahlkreiseinteilung so gut wie vollständig unbertreten bleiben würde, würde den freisinnigen Gütern des demokratischen Prinzips viel weniger Klopfscherben machen!

Der Freisinn hat es sich selbst zuzuschreiben, daß er so enoanillo behandelt wird! Er, der zu der Zeit, als er selbst Kraft seiner Mehrheit im preussischen Abgeordnetenhaus das Dreiklassenwahlrecht hätte beseitigen können, der damals aber die Rolle des unentwegten Verteidigers dieses schmachlichsten Wahlrechts spielte, hat nun zu allerletzt Ursache, darüber Magelieder anzustimmen, daß ihn die Junker nun ebenso behandeln, wie er früher das Proletariat behandelt hat!

Das entrechtete Volk aber, dem durch diese junkerliche Wahlkreisreform nicht einmal jenes jämmerliche Zugeständnis gemacht wird, das man dem Freisinn immerhin noch konzedierte hat, wird den Hohn, den man ihm durch die Regierungsvorlage zu bieten wagt, durch eine immer energischeren Wahlagitation beantworten. Wenn der Freisinn auch nur noch einen Funken von politischem Selbstbewußtsein besäße, so müßte er sich nun, wo auch er aufs neue begannert wird, mit aller Rücksichtslosigkeit und Energie der Wahlrechtsbewegung des Proletariates anschließen. Wir trauen freilich dem Freisinn auch jetzt noch nicht zu, daß er sich ermannen könnte. So ist nach wie vor das Proletariat auf sich selbst, auf seine eigene Tatkraft angewiesen. Nur dann, wenn das arbeitende Volk sich zur Eroberung seiner Bürgerrechte zu einer Armee zusammenschließen hat, die alle Glieder der Entrechteten und Enterbten umschließt, nur dann wird die Reaktion zur Herausgabe des Wahlrechts gezwungen werden.

Die beiden Entwürfe haben folgenden Inhalt:

Der erste Entwurf sieht eine Vermehrung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses und Aenderung der Landtagswahlkreise und Wahlorte vor, der zweite Gesetzentwurf: Aenderung der Vorschriften über das Verfahren bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Nach § 1 des ersten Entwurfs soll die Zahl der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten um 10 vermehrt werden, also 443 betragen. § 2 handelt von der Aenderung der Wahlkreise. § 3 enthält für die geänderten Wahlkreise eine anderweitige Bestimmung der Wahlorte. § 4 besagt, daß die Garnison von Mainz für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von dem 3. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Koblenz abgetrennt und dem 9. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Wiesbaden zugewiesen wird. § 5, der letzte Paragraph, bestimmt, daß das Gesetz bei der ersten nach seinem Inkrafttreten stattfindenden Neuwahl Anwendung finden soll. In einem beigegebenen Verzeichnis werden die zu ändernden Wahlkreise aufgeführt: Danach erhält Berlin statt der bisherigen 9 Abgeordneten 12 und wird in 12 Wahlkreise mit je einem zu wählenden Abgeordneten geteilt. Bei ihrer Abgrenzung war, wie die Begründung ausführt, neben Rücksichten auf Gleichberechtigung des Wahlbetriebes und auf die voraussichtliche zukünftige Bewegung der Bevölkerung, namentlich der Gesichtspunkt maßgebend, daß historisch zusammengehörige Teile der Stadt zunächst auch bei der Wahlkreiseinteilung nicht getrennt werden. Weiter ist der Wahlbezirk Potsdam Nr. 9, der aus den Landkreisen Keltow, Weeslow, Storkow, und aus den Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Nitzsch besteht, neu eingeteilt. Es ist vorgesehen, einen neuen Wahlbezirk aus dem Stadtkreis Charlottenburg, einen zweiten aus Nitzsch und Schöneberg zusammen, und zwar mit je einem Abgeordneten zu bilden, während in den beiden zu einem Wahlbezirk zu vereinigenen Landkreisen entsprechend ihrer Größe und Bedeutung die bisherigen zwei Abgeordneten belassen werden. Hier sind also zwei neue Abgeordneten geschaffen worden. Die dritte Teilung ist beim Wahlbezirk Oppeln Nr. 5, der aus den 4 Landkreisen Tarnowitz, Weuthen, Sattowitz, Jabrze und den 3 Stadtkreisen Weuthen, Königshütte und Sattowitz besteht. Hier ist die Teilung so vorgenommen, daß die Landkreise Tarnowitz und Weuthen, die Landkreise Sattowitz, Jabrze und die Stadtkreise Weuthen, Königshütte, Sattowitz je einen Abgeordneten wählen, während bisher von allen diesen Kreisen nur zwei Abgeordnete gewählt wurden. Die vierte Teilung ist im Wahlbezirk Arnberg Nr. 5, dem größten Wahlkreise der Monarchie, der aus 9 Stadt- und Landkreisen besteht, erfolgt. Die Abgeordneten sind hier von drei auf sechs vermehrt, es sind sechs Wahlkreise, die je einen Abgeordneten zu wählen haben, gebildet. Schließlich ist noch der Wahlbezirk Düsseldorf Nr. 5 (Essen-Duisburg-Rhein-Mühlheim-Ruhrort) geteilt worden. Die Zahl der Abgeordneten wird hier von bisher drei auf vier erhöht. Außerdem sind in 25 Wahlbezirken die Wahlorte anders bestimmt worden, hauptsächlich zur Vermeidung künftiger Wahlen in Kirchengebäuden. Verlegt ist der Wahlort im Wahlbezirk Labiau-Wehlau von Tapiau nach Wehlau, im Wahlbezirk Pr. Holland-Wohrungen von Wohrungen nach Pr. Holland, im Wahlbezirk Osterode-Reidenburg von Hohenstein nach Osterode, im Wahlbezirk Allenstein-Rößel von Vartenburg nach Allenstein, im Wahlbezirk Rastenburg-Serdanen-Friedland von Schippenbeil nach Vartenstein, im Wahlbezirk Sensburg-Ortelburg von Anseiden nach Sensburg, im Wahlbezirk Ratow-Dtsch.-Krone von Jastraw nach Schneidemühl, im Wahlbezirk Oberbarnim-Niederbarnim von Bernau nach Richtenberg und Eberswalde, im Wahlbezirk Osthavelland-Spandau von Rauen nach Spandau usw.

Der zweite Gesetzentwurf enthält Änderungen der Vorschriften über das Wahlverfahren. § 1 ändert die bisherigen Vorschriften dahin, daß an Stelle der Wahl der Mitglieder des Wahlvorstandes durch die Versammlung der Wahlmänner die Ernennung des Protokollführers und der Beisitzer durch den Wahlkommissar

treten soll. Nach § 2 fällt die jetzt bei Stimmgleichheit erforderliche Stichwahl fort, es braucht kein zweiter Wahlgang stattzufinden, sondern das Los kann sofort entscheiden.

Durch § 3 wird die „Frühwahl“ eingeführt, d. h. es brauchen nicht alle Wähler zusammen am Wahlische zu erscheinen, sondern sie ermächtigt dem einzelnen Wähler zu ihrer gelegenen Zeit seine Stimme abzugeben! Mit der Einführung der Frühwahl fällt andererseits die Möglichkeit fort, die engeren Wahlen sofort im Anschluß an den ersten Wahlgang, also gewöhnlich noch an demselben Tage vorzunehmen. Der Wähler wird häufig ein zweites Mal zur Wahl erscheinen müssen. Deshalb ist in der Vorlage die Frühwahl nicht allgemein vorgeschrieben worden. Ihre Einführung ist auf große Gemeinden mit besonders guten Verkehrsverbindungen beschränkt! Der Entwurf schreibt die Einführung der Frühwahl nur für Gemeinden von wenigstens 50 000 Einwohnern für die Urwahlen vor, gestattet jedoch zugunsten der Terminwahl für diese Gemeinden und zugunsten der Frühwahl auch für kleinere Gemeinden zu erlassen, deren Anordnung im Einzelfalle der Ministerialinstanz vorbehalten und von einem Antrage des Gemeindeverbandes abhängig gemacht wird. Für die Abgeordnetenwahlen wird die Einführung der Frühwahl nur in einzelnen Wahlbezirken fakultativ zugelassen.

Nach § 4 kann der Minister des Innern anordnen, daß in Wahlbezirken, in welchen die Zahl der Wahlmänner 600 oder mehr beträgt, die Wahl der Abgeordneten in Gruppen der Wahlmänner vorzunehmen ist und dabei die Orte innerhalb des Wahlbezirks bestimmen, an denen örtlich getrennte Gruppen der Wahlmänner zu versammeln sind. An Stelle dieser Bestimmung kann unter der gleichen Voraussetzung von dem Minister auch angeordnet werden, daß in dem Wahlbezirk die Abstimmung bei der Wahl der Abgeordneten in der Form der Frühwahl stattfindet. Außerdem enthält der Entwurf noch Vorschriften über die Verpflichtungen, das Ehrenamt des Protokollführers, des Protokollführers oder eines Beisitzers im Wahlvorstande anzunehmen, und die Berechtigung, diese Ämter abzulehnen. Die Vorschriften des Artikels 115 der Verfassungsurkunde, soweit sie den Vorschriften der Vorlage entgegenstehen, treten außer Kraft. Der Entwurf selbst soll mit dem 1. Oktober 1906 in Kraft treten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. März.

Afrika-Staats.

Auf Anfrage des Genossen Ledebour, wann denn nun endlich das Ende des südafrikanischen Krieges zu erwarten sei, gab heute im Reichstage namens der Regierung der Oberst Deimling eine Antwort, nach der noch auf Jahre hinaus zwecks „Unterwerfung“ der gegen ihre Unterdrückung und gegen die Verjüngung ihres Eigentums „rebellisch“ gewordenen südafrikanischen Völkerschaften gewaltige Truppenmassen in Afrika bleiben müssen. Erst nach Beendigung der Bahn nach Keetmanshop, meinte der Regierungskommissar, könne man an eine Zurückziehung der Truppen denken. Die Bahn ist überhaupt noch nicht bewilligt. Sollte sie bewilligt werden, so würden nach der vom Genossen Ledebour angestellten Berechnung etwa zwei Jahre auf den Bau verwendet werden. Also mindestens noch zwei Jahre soll eine Armee von 14 000 Mann in Afrika bleiben müssen! Der „Aufstand“ des Hottentottenstammes der Bondelzwarts begann Ende Oktober 1903. Als ihm der „Aufstand“ der Hereros folgte, hieß es: in wenigen Monaten würden die um ihr Recht und ihr Gut kämpfenden „Rebellen“ niedergehalten werden. Seit der Zeit sind hunderte von Millionen geopfert, blühende Menschenleben auf deutscher und afrikanischer Seite vernichtet. Und noch heute werden unübersehbare Opfer gefordert! Oberst Deimling erblickte in den militärischen Schritten der Niederwerfung des Aufstandes Vorteile auf „ideellen“ Gebiet, weil tausende doch nun mit eigenen Augen sehen, daß es dort drüben auch noch eine Welt gibt. Die übergroße Zahl Deutscher wird eher in der Erhebung der um ihr Gut und Recht geprellten Schwarzen und in ihrer verzweifeltsten Gegenwehr einen ideellen Zug herausfinden. Den Gebrauch von Waffen gegen um ihr Recht gekämpfte Menschen mag die kindliche Räuberphantasie eines alten Schandtemeyer, an dessen Räuberlieber Genosse Ledebour die sonderbaren Idealisten heute erinnert, als ein Ideal betrachten; für den nach Kultur und Verbreitung der Kultur strebenden Menschen sind Barbarei und Idealismus unvereinbare Gegensätze. Der Genosse Ledebour kennzeichnete diesen angeblichen „ideellen Zug“ und hob die Gefährlichkeit hervor, die schwere Lasten dem arbeitenden Volk zur Verfolgung von Menschen in Afrika auferlegt. Der Nachtragsetat in Höhe von 30 Millionen wurde bewilligt.

Bei dem Etat für Kamerun gelangte die bekannte Puttkameruniade, insbesondere der Justizminister gegen die Abwahlung und Festos Fertigkeit zur Ausstellung falscher Pässe zur Besprechung. Morgen Fortsetzung. —

Scharfmacherei.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet am Montag den Gesetzentwurf betr. die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst. Es handelt sich in der vom Herrenhause bereits erledigten Vorlage im wesentlichen um eine bessere Vorbildung der Referendare, die zur Regierung übertreten wollen; der eigentlich juristische Vorbereitungsdienst

soll abgefürgt, der in der Verwaltung entsprechend verlängert werden.

Aus der Debatte ist nur die Hege des rheinischen Großindustriellen und freikonserватiven Kommerzienrats Vorster gegen Professor Brentano und den Kurator der Universität Bonn, v. Kottenburg, hervorzuheben. Herr Vorster machte sich zum Sprachrohr derjenigen, die die Nationalökonomie in den Dienst des Unternehmertums stellen und jeden hängen möchten, der irgendwelche Forderungen der Arbeiter — und mögen sie noch so bescheiden sein — gutheißt. In früheren Jahren pflegte der selbige Stumm diese Rede zu halten.

Die Vorlage wurde einer Kommission überwiesen. Am Dienstag wird das Sparkassengesetz beraten. Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage soll am Donnerstag erfolgen.

Steuerfächer.

Den Junkern werden in der von der Reichsfinanzkommission umgeänderten Erbschaftsteuervorlage zwar weitgehende Vorrechte eingeräumt, dennoch paßt ihnen, so sehr sie auch neuerdings aus Rücksicht auf die Stimmung gewisser allerhöchster Kreise für die „größliche Flotte“ schwärmen, durchaus die Reichserbschaftsteuer nicht in ihre steuerpolitischen Absichten, denn aus eigenen Mitteln zu der Ausfüllung der Kosten für die Flottenvermehrung beizutragen, verstoßen sie in ihrem operativen „vaterländischen“ Herzen keine Kränze. Am liebsten würden sie diese Last durch die Einführung einer Erhöhung der Bier-, Tabak- und anderer Verbrauchssteuern der großen breiten Volksmasse auf. Da aber diese agrarisch-uneigennütige Steuerpolitik unter den heutigen Verhältnissen sich nur teilweise durchsetzen läßt, so plädiert neuerdings die agrarische Presse für die Einführung solcher Steuern, die speziell die Großindustrie treffen — mit der Motivierung, daß diese nicht nur die leistungsfähigsten Schultern beste, sondern auch an der Weltpolitik wirtschaftlich am meisten interessiert sei. So schreibt z. B. das Intelligenzblatt des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“:

„Angeht die Tatsache, daß sich sowohl die Reichsregierung als auch die Steuerkommission des Reichstages ängstlich davor gehütet hat, die am Ueberseehandel und dem Ausbau unserer Flotte so lebhaft interessierte Großindustrie zu irgend welchem Steueropfer heranzuziehen, ist eine Zusammenstellung interessant, welche kürzlich die „Vorwärts“ über die Rentabilität der Eisen- und Stahlindustrie brachte. Es sind dabei die Betriebsergebnisse von 13 größeren Werken innerhalb der letzten 6 Jahre berücksichtigt. Das gesamte Aktienkapital dieser Werke betrug 226 1/2 Millionen Mark, auf welches in den 6 Jahren 126 1/2 Millionen Mark an Dividenden oder 55 Proz. des Anlagekapitals verteilt worden sind. Das ergibt, auf das einzelne Jahr berechnet, eine durchschnittliche Dividende von reichlich 9 Proz.“

Daneben konnten die Reserven bis zur Höhe von etwa 5 1/2 Millionen gesteigert und so reichliche Abschreibungen vorgenommen werden, daß bei den meisten Werken, wie der „Vorwärts“ sagt, in den letzten 10—15 Jahren das ganze Aktienkapital schon einmal abgeschrieben ist. Das sind wirklich beweisende Zahlen für die Rentabilität der Eisen- und Stahlindustrie. Und dabei sind die Werksbetriebe von 13 größeren Werken innerhalb der letzten 6 Jahre berücksichtigt. Das gesamte Aktienkapital dieser Werke betrug 226 1/2 Millionen Mark, auf welches in den 6 Jahren 126 1/2 Millionen Mark an Dividenden oder 55 Proz. des Anlagekapitals verteilt worden sind. Das ergibt, auf das einzelne Jahr berechnet, eine durchschnittliche Dividende von reichlich 9 Proz.“

Man sieht, diese großindustriellen Werke sind wahre Goldgruben für ihre Aktionäre und für ihre im Hintergrund stehenden Gründerbanken. Ihre Erträge dürften aber noch weiter gesteigert werden, wenn erst die mit einem Kapitalaufwande von mehreren Hundert Millionen aus der preussischen Staatskasse zu erbauenden Kunstwasserstraßen fertig gestellt sind und wenn vom Reiche ebenfalls Hunderte von Millionen für neue Kriegsschiffbauten ausgegeben werden. Trotzdem hat man, wie schon erwähnt, von seiner Seite den Versuch gemacht, diese doch gewiß leistungsfähigen, kräftigen Schultern zum Tragen der neuen Reichsteuerlasten mit heranzuziehen. Und dabei war gerade diese großkapitalistische Schwerindustrie schon bisher vor anderen Industriezweigen in dieser Beziehung ungemein bedroht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat so unrecht nicht. Die rheinisch-westfälische Bergwerks- und Hüttenindustrie steht nicht nur in bezug auf Prosperität unter den wichtigeren deutschen Industriezweigen oben; sie hat auch an dem Flottenbau das größte heimliche Interesse, da sie den bedeutendsten und wertvollsten Teil der Schiffbaumaterialien liefert. Aus diesen Gründen und weil fast nirgends die Flottenpropaganda so eifrig betrieben wird als in den Kreisen der Eisen- und Stahlindustrie, wäre es nur gerecht, wenn diese Kreise auch am stärksten zu den Kosten der von ihnen propagierten Flottenvermehrung herangezogen würden — umso mehr, als die hohe Prosperität dieser größtenteils sonderbaren Industriezweige durchaus nicht, wie von der kapitalistischen Presse behauptet wird, allein auf ihrer Tüchtigkeit beruht, sondern vielmehr durch die Eisenbahntarifpolitik, die Vergesetzgebung und die deutsche Zollpolitik seit Jahrzehnten mächtig gefördert worden ist.

Das beste Mittel, jene Kreise in weit stärkerem Maße zu den Kosten einer Flotte heranzuziehen, die in der Hauptsache ihrem wirtschaftlichen Interesse dient, wäre die Einführung einer Reichseinkommen- und einer Reichsvermögenssteuer, deren Staffellung und Vermögensberechnung derart beschaffen ist, daß sie die kleineren Vermögen ganz frei läßt, dafür aber die rentablen industriellen Großbetriebe um so schärfer in Anspruch nimmt. Von solcher Steuern wollen jedoch die ostelbischen Großgrundbesitzer ebenfalls etwas wissen als die rheinischen Industriebarone, denn sie wissen, daß im Fall der Einführung derartiger Steuern auch die im ländlichen Großgrundbesitz angelegten großen Vermögen nicht völlig verschont bleiben könnten. Deshalb hüten sich denn auch die adeligen „Bauern“ mit über 500 Hektar, für derartige Steuerentwürfe einzutreten; was sie wünschen, sind Steuern, wie der Holz- und Kohlenausfuhrzoll, der nicht die hohen Gewinne der Industriellen trifft, sondern lediglich den betreffenden Industriezweigen den Absatz im Auslande erschwert und dadurch die inländische Produktionstätigkeit einschränkt. Das Motiv ihrer Steuerpolitik ist eben ausschließlich der eigene Nutzen.

Ein Sturmgefelle.

Am 18. März, am Tage der Revolution, hat das Leben eines Mannes geendet, der seit seines Lebens geglaubt hat, ein wahrer Revolutionär zu sein und der doch nur ein Revoluzzer gewesen ist. Ganz Wost ist zu Rew Port, 60 Jahre alt, gestorben. Da der Sozialismus sich ankündigt, die amerikanische Arbeiterbewegung zu erobern, geht der Apostel des Dynamits zum Grabe.

Ein reich begabter Geist ist erloschen. Johann Wost war einer von den vielen Talenten, die sich unter dem belebenden Einfluß der jungen sozialistischen Lehren losgerissen aus der Gebundenheit; ein Autodidakt, der sich mit starker Faust nahm, was der Klassenstaat ihm an Wissen vorenthalten hatte. Bald stand er in den vordersten Reihen der Arbeiterbewegung. Mit Andreas Scheu und anderen wurde er in den ersten Wiener Hochverratsprozess verwickelt und verurteilt, dann amnestiert und ausgewiesen. 1871 kehrte er nach Deutschland zurück und wirkte als beredter Agitator der Eisenarbeiter. Er hat das erste Parteiblatt der Chemnitzer Genossen redigiert, später die „Berliner freie Presse“, die Vorgängerin des heutigen „Vorwärts“. Ueber die Art seiner Agitation und Schreibweise urteilt Mehring in

seiner Geschichte der Sozialdemokratie: Die Presse der Partei war sehr in die Breite, aber nicht in die Tiefe gewachsen. . . . Ihren, teils proletarischen, Redakteuren schloß jede Nuße, sich in ihren Beruf einzuleben; wo es ihrer Beweisführung an sachlicher Kraft mangelte, hielten sie sich durch einen um so kräftigeren Ausdruck ihrer Ueberzeugungen darüber hinweg. . . . Hier (in der „Berliner freien Presse“) sprach Wost allzu oft über Dinge, die er wirklich auch nicht verstand. Zwar seine Polemik gegen Rommings Römische Geschichte war keineswegs so abgeschmackt, wie die bürgerliche Presse behaupten wollte, obgleich sie sehr viel zu wünschen übrig ließ, aber der populäre Auszug, den Wost aus dem ersten Bande des „Kapitals“ anfertigte, war voll von den ärgsten Mißverständnissen, und sein Vortrag über die Lösung der sozialen Frage rief die großen, bis dahin in der sozialistischen Literatur stets mit Achtung genannten Utopisten in lächerlicher Weise herüber, um dann selbst in der Ausmalung des „Zukunftstaats“ einem sehr seichten Utopismus zu verfallen.

Es war die Periode nach der Vereinigung der Eisenarbeiter und Lassekaner zur geeinigten sozialistischen Arbeiterpartei bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes, eine Zeit fieberhafter Agitationsarbeit und kräftigen Wachstums; die Flegeljahre der Partei nennt sie Mehring: In dieser Zeit ist Wost nicht nur inneren Sammlung gekommen, auch seine häufigen Gefängnisstrafen verhoffen sie ihm nicht — die Behandlung sozialistischer Redakteure im Gefängnis unterschied sich schon damals bedeutend von der Behandlung bürgerlicher Presskinder — Wost hat in seiner Proschüre „Die Bastille am Pflägerssee“ dieses System — man zwang ihn, da er gelernter Buchbinder war, für einen Unternehmer Papparbeiten anzufertigen — geschildert. Sein Reichstagsmandat — er war 1874 und 1877 vom Chemnitzer Wahlkreis in den Reichstag gewählt worden — schützte ihn vor solcher Mißhandlung nicht.

Als das Ausnahmegesetz die Presse und die Organisation der Partei zerstörte, weilte Wost wieder im Gefängnis. Am 9. Dezember verließ er es und sofort traf ihn die Ausweisungsbefehl. Er siedelte nach London über, wo er mit Hilfe des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins eine Wochenschrift, die „Freiheit“ begründete.

Sie wollte ursprünglich ein ausländisches Organ der deutschen Sozialdemokratie sein. Aber sie wurde bald, anstatt eine Stütze für die Partei zu sein, eine Quelle von Verlegenheiten. Die Verfolgungen, die Wost von Polizei und Gerichten in überreichem Maße zu erdulden gehabt, hatten ihn in furchtbarer Weise angeregt und erbittert. Dazu kam nun sein Mangel an fester theoretischer Basis und an historischem Sinn, der schon in seiner Polemik mit Rommings zutage getreten. So verlor er leider das Augenmaß für das Mögliche, so konnte es geschehen, daß er die durch die Verhältnisse gegebene Taktik, die die Partei unter dem Sozialistengesetz beobachtete, nicht begriff. Immer mehr entwickelte er sich zum Prediger der Gewalttat, zum Apostel der Bombe. Er stellte die Forderung auf, die Sozialdemokratie solle, da sie von der geistlichen Agitation für ihre Prinzipien ausgeschlossen sei, jeder Beteiligung am politischen Leben entsagen, sich nicht an den Wahlen beteiligen und alle ihre Kräfte nur auf die Vorbereitung zur Revolution konzentrieren. Dieses Programm war von wüster Verschimpfung der parlamentarischen Sozialdemokratie und ihrer Führer begleitet. Der Wiener Kongress der Sozialdemokratie beschloß folgerichtig den Ausschluß des Mannes, der sich selbst außerhalb der Partei gestellt hatte.

Ende 1882 ging Wost wieder nach Amerika. Hier vollzog sich bald seine Wandlung zum Anarchismus. Die Bombe, die Alexander II. von Rußland am 14. März 1881 niederschlug, hatte ihn zum begeisterten Anbeter des Dynamits als des wahren Mittels der Revolution gemacht. Noch im Jahre 1902 hat ihm diese Begeisterung für die Propaganda der Tat eine einjährige Gefängnisstrafe eingetragen. Als er das Attentat feierte, das im September 1901 Golzows auf den Präsidenten McKinley verübte, hat er die Justiz ein Exemplar. In einem ungefährlchen! Denn Wost hat seit vielen Jahren für die Arbeiterbewegung der Union und der Welt überhaupt nichts mehr bedeutet.

Er war ein Sturmgefelle, ein wilder Rebell. Aber ihm fehlte Erkenntnis, und so hat er vieles Bleibendes geschaffen, nichts Wertvolles hinterlassen. Er ist guten Willens gewesen und war allezeit ein ehrlicher Mann, ehrlich in seiner Selbstüberhöhung. Aber ein Pfadweiser, ein Führer der Arbeiterklasse konnte er auf die Dauer nicht sein.

Druckfehlerberichtigung. Unsere Leser werden bereits gemerkt haben, daß unsere Kritik in der Sonntagsnummer „Auf die Schanzen“ durch einen Druckfehler arg entstellt worden ist. In dem Satz: „Sie will die Dreimilionspartei zur Bierteilmilionspartei machen“, sollte es selbstverständlich heißen: „zur Vierteilmilionspartei“.

Deutsches Reich.

Die Reichstagswahl in Kaiserlautern.

Am Mittwoch, den 21. d. Mts., findet im sechsten pfälzischen Wahlkreis die Ersatzwahl für den freisinnigen Volksvertreter und Weimantischer Sartorius statt. Der Wahlkreis ist ein alter liberaler Besitzstand. Bis 1898 war er nationalliberal vertreten, u. a. durch Riquel von 1887—1890, wo er bekanntlich vom Oberbürgermeisterposten in Frankfurt a. M. ins preussische Finanzministerium berufen wurde. 1890—1898 vertrat den Kreis der nationalliberale Gutsbesitzer Brund. Er wurde durch den Vandaler Doktor Koeside, Rittergutsbesitzer in Gredorf, abgelöst, den 1903 Sartorius aus dem Sattel hob. Die sozialdemokratische Partei konnte seit 1878, wo ihre Stimmen gegen 841 im Jahre 1873 (Nachwahl durch den Tod des damaligen Vertreters) auf 243 gefallen waren, einen beständigen Stimmengewinn verzeichnen. 1893 hatte sie 2525, 1898 4993. Hier kam sie zum erstenmal in die Stichwahl, und zwar mit dem Bunde der Landwirte. In der Stichwahl 1898 siegte der Bund der Landwirte mit 10 990 gegen 10 146 sozialdemokratische Stimmen. 1903 einigten sich die liberalen Parteien auf Sartorius. Er erhielt in der Hauptwahl 8024 Stimmen, sein sozialdemokratischer Gegenkandidat Genosse Klement 7009 (also wiederum erheblicher Stimmengewinn), der Zentrumskandidat 4248 und der des Bundes der Landwirte 6114 Stimmen (1898 Hauptwahl 6078). In der Stichwahl gaben die Vandaler den Ausschlag, die für den liberalen Sartorius eintraten, der mit 11 968 gegen 9789 sozialdemokratische Stimmen siegte. Schon eine Betrachtung dieser Zahlen zeigt, daß die Chancen für unsere Partei recht günstige sind.

Als Bewerber um das Mandat stehen sich im jetzigen Wahlkampf gegenüber: als Vertreter des Zentrums der Pfarrrer Kempf von Gerbach, als Vertreter des liberal-freisinnig-demokratischen Gemeinches der Bürgermeister Schmidt von Obernheim, der Ortsgewaltige einiger kleinen zu einer Gemeinde vereinigten Ortschaften und früherer Besitzer einer Delmühle, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte Dr. Koeside und unser alter Kandidat, der Landtagsabgeordnete Klement.

Unsere Partei hat am frühesten von allen mit der Agitation eingesetzt und spannt alle Kräfte an, die Palme des Sieges für den Landtags- Abgeordneten Genossen Klement davonzutragen. Die Agitation ist nicht leicht, da der Kreis ein rein ländlicher ist. Er besteht aus 130 Orten. Kaiserlautern ist die einzige größere Stadt, sie hatte 1900 43 810 Einwohner. Es ist also ein harter Boden zu bearbeiten. Tugend von Versammlungen sind alle Sonntage abgehalten worden, am letzten Sonnabend und Sonntag vor der Wahl allein 22.

Grabschändung.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ leistet sich ein antisemitisches Späßchen. Sie veröffentlicht unter dem Titel „An den

Vorwärts“ ein „Gedicht“ mit den geistreichen Einleitungsworten, daß ihr „über Nacht“ die Antwort Ferdinand Freiligraths auf den Abdruck seines Gedichtes „Die Toten an die Lebenden“ durch den „Vorwärts“ zugegangen sei. Von diesem Gedicht sei folgende Silbprobe wiedergegeben:

Man rief mich heute nach Berlin!
Ach — daß ich hingegangen!
Wär ich nicht Geist, mir stiege vor Scham
Das Blut in meine Wangen.
Rein, niemals wieder soll es mich
Dem Ruf zu folgen gelassen.
Daß Gott erbarm! Wer sind es, die
Mit meinem Namen sich brüsten?
Rot die Kravatte, stier der Blick,
Jog wie zu Faschingspöffen
Laut lärmend durch der Straßen Zug
Ein Haufe von Genossen.
Auch Frauen zogen mit selbhand
Die Tröpsin mit dem Tropfe —
Mit Geisteraugen sah ich ein Brett,
Ein Brett vor jedem Stofe.
Sie zogen zum Saal. Dort stand ein Mann
Den sie Dreimarckreber heißen,
Und dieser Mann begann den Mund
Entseßlich aufzureißen.
Die Sprache rollt, die Rede dröhnt,
Viel Bier floß durch die Kehlen.
Was groß und heilig ward verhöhnt,
Man klatschte nach den Befehlen. . . .
Ich wandte mich um, und hab' nur noch
Von ihrer Säle Stufen
Dem armen arg bedürften Volk
Die Worte zugerufen:
Laßt, wenn Ihr wieder feste begeht,
Mich still in meiner Truhe!
Gönnt mir — ich bin der Eure nicht —
Die stille Grabesruhe!
Laßt mich, so lang es Euch Lust gewährt,
Dem Ausland die Stiefel zu leihen,
Erst wenn Ihr Deutsche geworden seid,
Müßt Ihr mich wieder weiden!
Nicht Kaffern und Boyern schauf ich das Reich
Nicht Welschen, Juden und Polen-Reich —
Das mag der Teufel holen!

Für Beantwortung dieses „Bizes“ ist und prompt folgendes drablose Telegramm zugegangen:

Wir haben lange nicht so gelacht,
Die wir in Walsall versammelt,
Als über die Verse, die „über Nacht“
Ein Hepp-Hepp-Schreiber gestammelt.
Das ist fürwahr der süßste Humor,
Die tollste der Geschichten,
Daß solch ein Hirnverbrannter Tor
Es wagt, mir „nachzudichten“.
Der Heine spitzte die Lippe schon,
Ein niedliches Spottlied zu pfeifen,
Der Lessing wollte gar dem Anjon
Das Fell über die Langohren streifen.
Doch Goethe winkte: gemacht, gemacht,
Ihr braucht nur mich zu plagieren.
Ihr kennt doch die Verse vom Kirchendach?
Die wollen wir variieren.
Der Kerl will den Dichter der Revolution —
Es ist zum Lebendigen —
Zum Städtergarden, zum Schützpatron
Der „dummen Kerle“ machen:
„Wodurch — gefagt mit Reberenz —
Kann er sein Recht beweisen?
Als durch die läbliche Tendenz,
Aufs Dichtergrab zu“

Ein Herkules Schredenskind.

Eines der begabtesten Mitglieder der Zentrumsfraktion ist, was das Neben anbetrifft, der Abgeordnete Matthias Erzberger. Die gütige Mutter Natur hat ihm eine derartige Jungenfertigkeit beschied, daß er es in puncto Redegewandtheit mit den geübtesten Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts aufzunehmen vermag. Früher sah es die leitenden Größen des Zentrums durchaus nicht ungern, wenn Herr Erzberger seinem Talent die Zügel schloßen ließ. Oft bemerkten wir auf dem breiten Gesicht des Herrn Gröber ein behagliches Schmunzeln, wenn er dem Redefluß des Herkules entant torriblo folgte. In neuester Zeit ist das jedoch anders geworden. Die scharfe Opposition des Herrn Erzberger gegen die offizielle Kolonialpolitik paßt dem Zentrum, das sich seine Stellung als Regierungspartei nicht verderben lassen möchte, nicht in seine Taktik. Und da Herr Erzberger mangels christlicher Selbstlosigkeit nicht versteht, den tatsächlichen Anforderungen seiner Fraktion gemäß sich bescheiden im Hintergrund zu halten, erfährt er durch die „Kölnische Volkszeitung“, daselbstes Blatt, das sich ihm noch im September vorigen Jahres für seine Angriffe auf die Kolonialverwaltung zur Verfügung stellte, eine derbe Abfertigung. Das Wachsische Blatt schreibt:

„Herr Erzberger gehört zu den regelmäßigsten Besuchern der Sitzungen, und da er die Vorlagen zu studieren pflegt und sehr redigiert ist, so liegt es nahe, daß er redet, häufig redet, wenn eben keines der führenden Mitglieder der Fraktion antwortet ist. Und das war in letzter Zeit in sehr unerwünschtem Maße der Fall. . . .“

Das sind allerdings keine erwünschten Verhältnisse, erwünscht weder für den Abg. Erzberger, noch für die Fraktion und die Partei im Lande. Manche Freunde des Abg. Erzberger sind schon längst der Meinung, daß er sich zu viel zumutet und so rascher sein Kapital an Arbeitskraft verzwirft, als seinem eigenen und der Sache Interesse entspricht. Es macht andererseits auch keinen guten Eindruck, wenn aus der Mitte einer großen Fraktion ein noch so junger Abgeordneter so häufig das Wort ergreift. Die Jugend ist allerdings ein Fehler, der sich mit jedem Tage bessert, aber man wird nun einmal nicht als Führer geboren, und zu einer führenden Rolle gehört außer anderen Eigenschaften doch auch ein Maß von Erfahrung und Umßicht, die niemandem in die Wiege gelegt werden, die man sich auch nicht im Handumdrehen erwirbt.“

Ob der Dämpfer helfen wird? Herrn Erzbergers Rede-Diarrhöe ist allem Anscheine noch nicht akuter, sondern chronischer Art.

Fahrkartensteuer.

Wie der „Lokal-Anzeiger“ zu berichten weiß, ist im Reichsschatzamt ein neuer Vorschlag zur Besteuerung der Eisenbahnfahrkarten ausgearbeitet worden. Die Steuerkommission des Reichstages hatte bekanntlich an Stelle des vorgeschlagenen festen, nach Wagenlasten abgestuften Stempels Kilometerzuschläge beschlossen, und zwar für die erste Klasse 1, für die zweite 1/2, und für die dritte 1/3 Pf. Dieser Beschluß ist aber bei den verbündeten Regierungen auf so erhebliche Bedenken gestoßen, daß bei der zweiten Lesung in der Kommission von neuem der Versuch gemacht werden soll, einen festen Stempel zur Annahme zu bringen, jedoch nicht in Form des ursprünglichen Planes, wonach für die erste Klasse 40 Pf., für die zweite 20 Pf., für die dritte 10 Pf. und für die vierte Klasse 5 Pf.

erhöhen werden sollten (unter Freilassung aller Fahrkarten unter dem Betrage von 2 M.), sondern in der Form eines noch Zonen abgestuften Stempels unter Freilassung des Vorort- und Nahverkehrs.

Das Spezialorgan der junkerlichen „Auch-Bauern“, die „Deutsche Tageszeitung“, bemerkt zu dieser Meldung:

„Wir würden es, wenn es zuletzt auch auf dasselbe hinauskommt, für zweckmäßiger und einfacher halten, wenn die Abstuflung nicht nach Zonen, sondern nach den Fahrkartenpreisen vorgenommen würde. Die Fahrkarten bis zu 2 M. können frei bleiben, die übrigen mögen einen Stempel von 10 Pf. bis vielleicht 2 M. erhalten. Stäffelt man den Stempel nach dem Fahrkartenpreise, so wird dadurch auch der Unterschied zwischen den einzelnen Wagenklassen gleichzeitig erfasst. Die Reisenden der niederen Klassen werden entsprechend weniger getroffen als die der höheren.“

Recht charakteristisch für die Uneigennützigkeit der Hintermänner des Blattes. Nach dem Vorschlag der Regierung zahlt z. B. der Reisende dritter Klasse nur ein Viertel der Steuer, die von den Passagieren erster Klasse erhoben wird, nach dem Vorschlag der „Deutschen Tagesz.“ jedoch die Hälfte.

Durch die rosenrote Brille.

Das alte Lebsohn hatte für Sonntag die Leser des „Berliner Tageblatt“ wieder mit einer seiner politischen Wochenschau-erleuchtungen zu beglücken. Da er sich in erster Linie mit Frankreich befassen zu wollen glaubte, so lag die Versuchung nahe, sich in die phrasenreiche Gedankenbahn der französischen Bourgeoisie einzuspinnen. Und da ist der alte Knabe so gründlich ins Französische hineingeraten, daß die Einleitung seines erst gemeinten Artikels eine Bonalität ersten Ranges wurde.

Lebsohn kommt aufs Unglück von Courrières zu sprechen und meint: Der Blanz der roten, der goldenen, der grünen, der schwarzen, der weißen Internationale müsse verblaffen vor dem Leuchten der neuesten, der allernuesten, der „rosenroten Internationale der Brüderlichkeit und Humanität“ (Patent Roffe-Lebsohn, made in Germany). Mit dieser „rosenroten Internationale“ ist gemeint die Hilfsaktion der braven westfälischen Bergleute, die nach Courrières eilten, um auf die Gefahr hin, das eigene Leben zu opfern, in herbvortragender Weise an den Vergungsbearbeitern teilzunehmen.

Wir sind die letzten, diese Hülfleistung, die — nach Lebsohn — spontan aus dem deutschen Gemüt erwuchs, zu verkleinern. Wir behaupten aber, daß sie aus dem proletarischen Gemüt erwuchs, das heißt: daß im umgekehrten Falle französische Bergleute sich ebensowenig besonnen hätten, aus ihrem „französischen“ Gemüt heraus deutschen oder englischen, spanischen oder italienischen Brüdern zu Hilfe zu kommen.

Und wenn Lebsohn in seiner tränenreichen Trivialität meint, die deutschen Bergleute hätten den Nobelpreis verdient, so antworten wir: Soweit wir proletarisches Empfinden kennen, vermuten wir, daß die braven Knappen höchstwahrscheinlich jeden „Preis“ ablehnen würden, den man ihnen anböte für das, was sie einfach als — Menschenpflicht erachten. Hat doch ein französischer Arbeiter, der sich so herbvortragend an der Vergung der Leiden beteiligte, daß ihm die Rettungsmedaille zuerkannt wurde, sich geweigert, die Auszeichnung anzunehmen! Herr Lebsohn sollte sich einmal Bürger Gedicht: „Hoch klingt das Lied vom braven Mann!“ durchlesen, da könnte er auf seine alten Tage noch allerlei lernen. Aber so geht's diesen Doctoren: Wenn sie die Gefühle und die Gedanken der „rosenroten“ internationalen Bourgeoisie gedankenlos aufs Proletariat übertragen, so kommt allemal Unsinn heraus.

Und noch eins: Wenn die deutschen Kapitalisten der Rettungsmannschaft gedanklos gestöhlet haben, in Courrières auf einige Zeit „rosenrote Internationale“ zu mimen, so spielt da das internationale böse Kapitalistengewissen eine größere Rolle als etwa die „Unternehmer-Brüderlichkeit“ oder die „Grubenmagnaten-„Humanität“.

Und das ist kein Unsinn. —

Sand in die Augen. Die Petition des Arbeiterausschusses der Reichsdruckerei, die Steuerzulagen für die im Betriebe Beschäftigten forderte, wurde bekanntlich hauptsächlich aus dem Grunde abgelehnt, weil der Regierungskommissar hierbei unzureichendste Mittelungen über die Sparkasse machte, durch die die Mitglieder der Petitionskommission eine ganz falsche Vorstellung von der „Wohlhabenheit“ der Reichsdruckereiarbeiter bekam. Wie es möglich war, daß man den Arbeitern erst hoch und teuer strengste Geheimhaltung der Rentenverhältnisse nach außen hin versprach, und bei der ersten sich bietenden Gelegenheit dieses „Manneswort“ einfach unbrüchlich ließ, um den Arbeitern die Steuerzulage vorzugewähren, darüber wird wohl am besten der Vorgesetzte, Direktor Landbeck — der jeweilige Direktor ist nämlich immer Vorgesetzter — Auskunft geben können. Aber sehen wir uns einmal die Rentenverhältnisse etwas näher an, die eine Steuerzulage überflüssig erscheinen lassen: An ordentlichen Spareinlagen (pro 1905) sind 53 461,45 M. von im Durchschnitt etwa 1300 Mitgliedern geleistet worden, das macht pro Kopf etwas über 4 M. Es wurden aber an Darlehen 53 248 M. gegeben, welche Summe, auf die Mitglieder verteilt, ebenfalls etwa 4 M. ergibt, so daß tatsächlich überhaupt nichts geparkt wurde.

Rund gab der Regierungskommissar aber als Gesamtsumme 101 309 M. an. Die fehlenden 47 848 M. sind nämlich sogenannte „außerordentliche“ Spareinlagen. Diese werden von Leuten geleistet, die sich in ausdehnend dotierten Stellungen befinden und aus irgend welchen Gründen sich zu derartigen Extravaganzen verpflichtet fühlen. Auch soll nicht bestritten werden, daß hier und da mal ein Arbeiter eine größere Summe einzahlt, doch hat auch dies seinen Grund. Es werden nämlich alle Spareinlagen mit drei Prozent verzinst, genau wie bei der Sparkasse; am Schluß des Geschäftsjahres gelangt aber außerdem eine Dividende zur Auszahlung, die 1903: 1 1/2 Proz., 1904: 1 1/2 Proz., 1905: 1/2 Proz. betrug, sodas die Sparguthaben zwischen 4 1/2 und 3 1/2 Proz. Zinsen trugen, ein Zinsfuß, der sich bei der vorhandenen Sicherheit immerhin sehen lassen kann. Man begreift nun wohl, warum „außerordentliche“ Einlagen gemacht werden, die jedenfalls bei einer Beurteilung der Klasse vollständig außer Betracht bleiben müssen. Fast steht vielmehr, daß die Spareinlagen von 4 M. pro Kopf fast gänzlich durch die gegebenen Darlehen wieder herausgenommen wurden. Im übrigen erfolgen jetzt infolge dieses Vertrauensbruchs zahlreiche Austrittserklärungen, sodas, wenn die Direktion die Sache nicht nachträglich noch etwas überzudert, die Lage der Klasse geätzt sein dürfte.

Man ersieht aus dem Vorliegenden aber wiederum, mit welcher Unberantwortlichkeit den Reichstagsabgeordneten vom Regierungstische Angaben gemacht werden. Und doppelt bedauerlich ist es, wenn durch solche Vorkriegselungen gerade die benachteiligten werden, die die teueren Zeiten am eigenen Leibe erfahren! Selbstverständlich paßt das aber ganz in den Rahmen eines „Musterbetriebes“ wie die Reichsdruckerei. —

Freiherr von Nitzsch-Kohlhölz, der sich als konservativer Abgeordneter des Wahlkreises Striegern-Schweidnitz Freiherr v. Nitzsch-Kohlhölz titulieren läßt, vielleicht weil Damsdorf besser klingt wie Kohlhölz — fühlte sich durch eine Notiz im „Proletarier aus dem Guldengebirge“ beleidigt, die an das Eintreten des alten Freiherrn für die Weigelsstraße erinnerte. Um den Beweis zu liefern, daß das Eintreten für die genannte barbarische Strafe unter aller Kritik lag, war der Freiherr zum Kabi gelassen und hatte Strafanktrag wegen formaler Beleidigung gegen den Redakteur des Rangenhilauer Parteiblattes, Genossen Franz Feldmann, gestellt. Der Staatsanwalt verfolgte die Sache im öffentlichen Interesse. Die Strafkammer in Schweidnitz erkannte auf eine Woche Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte „bloß“ einen Monat Gefängnis als Sühne für die geschädigte freiherliche Ehre beantragt. —

Einem großen, fast unerklärlichen Verlust, so sagt der Polizeipräsident in seinem Nachruf, hat die Berliner Polizei erlitten. Der Chef der politischen Abteilung, der Geheimregierungsrat Ruhl, ist gestorben. Der Verstorbene stand der politischen Abteilung seit länger denn 20 Jahre vor. Der Nachruf des Polizeipräsidenten rühmt ihm sicheren Blick und anderes mehr nach. Unter diesen Umständen ist zu verstehen, daß dieser Verlust fast unerklärlich ist, denn die Berliner Polizei hat, wie ihre diversen Reinsfälle wieder beweisen, an Intelligenzen gerade keinen Ueberfluß. —

Ein neuer Mißerfolg in Südwestafrika.

Kürzlich wurde offiziell gemeldet, daß der Hottentottenführer Morenga demahen von den deutschen Truppen umzingelt sei, daß seine Gefangennahme bevorstehe. Die neuesten Nachrichten aus Südwestafrika zeigen jedoch, daß die Siegeshoffnung verkrüppelt gewesen ist. Morenga hat nach scharfen Gefechten den Umschließungskeis durchbrochen und ist — entküpft. Amlich wird darüber gemeldet:

Major Täubler hat am 11. März bei Belladrist den Angriff gegen den von ihm umstellten Gegner ausgeführt. Die Abteilung des Hauptmanns Siebert griff von Westen, die Abteilung des Oberleutnants Behr, die bereits einen gefestigten Nachmarsch zurückgelegt hatte, von Osten her an. Nach längerem Widerstand gelang es dennoch den Hottentotten, deren Stärke auf etwa 100 Weisere geschätzt wird, nach Nordosten zu entziehen und sich in dem unwegsamen Gebirge zu zerstreuen. Morenga soll diese Bande persönlich geführt haben. Auf deutscher Seite ist ein Reiter gefallen, ein Reiter schwer verwundet. Major v. Gtstoff ordnete sogleich die Befehung der Wasserstellen von Krus, Velloer und Kantiss und die Verfolgung des Gegners durch die vereinigten Abteilungen Siebert und Behr den Dranse aufwärts an.

Die Abteilungen der Hauptleute v. Erdert und v. Hornhardt, die am 12. März den Gegner bei Hartbeestmund geschlagen hatten, setzten noch am Abend desselben Tages den Vormarsch in Richtung Belladrist fort. Auf Saumpfadern, die Gefährliche, Maschinengewehre und Verpflegung auf Tragetieren verladen, verfolgte man den Feind, dem es möglich war, von den feilichen hohen Felswänden herab unsere Kolonnen zu beschleien und zu zeitraubenden Entwidlungen zu zwingen. Am 13. März morgens wurde endlich eine frischverlassene West erreicht, aus der nur noch vereinzelte Schiffe fielen. Die mit Dedden und Hausgerät gefüllten Pontons, zurückgelassene Gewehre und Sädel liehen die Eile erkennen, mit der der Feind geschlüpft war. Die Insassen zogen sich rechtzeitig über den Dranseflus zurück und setzten sich zum Teil auf den dicht bewachsenen englischen Flußinseln, zum Teil auf dem südlichen britischen Ufer fest. Nach Mitteilung des Gouverneurs an den Oberst Dame hat der Kolonialsekretär in Kapstadt die Entwaffung und Internierung der Flüchtlinge bereitwilligst zugefagt. —

Dyker über Dyker.

Berlin, 17. März. (Amtliche Meldung.) Auf Patrouille bei Rainos am 5. März 1906 gefas: Kriegerfreiwilliger Max Schneider, geboren am 30. 8. 81 zu Pörsendorf, Gals- und Brustschuß; leicht verwundet bei Umeis am 6. März 1906; Gefreiter Wilhelm Schulze, geboren am 26. 7. 81 zu Elberfeld, Streifschuß linken Unterarm; im Gefecht bei Belladrist am 8. März 1906; Gefreiter Otto Urmann, geboren am 18. 2. 82 zu Sagan, Geschöspitzer linkes Schulterblatt, Streifschuß Martin Lorenz, geboren am 7. 11. 81 zu Rantenkingen, Streifschuß Rücken.

Sergeant Paul Riß, geboren am 13. 5. 82 zu Gnesen am 11. März 1906 im Lazarett Keetmanshoop an Ruhr und Bauchfellentzündung gestorben.

Reiter Ewald Rösche, geboren am 3. 3. 83 zu Sotland, am 13. März d. J. im Lazarett Arabis an Ruhr gestorben. Reiter Heinrich Johann Trommer, geboren am 25. 7. 84 zu Würzburg, am 11. März d. J. bei Belladrist schwer verwundet; Streifschuß Schäfte, Steinplitter beide Augen. Gefreiter Ernst Jacobi, geboren am 27. 11. 83 zu Steglitz, am 14. März d. J. im Lazarett Windhuf am Typhus gestorben.

Ausland.

Italien.

Die Verteidigung der Parteifraktion.

Rom, 17. März. (Fig. Ver.)

Der heutige „Avanti“ veröffentlicht die Erklärung der Parlamentsfraktion, die den Beschluß der sozialistischen Abgeordneten, für Sonnino zu stimmen, rechtfertigen soll. Die Erklärung ist von Turati verfaßt und spiegelt ganz seine Auffassung des Konflits wieder. Sie ist von allen Mitgliedern der Fraktion unterzeichnet, mit Ausnahme von Costa und Agnini, die abwesend sind, und von De Felice und Calbi, die prinzipielle Einwände erhoben haben.

Zunächst wird in der zwei Spalten langen Erklärung die Autonomie der Fraktion betont. Es heißt hier: keine Partei, die sich selbst und ihre Delegierten achtet, könnte jemals diese „der Fähigkeit entziehen und der Pflicht entziehen, von Augenblick zu Augenblick souverän zu entscheiden, welches auf parlamentarischem Gebiet die dem Schuge der höchsten Interessen des Proletariats angemessene Politik sei und danach ihre Aktion zu richten, um dann diese Aktion in ihren großen Linien der nachträglichen Kontrolle der Parteitage zu unterwerfen.“

Ueber die konkreten Motive, auf die sich der Beschluß der Fraktion stützt, wird gesagt, daß alle sozialistischen Abgeordneten einig waren in der Beurteilung der Politik der vorigen Ministerien und es daher für ihre Pflicht ansehen, deren Rückkehr zu verhindern, was unter den gegebenen Umständen nur durch Gewährung eines Vertrauensvotums möglich war.

Ebt turatianisch ist auch der Teil der Verteidigung, der sich auf die Verletzung des Parteitagbeschlusses bezieht. Die herrliche These, daß die Fraktion im Sinne der Tagesordnung von Belgona handelt, wird ganz preisgegeben. Jedem Kongreßbeschlusse wird ein für allemal bindende Kraft abgesprochen. „Auserhalb und über dieser — wie über jeder anderen — steht immer für den, der die Verantwortlichkeit der Tat auf dem Boden der Wirklichkeit hat, die unabwiderbare Pflicht, sich dem unterzuordnen, was im gegebenen Moment die dringendste Forderung des Klassenkampfes und der offenkundigen Interessen des Proletariats scheint und ist, jener Interessen, die kein sozialistischer Parteitag je zu vernachlässigen oder aufzusopfern beachtlich haben kann.“

Was schließlich die Frage betrifft, ob wirklich vom Kabinett Sonnino demokratische Reformen zu erwarten seien oder nicht, so sagt die Erklärung, daß dies von parlamentarischen Zufälligkeiten abhängen kann, aber noch mehr von der moralischen Precision, die die Fraktion auszuüben vermag, wenn die Organisationen des Proletariats hinter ihr stehen. Hier heißt es weiter, daß schon der Zwiwpakt in den Reihen der Partei die Gegner des Kabinetts zu neuem Eifer aufkumpft habe, sodas bei den letzten Wahlen und Kommisionwahlen das Ministerium unterlegen ist.

In der Tat ist die Lage Sonninos nicht beidenswert. Er hat es vorgezogen, nach Darlegung seines Programms kein Vertrauensvotum zu fordern, und hat dadurch augenscheinlich das Selbstvertrauen der Opposition sehr gehoben. In der geheimen Abstimmung bei den Wahlen zu verschiedenen Kommissionen, zum Budgetauschuss und zu den übrigen Ausschüssen hat die Opposition am 15. und 16. d. M. dem Ministerium eine empfindliche Niederlage beigebracht und etwa zwei Drittel aller Sige ihren Kandidaten gesichert. Das ist zwei anderen Ministerien auch schon passiert, aber allgemein hat man doch den Eindruck, daß das Kabinett ohne besondere Energie und ohne besonderes Geschick sich nicht aus diesem Zustande der Schwäche wird erheben können.

Zweiterlei Taktik ist für Sonnino denkbar: Entweder er wendet sich entschlossen nach rechts oder nach links. Um sich die Rechte und das Zentrum zu sichern, muß er sich von zwei unbehaglichen Mitarbeitern befreien: von dem Exrepublikaner Pantano und von

dem Radikalen Sacchi. Das kann er mit „Anstand“ auch tun, wenn er die Budgetabstimmung abwartet und dabei in heimlicher Abstimmung die beiden Minister niederstimmen läßt. Es ist dies offenbar ein recht gefährliches Spiel, das ihm fast ebenso viel Feinde eintragen könnte, als es ihm Freunde bringen würde.

Bis Sonnino sich aber nach links wendet, so muß er demnächst in einer, die demokratischen Elemente interessierenden Frage ein Vertrauensvotum fordern. Man sagt, er wolle den Reptilienfonds der Kontrolle des Parlaments unterstellen und die Verweisung dieses Gegenstands als Vertrauensfrage ansehen. Wir glauben kaum, daß Sonnino dies wagen wird. Die geheimen Fonds gehören nun einmal zu den Lebensbedingungen eines bürgerlichen Kabinetts!

Es zirkulieren auch Gerüchte über eine bald bevorstehende Kammerauflösung. Für unsere Partei wäre es wünschenswert, daß vor dem nächsten Parteitag keine Wahlen stattfinden, sondern daß erst der innere Konflikt zum Austrag gebracht werden könnte.

In einer Zuschrift an den „Avanti“ teilt der Abgeordnete Genosse Morgari mit, daß er sofort sein Mandat niederlege, wenn seine Turiner Parteiorganisation sich gegen die Fraktion erklären sollte.

England.

Der englische Liberalismus an der Arbeit.

London, 15. März. (Fig. Ver.)

Die liberale Regierung ist sorgfältig bemüht, die Härten zu mildern, die ihre konservative Vorgängerin in den letzten Jahren in die englische Gesetzgebung gebracht hat. Vor allem galt es, worauf wir bereits hingewiesen haben, das Fremden- und Einwanderungsgesetz zu gestalten. Der Minister des Innern, Herbert Gladstone, sandte deshalb folgende zwei Instruktionen an die Einwanderungsbehörden: 1. Im Falle eines Zweifels über den Charakter der politischen Flüchtlinge soll zugunsten der letzteren entschieden werden, wenn sie aus Gegenden kommen, wo politische und religiöse Verfolgungen vorhergehen. 2. Schiffe, die weniger als 20 Einwanderer enthalten, sind den Bestimmungen des Fremdengesetzes nicht unterworfen.

Dann kam die Behandlung der Chinesen in Transvaal zur Sprache. Der Unterstaatssekretär der Kolonien, Winston Churchill, tabelte in scharfen Worten den früheren englischen Vertreter in Südafrika, Lord Milner, der den Grubenverwaltungen am Witwatersrand gestattete, die importierten Chinesen schweren körperlichen Nüchtigungen zu unterziehen! Churchill nannte die Handlungsweise Milners „einen echten Mißbrauch der Amtsgewalt.“

Churchill ist jetzt kaum 32 Jahre alt; er ist der Sohn Lord Randolph Churchills, aber er verdankt seinen Aufstieg im politischen Leben seinen eigenen sehr bedeutenden Fähigkeiten als Schriftsteller, Redner und Politiker. Infolge der Agitation Chamberlains verließ er im vorigen Jahre die konservative Partei und wurde liberal. Wenn er nicht infolge Ueberarbeitung zusammenbricht, wird er höchstwahrscheinlich in der nächsten liberalen Regierung Premierminister. Er ist jedenfalls einer der kommenden Männer Englands.

Aber auch mit Sozialpolitik beschäftigte sich das Unterhaus im Laufe der vergangenen Woche. Genosse O'Grady begründete am Mittwoch im Unterhause die vom Kongreß der Arbeiterpartei angenommene Resolution betreffend Alterspensionen. Die Resolution fand allgemeine Zustimmung, womit allerdings noch wenig für die sozialpolitische Praxis getan ist, aber das Unterhaus ist doch nunmehr an die Erfüllung seines Versprechens gebunden. Die Schwierigkeiten sind nicht mehr im Prinzip, sondern in der Ausführung zu finden. Eine derartige sozialpolitische Maßnahme verlangt nun aber gleichzeitig entweder eine Finanzreform oder eine Herabsetzung des Kriegsbudgets. Pensionsberechtigt würden etwa 650 000 Briten im Alter von 65 Jahren. Die Pension soll zwischen 5,50 M. bis 7 M. pro Woche variieren. Die dazu notwendigen Ausgaben werden auf 10 bis 13 Millionen Pfund Sterling jährlich veranschlagt. Es handelt sich nun darum, Steuerquellen zu entdecken, um daraus die 13 Millionen schöpfen zu können. Das einfachste wäre eine Herabsetzung der Arme- und Flottenausgaben von 65 auf 50 Millionen Pfund Sterling. Die Mittel, um eine ernste Umgestaltung der Gesellschaft vornehmen zu können, sind wohl vorhanden, aber sie werden von denjenigen beherrscht, die das Wohl der Völker im Imperialismus oder im ungeordneten Welt-handel erblicken, aber nicht in einer sozialistischen und demokratischen Ausgestaltung des eigenen Vaterlandes. Mit dem Geld, das England für seine Armee ausgibt, könnte man seine arbeitslose Reservearmee in nützlichen Unternehmungen beschäftigen und anständig erhalten. Allein die Einsicht tur's nicht — ein neues Prinzip, mit Recht ausgerüstet, muß es leisten.

Die Golddebatte hat zwei Tage gedauert, ohne etwas Neues ans Licht zu bringen. Sie verlief schleppend und geistlos, da aus der Debatte nichts herauskommen konnte. Bemerkenswert war nur der Umstand, daß das Parlament zum erstenmal in seiner Geschichte Redner einer Partei anhöre, die sowohl Freihandel wie Schutzzoll zur Lebensfrage und Sozialpolitik zur Hauptfrage macht. Kerr Hardie und Snowden sprachen in diesem Sinne und wurden von allen Seiten des Hauses mit Beifall aufgenommen.

Dennoch muß zugegeben werden, daß der Freihandel dem englischen Volke große Vorteile gebracht hat — nicht der Freihandel im engen Sinne: als ungeförter Warenverkehr, sondern im weiteren Sinne: als politisches System der individuellen Freiheit, des freien Völkerverkehrs, der Herrschaft des Liberalismus über den engherzigen und verlogenen Rationalismus und über die Ueberreste des widerwärtigen Junkertums. Dies hat der Freihandel in England geleistet. Deshalb halten auch die Arbeiter und Sozialisten am Freihandelsystem fest, obwohl seine Vorläufer sozialpolitisch rückständig waren und auch sein mußten, da Liberalismus und Sozialismus sich nicht vereinigen lassen.

London, 17. März. (Raff.) Das Parlamentsmitglied Walter Rothschild richtete in einer Rede zu Chatam heftige Angriffe gegen die Handhabung des neuen englischen Fremden-gesetzes. Er sagte, ein großer Teil der armen russischen Flüchtlinge, die während der beiden letzten Monate in England eintrafen, sei zurückgeschickt worden, und er habe unwiderlegliche Beweise dafür, daß jeder einzelne dieser Unglücklichen an der russischen Grenze ohne Verhör erschossen worden sei! Die Engländer, so erklärte er, hätten kein Recht, sich in die sogenannten Kongo-Greuel zu mischen und von chinesischen Sklaven in Südafrika zu sprechen, solange sie diese armen Menschen dem Schlächter in die Arme trieben.

Die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ ist natürlich sofort „amtlich“ ermächtigt worden, gegen diese Behauptung in der kategorischsten Weise zu protestieren und sie für postivo unwahr zu erklären.

Werte „Petersburger Telegraphen-Agentur!“ Wer einmal läßt, dem . . .

Dänemark.

Der „liberale“ Kultusminister.

In Aalborg ist der Sozialdemokrat Leander Nielsen in die Schulkommission gewählt worden, aber auf Verwehren der Konservativen hat der Kultusminister Sörensen erklärt, daß unser Genosse nicht Mitglied dieser Kommission sein könne, weil er nicht der Staatskirche angehöre! Diese Entscheidung widerspricht nicht nur den liberalen Grundsätzen, die für den Minister — seiner Parteizugehörigkeit nach — maßgebend sein sollten, sondern sie widerspricht auch dem Paragrafen 79 der Verfassung, der besagt, daß keinem Staatsbürger seines Glaubensbekenntnisses wegen die Ausübung seiner bürgerlichen und politischen Rechte irgendwie beschränkt werden darf. Nielsen will sich natürlich der verfassungswidrigen Entscheidung des Ministers nicht unterwerfen und wenn nötig, das höchste Gericht anrufen.

Die jetzigen Minister lassen offenbar keine Gelegenheit vorübergehen, um sich vor allen demokratisch und freiheitlich gesinnten Leuten gründlich zu blamieren. —

Der Kriegsminister auf Schleichwegen.

Als Anfang vorigen Jahres Madlen, der Kriegsminister des ersten Linken Ministeriums, zurücktreten mußte und schließlich das Ministerium selbst in die Brüche ging, trug dazu wesentlich der Umstand bei, daß auf der staatlichen Gewerkschaft Schusswaffen für das damals noch gegen Japan Krieg führende Rußland hergestellt wurden. Unser Parteigenosse Klausen hatte diese gegen das Völkerecht verstoßenden Waffenlieferungen enthielt, und sie mußten natürlich dann eingestellt werden. Nachdem der Krieg beendet war, begann man jedoch wieder mit der Waffenfabrikation für Rußland, moogegen ja nun allerdings vom völkerechtlichen Standpunkt aus nichts einzuwenden ist. Inzwischen entdeckte Klausen, daß im Budget des Kriegsministers nicht das Geringste von einem Ueberfluß aus diesen Lieferungen zu finden war, und ohne zu verdienen, konnte doch wohl die Staatsfabrik nicht für eine fremde Macht arbeiten. Der Verdienst stieg nun aber nicht in die Staatskasse, sondern wurde mit Umgehung des Bewilligungsbrechts des Reichstags für Munition und andere Militärzwecke verbraucht. Klausen brachte die Sache im Finanzausschuß, dessen Mitglied er ist, zur Sprache, was denn auch große Ueberraschung hervorrief. Man zog den Kriegsminister zur Rechenschaft, und er mußte eingestehen, daß im vorigen Jahre über 63 000 Kronen verdient worden waren, die er größtenteils bereits in seinem Nestort verbraucht hatte! Den Ueberfluß aus den jetzt in Ausführung begriffenen Bestellungen berechnete er auf ungefähr 70 000 Kronen, und diese Summe wurde nun nachträglich in das Einnahmefonten des Budgetvorberichts aufgenommen.

Am 13. d. M. hat sich nun das Follsething mit der Angelegenheit befaßt. Außer von unseren Parteigenossen wurde das Treiben des Kriegsministers von dem radikalen Parteigenossen und auch von dem Moderaten Neergaard verurteilt. Die Liberalen suchten natürlich ihren Minister zu entlasten und spielten dabei eine ebenso traurige Rolle wie Christensen selbst, der bekanntlich Kriegs-, Marineminister und Ministerpräsident in einer Person ist. Er gab schließlich das Versprechen ab, daß von jetzt an alle Ueberflüsse der Gewerkschaft in die Staatskasse fließen sollen.

Mit Recht konnten die Konservativen sagen, daß das Verhalten ihrer Minister dem Reichstag gegenüber eher zu entschuldigen war, als das Christensens. Die konservativen Minister gingen bei ihren Verfassungsbrüchen mit offener Brutalität vor. Was wider den Willen des Follsethings ausgegeben wurde, stand nachher im Ausweis. Christensen aber nimmt in seinem Nestort Gelder ein und gibt sie aus, ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon erfährt, obgleich die Verfassung ausdrücklich bestimmt, daß alle Ausgaben vom Reichstag bewilligt sein müssen! —

Amerika.

„Laderte Sozialisten.“ Das Philadelphia Tageblatt bespricht eine Konferenz zwischen Reformern und Sozialdemokraten, die kürzlich im Hause des jungen Millionärs Anton Phelps Stods in Noron (Staat Connecticut) stattfand. Da waren sehr reiche und wohlmeinende Leute, die mit den Sozialdemokraten konferieren wollten, um etwas für die Weltverbesserung einzuleiten. Phelps selbst ist als Philantrop bekannt und machte vor einiger Zeit erst von sich reden, als er eine arme jüdische Zigarrenmaderin heiratete.

Unter den bei der Konferenz anwesenden Sozialisten waren Gillquist von New York und Berger von Milwaukee, beide wohlbekannte Parteigenossen. Die kapitalistische Presse, die von der Konferenz angelegentlich Notiz nahm, sprach mit viel Anerkennung von dem Verhalten der Sozialisten: Gillquist habe durch seine Beredsamkeit und die Wahrheit seiner Ausführungen Sensation erregt und Berger sei ein „eminent praktischer Mann.“ — Wisdane, der Chefredakteur der „Hearst“-Zeitungen, der ebenfalls an den Beratungen teilnahm, erklärte: „Es scheint mir, daß wir, mit Ausnahme der Sozialisten, nicht recht wissen, was wir wollen. Die Sozialisten allein scheinen Vernunft und Logik, ein festes Programm für künftige Arbeit und einen beleuchtenden Leitstern zu haben. Mister Bergrers Rede hatte die Kraft von Martin Luther in sich.“ — Die Konferenz zeitigte keinen Erfolg. Das „Tageblatt“ gibt den Rat, an den „laderten Sozialisten“ nicht unnötiger Weise die Zeit zu verschwenden: Wenn sie nicht von selbst zur Partei kämen, so solle man sich nicht weiter um sie bemühen. Es sind Reformen in großer Zahl und in allen Schattierungen vorhanden. Sie meinen sich, sie scharfer die sozialen Gegenstände sich zuspitzen; sie nennen sich immer „Reformer“, nie „Revolutionäre“. Oft haben sie auch große Massen hinter sich, aber nur vorübergehend; sie sind politische Eintagsfliegen.

Soziales.

Mißbrauch einer Betriebskrankenkasse zu Terrorisnzwecken. Den Betriebsführern des Karlsruher in Wülheim am Rhein, einer etwa 6000 Arbeiter beschäftigenden Draht- und Kabelfabrik, wurde folgendes Schriftstück zugesandt:

„Das Sekretariat teilt Ihnen nachstehendes. Ihre Ressort betreffenden Beschlüsse des Vorstandes vom 2. März mit: Der Vorstand beschließt, daß die Kontrolle seitens unseres Arbeitgeberverbandes oder befreundeter Verbände gesperrter Arbeiter künftig nicht mehr bei den sämtlichen Betrieben, sondern ausschließlich bei der Abteilung Krankenkasse geführt werden soll. Zur Durchführung einer wirksamen Kontrolle werden die Herren Betriebsführer angewiesen, die von ihnen unter dem üblichen Vorbehalt angenommenen Arbeiter unter Mitgabe der sämtlichen Papiere, insbesondere der Abrechnungen, an die Krankenkasse zu verweisen. Die Papiere der nach Einsicht der Sperlisten und nach statthaber ärztlicher Untersuchung endgültig angenommenen Arbeiter gelangen mit Ausnahme der Ausweisungskarte wieder an die Betriebe zurück.“
Karlsruhe, den 3. März 1900.

Freiwig.

Aus dem sauberen Plane wird ja nun nichts werden, nachdem das Schriftstück in der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist. Die Aufsichtsbehörde wird sofort gegen diesen beispiellosen Mißbrauch einschreiten müssen. Das Unternehmertum schämt sich also nicht, die von den Arbeitern unterhaltenen und einzig für die Arbeiter bestehende Betriebskrankenkasse vollständig in den Dienst der Scharfmacherverbände zu stellen. Die Krankenkassenbeamten werden beauftragt, die von den Unternehmerverbänden so zahlreich verhandelt schwarzen Listen mit den Ausweisungspapieren der Arbeitenden zu vergleichen, um diejenigen unerbittlich wieder hinauszuspülen, deren Namen sie in den Listen gefunden haben. „Schwerste Strafe dem, der einen anderen, der willig ist zu arbeiten, an freiwilliger Arbeit hindert!“

Gewerkchaftliches.

Ein neues christliches Kampfmittel.

Vor dem Schöffengericht Fürth hatte sich der Gewerkschaftsbeamte Karl Müller von der Zahlstelle Nürnberg des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu verantworten, weil er in einer christlichen Versammlung in Fürth Hausfriedensbruch verübt und gegen den christlichen Leiter der Versammlung Adels Müller eine „lebensgefährliche Handlung“ unternommen haben soll. Die Versammlung war als öffentliche und allgemeine ausgeschrieben, zu der jedermann Zutritt hatte. Der christliche Referent verweigerte die Bureauwahl, obwohl eine solche aus der Versammlung verlangt worden war, und beschimpfte die freien Gewerkschaften in der unverantwortlichsten Weise.

Müller wies die Angriffe durch Zwischenrufe zurück. Um ihn zu verhindern, daß er das Wort ergreife,

wies man ihn aus dem Saale; er wollte sich entfernen, blieb aber auf Ersuchen einer Anzahl Beisammlungsbesucher, darunter auch Gegner, die ihm versprochen, zu beantragen, daß ihm das Wort erteilt würde. Die christliche Mehrheit wies jedoch den Antrag ab. Am Schluß der Versammlung entstand eine Schiebererei, wobei der Versammlungsleiter von Müller am Halse gepackt worden sein soll. Das war die lebensgefährliche Handlung.

In der Verhandlung erklärte der Saalbesitzer, daß es nur der Besonnenheit Müllers zu verdanken gewesen sei, daß es nicht zu Tötlichkeiten kam; er habe die Leute durch gütliches Zureden zu beruhigen gesucht. Die christlichen Angaben von dem tätlichen Angriff erwiesen sich als unchristliche Fälschereien. Ein anderer Zeuge sagte aus, ein christlicher Redner habe jedesmal, wenn ein Zwischenruf erfolgte, seine beiden Nachschoße gehoben und den Gegnern den Hintern gezeigt. Müller erhielt wegen Hausfriedensbruchs 20 M. Geldstrafe, weil er nicht auf die erste Aufforderung hin den Saal verließ; im übrigen wurde er freigesprochen.

Die gesamte deutsche Zentrumpresse hat damals den Fall als einen Beweis für den „Terrorismus der freien Gewerkschaften“ breitgetreten und Müller als den größten Hohnling aus der Partei der Intelligenz bezeichnet. Erwiesen ist durch den Prozeß nur das eine, daß Müller bestrebt war, einen Raub zu verhindern, daß dagegen die Christlichen das möglichste taten, um zu provozieren, und daß ein christlicher Redner die „quat Sach“ nicht mit Vermittlungsgründen, sondern mit seinem Hintern verteidigte, der vielleicht das „wahre Gesicht“ der Christlichen ist.

Berlin und Umgegend.

Wie uns seitens der Organisationsleitung mitgeteilt wird, haben die Rixdorfer Schneider beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Zur Lohnbewegung in den Wagenfabriken. Bisher ist nur in einem Betrieb, allerdings dem größten (Gebr. Beerermann in Treptow), den Forderungen der Arbeiter entgegengekommen worden. Bewilligt wurde die Verkürzung der Arbeitszeit auf 5 1/2 Stunden wöchentlich (bisher 5 1/2 Stunden). Ferner wurden seitens der Betriebsleitung Lohn erhöhungen zugestimmt; desgleichen sollen die allgemeinen Mißstände beseitigt werden. Die Herren Gebr. Beerermann erklärten, von einem großen Teil der vorgebrachten Mißstände keine Abnung zu haben und versprachen, für Abhilfe Sorge zu tragen. Am in Zukunft die Wünsche der Arbeiter geheimer zu hören, wurde auch von seiten der Betriebsleitung die Errichtung eines Arbeiterausschusses gewünscht, der sofort in Funktion treten soll. — Ferner hatte die Firma Lange u. Gutzeit, Frankfurter Allee, Zugeständnisse gemacht, indem sie namentlich die 10prozentige Lohn erhöhungen bewilligte. Zu einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 5 1/2 Stunden wöchentlich war jedoch die Betriebsleitung nicht zu bewegen. Die Arbeiter haben sich vorläufig damit einverstanden erklärt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß es in diesem Betriebe zur Arbeitsniederlegung kommt, wenn die Firma nicht noch in letzter Stunde die Verkürzung der Arbeitszeit bewilligt. — Bei der Firma Neuh (Inhaber Trux), Friedrichstraße, arbeiten die Arbeiter weiter, da sich dieselben der Bewegung nicht anschließen wollen. Herr Trux setzt alles daran, seine Arbeiter von der Bewegung fernzubalten. — In folgenden Betrieben wurde die Arbeit eingestellt: Kühnein, Charlottenburg; Leuschner (in Firma L. Kühn), Ende-Platz; Franke, Inselstraße; Kliment, Neue Königstraße; und Gebr. Wienick, Rantow. In allen diesen Betrieben konnte auf gütlichem Wege keine Einigung erzielt werden und mußten die Arbeiter in den Ausstand treten. Bei der Firma L. Kühn sind auch getrennt die Schmiede in den Solidaritätsstreik eingetreten. Wir ersuchen, nach allen diesen Firmen den Zugang von Stellmachern, Tischlern, Ladierern, Sattlern, Schmieden und Metallarbeitern aller Branchen streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. — Deutscher Metallarbeiter-Verband. — Verband der Sattler. — Vereinigung der Raler, Ladierer usw. — Verband der Schmiede. Zahlstellen Berlin.

Die Möbeltransportarbeiter, Pader und Kutscher von den Firmen A. Schäfer sowie Schubert u. Co. (in Frage kommen 90 Mann) legten am Montagmorgen die Arbeit einmütig nieder, nachdem die eingeleiteten Verhandlungen bezüglich Durchsetzung ihrer am Mittwoch, den 14. März eingereichten Lohnforderungen resultatlos verlaufen waren. Die Pader und Kutscher verlangen einen Lohn von 28 resp. 25 M. pro Woche, bei einer Arbeitszeit von 6—7 Uhr täglich inkl. 1/2 Stunden Pause. Die Ueberstunden sollen mit 50 Pf. pro Stunde, Nachtarbeit mit 50 Prozent Aufschlag zum Lohn bezahlt werden. Die Arbeiter fordern einen Lohn von 4,50 M. pro Tag, während der stillen Zeit, und für die Zeit vom 10. März bis 10. April und vom 10. September bis 10. Oktober eines jeden Jahres 5,50 M. pro Tag. Außerdem Bezahlung der Sonntagsarbeit und Regelung der Speisesätze bei Touren resp. Umzügen nach außerhalb für Pader, Kutscher und Arbeiter. Die Firma Schäfer hat den Kommissionsmitgliedern, welche an den Verhandlungen im Auftrage ihrer Kollegen teilgenommen haben, mit Entlassung gekündigt. Die Firma Schubert u. Co. hat ihren Reuten erklärt, sie lasse sich auf nichts ein, weil diese die Forderungen durch ihre Organisation, dem Zentralverband der Handwerker, Transport- und Verlehrsarbeiter, haben zu stellen lassen. Mit letzterem will die Firma nichts zu tun haben. Der Streik heißt insofern für die Arbeiter besonders gut, als sämtliche alten Pader und Kutscher sich einmütig an denselben beteiligen. Da nicht ausgeschlossen ist, daß die Firmen Gustav Smoyer und andere während des Streiks Umzüge für die im Streik stehenden Firmen machen, ersuchen wir alle in Arbeit stehenden Kollegen, darauf zu achten und Streitarbeit unter allen Umständen zu vermeiden.
Ordnungsverwaltung Berlin I des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verlehrsarbeiter.

Achtung, Mühlenarbeiter! Bei der Firma F. W. Schütt in Berlin, Stromstr. 1—3, ist am Montag, den 19. d. M., ein Streik der Müller und des gesamten übrigen Personals wegen Lohnforderungen ausgebrochen. Die Löhne betragen zurzeit 21—24 M. für gelehrte und ungelehrte Mühlenarbeiter. Maschinenpersonal, Schlosser und Dreher haben pro Woche 21—27 M. Aufbesserungen haben seit Jahren nicht stattgefunden. Herr Schütt liebt es, kleine Tringelder in Gestalt von Feuerungszulagen zu geben, so daß hin und wieder mal 1 M. pro Woche herankommt. Daraus verzichten die Leute. Sie haben eingesehen, daß trotz aller Devotion für sie nichts herausspringt und haben sich endlich Mann für Mann der Organisation angeschlossen. Verlangt wurden Aufbesserungen auf wöchentlich 27—30 M. Es sind das Löhne, die in den übrigen Mühlen schon seit 2 Jahren tariflich festgelegt und zum Teil schon überschritten sind. „Arbeitswillige“, von und geschickt, hören sonderbare Ansichten sowohl von dem Obermüller Schöne wie auch von Herrn Schütt. 3 M. pro Tag halten die Herren für die Familie für ausreichend. Aber vielleicht derraufen die Herren und, wozooon bei 21 und 24 M. Wochenlohn noch nicht, Kleidung usw. herkommen sollen. Die Verhandlungen mit der Organisation sind abgelehnt. Mit der Kommission, von den Leuten delegiert, verließen sie resultatlos. Die beteiligte Arbeiterchaft, namentlich die Mühlkutscher, machen wir auf die Firma aufmerksam. Die Schüttmühle ist für Müller, Arbeiter, Schlosser, Dreher, Maurer, Tischler und Maschinenpersonal gesperrt. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Verband deutscher Mühlenarbeiter. Vorstand und Ordnungsverwaltung Berlin.

Achtung, Dachbeder Berlin und Umgegend! Wegen fortgesetzter Verweigerung des tarifmäßigen Jahrgeldes haben die Holzleger der Firma Lemmer, Richterstraße, die Arbeit niedergelegt. Die Werkstelle ist bis auf weiteres zu meiden. Die Ordnungsverwaltung, Karl Görnig, S 50, Schinlestraße 25.

Deutsches Reich.

Achtung, Mühlenarbeiter! Die Firma F. L. E. D. e in Brandenburg a. S. ist für Mühlenarbeiter und Maschinenpersonal gesperrt. Es sind Forderungen eingereicht, um die Löhne von 21—22,50 M. auf 26 M. zu erhöhen. Bewilligt wurden ein, eineinhalb und einigen sogar ein ganzer halber Pfennig. Dieses Angebot ist dankend abgelehnt worden und die Kündigung zum 21. d. Mts. eingereicht. Zugang ist fernzuhalten. Verband deutscher Mühlenarbeiter. Vorstand des 1. Gaues.

Streik in Saarabien.

Man könnte es für einen verspäteten Faschingsstreich halten, wenn man die Nachricht liest, daß im Herzen des Stammischen Königreiches, in dem Lande, wo es nach den Zeugenaussagen dieser Bürgermeister, unabhängiger Knappschafftsärzte, verschiedener Fabrikbesitzer im Hilger-Krämerprozeß keine Armut gibt, wo die Arbeiter, nach der Aussage des Scharfmachers Bovelius im gleichen Prozeß, die ersten Gemüse kaufen und weiße Handschuhe (das Paar zu 28 Pf.) tragen, in dem Lande, wo das „soziale Königtum“ zur höchsten Verherrlichung gebracht ist, die Arbeiter in den Ausstand getreten sind, weil das Unternehmertum die Fesseln gar zu straff gezogen hat.

Bei der Firma Leo Reppert, Glashütte, in Friedrichshof haben 102 Arbeiter die Arbeit eingestellt. Genannte Hütte beschäftigt sich mit der Produktion von Flaschen, namentlich Bier- und Weinflaschen. Ein geübter Flaschenmacher erzeugt täglich bei gutem Rohmaterial 300—350 Flaschen. Diese Flaschen werden nur dann voll in Rechnung gestellt, wenn sie bei der Prüfung als „gut“ bezeichnet werden. Ob die Schuld für die „schlechte“ Ware am Arbeiter oder am Material liegt, spielt keine Rolle. Seit längerer Zeit beklagen sich die Arbeiter über schlechtes Rohmaterial, wodurch sie nicht verdienen könnten. Reklamationen blieben erfolglos. Mitte dieser Woche hatte dann die Drangsalierung ihren Höhepunkt erreicht. Einer ganzen Anzahl Arbeiter wurde die ganze Produktion annulliert. Anderen wurden 20, 30, 40, 50 Stück von über 300 Stück als „gut“ angeschrieben, die übrigen verworfen. Die Höchstzahl der als „gut“ angeschriebenen Flaschen betrug 120 Stück. Hierbei muß aber eingeschaltet werden, daß es mit den zurückgewiesenen Flaschen fast durchweg genau so geht, wie früher mit den gemulden Wagen der Bergarbeiter: sie werden ebenfalls verkauft, woraus sich auch die Reigung, recht viel Flaschen zurückzuweisen, erklärt. Am Lohnstage, als die Arbeiter, meistens Väter zahlreicher Familien, ihre paar Pfennige — einer war dabei, dem noch einige dreißig Pfennige ausbezahlt wurden — bekamen, wurden die Arbeiter bei Herrn Reppert nochmals vorstellig, um Abhilfe herbeizuführen, jedoch vergebens. Darauf weigerten sich die Arbeiter, die sich alle unorganisiert sind, weiter zu arbeiten, da ihnen nicht zugemutet werden könnte, umsonst zu arbeiten. Nachdem die Arbeit eingestellt war, wählten sie sich eine Kommission, die sich mit dem Unternehmer in Verbindung setzen sollte. Aber allemal wurden sie, wie es bei einem saarabischen Scharfmacher nicht anders möglich ist, brüst zurückgewiesen. Er erklärte vielmehr, wenn die Arbeiter nicht binnen 5 Minuten die Arbeit aufnehmen würden, er die Oefen auszuheizen ließe, was auch, nachdem die Arbeiter sich weigerten, geschah. In allen Tonarten haben die ganze Jahre hindurch die Unternehmer und die ihnen ergebene Scharfmacherpresse von dem Wohlwollen gesungen, das sie den Arbeitern entgegenbringen. In der Leiber hier noch vielfach anzutreffenden Rawität haben die Arbeiter ihnen vertraut, welches Vertrauen nun bei der ersten Gelegenheit jämmerlich Schiffsbruch gelitten hat. Alle an sie in Wort und Schrift gerichteten Ermahnungen, sich zu organisieren, haben sie in den Wind geschlagen, bis es ihnen jetzt wie Schuppen von den Augen fiel, welchen Fehler sie begangen. Obgleich der weitaus größte Teil der Arbeiter keiner Organisation angehört, hat der Deutsche Glasarbeiterverband ihnen Unterstützung zugesichert, so daß sie nicht von vornherein zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit gezwungen sind.

Ausland.

Deutsche Gummiarbeiter werden davon gewarnt, jetzt nach Odense zu reisen, da dort ein Streik auf der „Scandinaviske Gummikompani“ herrscht.

In der Wäschefabrik von J. B. Hauser in Tepliz (Böhmen) sind die dort Beschäftigten ausgepeperrt worden. Es wird ersucht, Zugang nach dort fernzuhalten.

Ein Buchdruckerstreik in Frankreich.

Paris, 19. März. 1500 Arbeiter, Seher und Drucker der Druckerei Paul Dupont in Levallois-Perret, legten die Arbeit nieder; sie verlangen eine Lohn erhöhungen. Um ihre Solidarität zu bekunden stellten 250 Arbeiter der Filiale dieses Hauses in der Rue Montmartre die Arbeit ein. Der Druck der in dem hiesigen Hause Paul Dupont gedruckten Zeitungen ist für heute gestoppt. Ein Zwischenfall ist bisher nicht vorgekommen.

Die amerikanischen Grubenarbeiter bekunden ihre Friedensliebe.

Zabiasopolis, 19. März. Der Führer der vereinigten Bergarbeiter hat an den Vorsitzenden der Anthrazitgrubenbesitzer das schriftliche Ersuchen gerichtet, eine neue Konferenz vor dem 1. April dieses Jahres anzuberaumen, um nach einem Verzug zur Beilegung der Differenzen zwischen Bergwerksbesitzern und Grubenarbeitern zu machen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Ausstand der Bergarbeiter.

Leus, 19. März. (V. G.) Die Zahl der Ausständigen hat heute bedeutend zugenommen und beläuft sich augenblicklich auf 46 000 Mann. Nur 8000 Mann arbeiten noch. Heute morgen erneuerten sich die Attentate gegen die Arbeitsfreiheit an verschiedenen Orten. Aus Lille sind bedeutende Truppenverpackungen eingetroffen.

Güßwerke wirken besser als Wettrühen.

Paris, 19. März. (V. L. B.) Eine Anzahl Senatoren und Deputierte haben im Einverständnis mit dem Bureau der internationalen Vernehmungsgesellschaft beschlossen, jedem Teilnehmer an der deutschen Rettungsmannschaft, die den französischen Bergleuten zu Hilfe geeilt ist, als Zeichen der Dankbarkeit eine Erinnerungsbemünze zu stiften.

Leutnant Schmidt erschossen!

Petersburg, 19. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Leutnant Schmidt und drei Matrosen sind heute in Ostschakow erschossen worden.

Attentat.

Odessa, 19. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In einem letzten, unter der Gendarmereiverwaltung gelegenen Zimmer explodierte heute eine Güllensmaschine. Die Decke des Zimmers wurde zertrümmert und das Arbeitszimmer der Gendarmereiberichten schwer beschädigt. Durch Sprengstücke wurden etwa zehn Passanten auf der Straße leicht verletzt.

Attentat auf einen Eisenbahnzug.

Warschau, 19. März. (V. G.) Gestern entgleiste bei der Station Skarzynsko der Weichselbahn infolge unwilliger Schienenlockerung ein Personenzug. Mehrere Passagiere wurden getötet.

Reichstag.

70. Sitzung, Montag, den 19. März, 4 Uhr.

Am Bundespräsidenten: Erbprinz von Hohenlohe. Präsident Graf Ballestrem: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich eine schmerzliche Pflicht zu erfüllen. Der Reichstag hat einen großen Verlust erlitten. Wie Ihnen bereits bekannt, starb vorgestern Abend unser hochverdienter Direktor, Geheimrat Regierungsrat Anka im 88. Lebensjahre. Mehr als 50 Jahre hat er dem Vaterlande und seinem Kaiser und König treu gedient. 34 Jahre lang war er in der Verwaltung des Reichstages tätig, davon über 25 Jahre als dessen erster Beamter. Wir alle, ganz besonders meine Herren Vorgänger im Reichstagspräsidium und ich, haben die Geringe und Pflichten kennen und schätzen gelernt, mit welcher der Entschlossenheit bis zu dem Augenblick, wo ihm die Krankheit niederwarf, rastlos gearbeitet hat. Stets war er in liebenswürdigster Weise bereit, jedem, der ihn darum anging, mit seinem reichen Wissen und seiner großen Geschäftskennntnis zu dienen. Er hat sich damit in unserem Herzen ein unvergänglich Denkmal gesetzt. Wir werden sein Andenken stets in hohen Ehren bewahren. Meine Herren! Sie haben sich zum Gedächtnis des Verstorbenen erhoben. Ich konstatiere dies.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Zunächst wird der dritte Nachtragsetat für 1905 (Deutsch-Ostafrika) in dritter Lesung ohne Debatte angenommen. Es folgt die dritte Lesung des vierten Nachtragsdetats für 1905. (Südwestafrica).

Hg. Ledebour (Soz.):

Ich möchte anlässlich der dritten Lesung die Regierung bitten, und einmal Auskunft über den

Stand des Krieges in Südwestafrica

zu geben, da sie das in der ersten und zweiten Lesung versäumt hat. Nach den Zeitungsmeldungen ist der letzte Hottentottenführer, von dem ein ernsthafter Widerstand erwartet werden konnte, genötigt worden, auf englisches Gebiet überzutreten. Soll nun die Eisenbahn von Lüderich nach Keetmanshoop, die nach den Erklärungen der Parteien nach der zweiten Lesung hauptsächlich dem Transport von Kriegsmaterial dienen sollte, noch fertiggestellt werden? Wir hatten gleich damals darauf hingewiesen, daß es nach dem bisherigen Verlauf des Krieges nicht anzunehmen sei, daß nach Fertigstellung dieser Bahn noch eine Kriegsführung in großem Maßstabe nötig sein werde. Wenn man sich auf die Zeitungsmeldungen auch nicht unbedingt verlassen kann, so scheint jetzt doch die Widerstandskraft der Hottentotten völlig gebrochen und die Bahn, die für die Kriegsführung gefordert und nur für die Kriegsführung bewilligt wurde, überflüssig zu sein. Ich bitte also um genaue Auskunft über den Stand des Krieges.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch eine sonderbare Bemerkung in dem Werke, das der Generalstab über diesen Krieg veröffentlicht hat, zur Sprache bringen. In dem Bemühen, Nachrichten, welche Aufsperrung und Tapferkeit im Ertragen von Strapazen die deutschen Truppen zur Erfüllung ihrer schweren Aufgabe aufwanden, wird auch — was durchaus anerkanntswürdig ist — darauf hingewiesen, daß die Gegner, mit denen wir zu kämpfen hatten, keineswegs zu unterschätzen seien; in dem Bemühen, die Kriegslüchtigkeit unserer Gegner herauszukehren, ist aber meiner Ueberzeugung nach der Generalstab zu weit gegangen: er vergleicht die Kriegslüchtigkeit der Hereros mit denen der Buren und fährt aus: „Unsere Gegner standen an Gewandtheit und Schießfertigkeit den von den Engländern bekämpften Buren nicht nach. In kriegerischer Tüchtigkeit und Entschlossenheit im Angriff übertrafen sie diese sogar bei weitem.“ Wenn das wahr ist, müßten den Hereros vom Generalstab Tatsachen bekannt gemacht sein über die Vorgänge in Südwestafrica, die bisher noch in den weitesten Kreisen unbekannt sind. Denn nach dem, was früher von Seiten der Buren und der Engländer und auch von deutschen Offizieren, die auf einer der beiden Seiten gekämpft haben, über die Kriegsführung der Buren mitgeteilt worden ist, ist der Vergleich absolut ungerecht. Wenn er richtig wäre, wäre es uns auch nicht so leicht gelungen, die Hereros zu unterwerfen. Die Verluste in den Gefechten auf deutscher Seite sind unergleichlich geringer als die Verluste der Engländer gegenüber den Buren. Dabei sind die Engländer von vornherein mit weit überlegenen Truppen ins Gefecht getreten und haben fortwährend Schlappen erlitten, bis sie über eine mehrfache Uebermacht verfügten. Niemals ist von der Angriffskraft der Hereros ein solcher Beweis bekannt geworden, wie die Erstürmung der Majababerge durch die Buren. Wenn jene Behauptung des Generalstabes nicht absolut aus der Luft gegriffen ist und einfach als Phrase betrachtet werden soll, obgleich sie vom Generalstab kommt, muß sie durch neue Tatsachen gerechtfertigt werden. Ich möchte bitten, die Tatsachen, auf die ich das Urteil gründe, uns jetzt oder bei späterer Gelegenheit mitzuteilen, sonst hätte sich der Generalstab eine Blamage zugezogen, die wir ihm niemals zugezogen hätten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte schließlich hier noch eine Frage ansprechen, deren Beantwortung ich schon in der Kommission angeregt habe. In Windhuk ist nämlich eine Burenversammlung entdeckt worden; die Versammlungen sind verurteilt worden und liegen, soweit ich weiß, im Gefängnis. Mir ist nicht bekannt geworden, daß über diese erstaunlichen Vorgänge irgend welche Auskünfte seitens der Regierung gegeben sind. Ich halte solche durchaus für notwendig. Man vermutet — ich weiß nicht, ob diese Vermutung richtig ist —, daß diese Buren zu den sogenannten National Scouts — das letzte Wort heißt eigentlich „Kundschafter“ — gehören, d. h. zu denjenigen Buren, welche sich auf englische Seite hinübergeschlagen haben und für die Engländer Kundschafterdienste im Burenkrieg leisteten. Ich halte es für durchaus notwendig, daß wir über diese Fragen von der Regierung eine möglichst zuverlässige Auskunft erhalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberst Deimling:

Herr Abg. Ledebour wünscht Weisheit über die augenblickliche Lage. Ich komme dem um so lieber nach, als große Unklarheit in dieser Frage herrscht und als Stimmen laut geworden sind: wir sollten doch unsere Truppen aus dem Hererolande zurückziehen. Ich beginne meinen Bericht mit dem Norden. Im Norden, im

Ovambolande,

hat sich überhaupt nur ein einziger Häuptling gegen uns erhoben, ist aber blutig zurückgeschlagen worden. Alles ist dort ruhig und wir verfolgen den Grundsatz: quies non movens! (Was ruhig ist, soll man nicht aufrühren.) Südsüdlich von den Ovambos wohnen

die Hereros,

die auf etwa 100 000 Köpfe und darunter 6- bis 7000 Orlogs, d. h. Krieger, zu schätzen sind. Die Hereros sind bestrebt, eine Anzahl ist nach dem Ngamisee entflohen und steht dort einschließlich ihres Häuptlings Maharero unter englischer Polizeiaufsicht. Andere Hereros sind Arbeiter in den englischen Kapminen, wieder andere kämpfen in den Hottentottenheeren gegen uns. Wir haben im ganzen 10 700 Hereros gefangen genommen, darunter 2800 Orlogs; aber sie haben, das ist das Bedenkliche, nur 500 Gewehre abgeliefert. Wieviel Hereros noch auf deutschem Gebiet in Freiheit sind, läßt sich nicht kontrollieren; sie leben von ehernen Knollen und von gelegentlichen Viehdiebstählen. Man hat daher jedem Farmer eine kleine Befestigung gegeben, bestehend aus einem Unteroffizier und fünf bis sechs Mann, meist Melonalesen. Im ganzen kann der Hereroaufstand als niedergeboren gelten. Dennoch müssen wir die Hereros in sechs Gefüge und zwei Maschinengewehre im Hererolande lassen. Niemand wird diese Befestigung zu stark finden, der bedenkt, daß das

Land dreiviertel so groß wie Deutschland ist und daß den Hereros noch genug Krieger und Gewehre zur Verfügung stehen. — Ich komme nun zum

Hottentottengebiet.

In der nördlichen Hälfte desselben kann der Zustand ebenfalls als niedergeboren gelten. Wir haben hier 2600 Gefangene gemacht, darunter 890 Orlogs. Abgegeben sind nur 300 Gewehre. Es ist leider ein alter Brauch der Hottentotten, daß sie Gewehre nur so weit abgeben, als sie minderwertig sind! Die guten Gewehre aber und die Munition vergraben sie, um sie zu geeigneter Zeit wieder auszugraben! Deshalb wird es niemand zu hoch halten, daß wir sechs Kompanien und acht Geschütze, im ganzen 1200 Mann in diesem Gebiete, das ein Drittel so groß wie Deutschland ist, haben. Im Süden des Hottentottengebietes ist der Zustand leider noch nicht beigelegt. Hier steht der Stamm der

Bandeldjwaris

unter dem Häuptlinge Morenga. Sie dürfen sich den Morenga nicht als gewöhnlichen Kaffernhäuptling mit Ringen durch die Nase und durch die Ohren vorstellen. Er trägt vielmehr einen eleganten englischen Reiteranzug, spricht holländisch und etwas deutsch. Er war früher Arbeiter in der Kapkolonie, hat dort viel Geld verdient und sich damit auf deutschem Gebiete eine Farm gekauft. Er ist ein echter Rinaldo Rinaldini, der auch — wie dieser — Jäger von Ebelmut zeigt. Einem deutschen Farmer, dem er all sein Vieh geraubt hatte, schenkte er 600 R., damit er sich ein Villenstück erster Klasse nach Deutschland kaufen könnte. (Heiterkeit.) Einem Hauptmann, dem er Pferde und Esel weggenommen hatte, schrieb er einen Brief, er solle doch seine Pferde besser füttern, so magere Tiere könne er nicht gebrauchen. (Große Heiterkeit.) Ein schmerzliches Leben als das Räuberleben unter diesem Namen können sich die Hottentottengänger nicht wünschen. Im November 1904 hatte er schon 800 Gewehre um sich versammelt. Als ich ihn im März 1905 aus den Karrasbergen hinauswarf, mußte ich ihn schon auf 6- bis 800 Gewehre schätzen. Jetzt steht er in den Drangebergen, jenem dolomitenartigen Grenzgebirge, welches sich auf beiden Seiten des Drangeflusses hinzieht. Ein schwierigeres Gelände für unsere angreifenden deutschen Truppen kann man sich gar nicht denken. Die Gunst der Lage für Morenga wächst aber dadurch, daß der Fluß die Grenze gegen das englische Gebiet bildet und daß die Engländer dort nur schwache Polizeitruppen aus Schwarzen haben und daher auch bei bestem Willen einen gelegentlichen Uebertritt Morengas auf ihr Gebiet nicht verhindern können. Auf englischem Gebiet wohnen auch Hottentotten, also seine eigenen Stammesgenossen, die ihn jederzeit unterstützen können. Major v. Sedorf, ein alter, außerordentlich tüchtiger Afrikakämpfer, steht dort mit 18 Kompanien, 16 Geschützen und 6 Maschinengewehren. In der Zeit vom 8. bis zum 13. März kämpfte er gegen Morenga, leider ohne ihn zu fassen. Niemand trifft eine Schuld dafür; denn Hottentottengefangene zu nehmen, das ist so, als wenn man Wasser mit der Hand schöpfen will, oder auch, verzeihen Sie mir das Wort, als wenn man Früchte in einen Sack hineintun will. (Große Heiterkeit.) Der Hottentotte ist ein geborener Krieger, ein geborener Jäger. Das Leben unter Morenga ist für ihn wie geschaffen. Jetzt kann er reiten, schießen, Vieh fassen, ab und zu eine Proviantkolonne überfallen, wobei er Reis, Sapanis, Tabak bekommt. Sonst führt er ein elendes Leben, er hat kein Land. Ich muß ab und zu darüber lächeln, wenn ich höre, wie man hier von dem „Land“ und den „Rechten“ der Hottentotten spricht. Sie sind Leibeigene, die kein Landbesitz, sondern die Ochsenpeitsche zu spüren bekommen. Dauernder Friede im Süden ist nur durch den Bahnbau bis Keetmanshoop zu erreichen, damit den Truppen Proviant zugeführt werden kann. Jetzt steht die Truppe am Dranje, wo ihnen die Engländer Gott sei Dank die Verpflegung hindringen. Würden Sie vom Dranje weggehen, so müßten Sie verhungern.

Ich komme nun noch einmal auf den Zahlennachweis über die Zahl der Truppen zurück, die draußen stehen und die wir nicht schwächen können. Im Süden stehen 1800 Mann und noch 700, welche Stationen besetzt halten, um die Ofgrenze gegen das englische Gebiet abzusperren; gegen die Hereros stehen 1000 Mann und im nördlichen Hottentottentland 500, also im ganzen 3500 Mann. Sie werden fragen, wo denn die anderen sind, da ja im ganzen 14 000 Mann draußen sind. Nun, zunächst ist eine ganze Anzahl Nicht-Kombattanten, im ganzen 8200 Mann. Dann gehen Kranke und Verwundete ab, das waren im vorigen Monat 1575 Köpfe. Etwa 3200 Mann sind für die Sicherung der rückwärtigen Verbindungen zu rechnen. Durch den Bau der Eisenbahn würde eine Menge der Sicherungstruppen überflüssig werden. Also ein Viertel von den 14 000 Mann wird unmittelbar gegen den Feind verwendet und drei Viertel sind da, damit das eine Viertel kämpfen kann. Das ist übrigens in allen Kolonialkriegen so. Die Engländer hatten im Burenkrieg 250 000 Mann, wovon gegen den Feind 70 000 standen. Man hat diese Notwendigkeit treffend auch „die strategische Schwindsucht“ genannt. Napoleon ist auf seinem Zuge nach Moskau zugrunde gegangen, weil auch er sich durch die Sicherung der Stappenstrasse so sehr schwächen mußte. Es ist kein Mann zuviel in Afrika, ich habe das am eigenen Leibe verspürt: denn stets war ich bei den schweren Kämpfen in Afrika an Zahl unterlegen. Die Lage ist so: Im Süden ist noch der volle Aufstand im Gange, im Norden des Hottentottentlandes und im Hererolande ist der Aufstand niedergeboren, aber der Funke glimmt noch unter der Asche. Gewehre sind genug vorhanden und auch Männer, um sie zu bedienen; es bedarf nur des Luftzuges, um den Funken zur Flamme anzublasen. Auch dieser ist vorhanden, das ist die ätiopische Bewegung. Wir dürfen deshalb die Befestigung nicht schwächen; ein Wiederauflodern des Aufstandes wäre die Folge. Hunderte von Millionen würde das kosten, um jetzt ein paar Millionen zu sparen. Die Budgetkommission ist dazu gekommen, 15 Millionen von der Forderung der Regierung zu streichen. Aber vom grünen Tisch aus können wir nicht beurteilen, wann die Truppen zurückgezogen sind. Ich verstehe, daß Sie, die das Interesse der Steuerzahler zu wahren haben, den süd-afrikanischen Aufstand verurteilen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber er hat uns doch auch Vorteile gebracht auf ideellem Gebiete. Er hat der Welt gezeigt, daß man in der Armee noch für das Vaterland und den Kaiser zu sterben versteht. Vielleicht hat uns das mehr genützt als wir ahnen. Weiter ist der Aufstand

eine sehr gute Schule für die Kameel!

und auch davon wird die ganze Nation ihren Segen haben, daß tausende junger Männer über das Meer hinausgelassen sind und gesehen haben, daß auch da noch eine Welt existiert. Ich stimme dem Abg. Arendt bei, der neulich schrieb, daß von diesem Aufstand eine neue Ära der Kolonialpolitik beginnen würde. Der beste Beweis dafür ist, daß wir uns schon vier Wochen darüber unterhalten. Ich sage noch einmal: für die Südwestafrica-Kämpfer alles, Treue um Treue! (Wahr! recht.) Der Begleiter der Hottentotten mit den Buren sollte wohl nur besagen, daß unsere Gegner in Südwestafrica vielfach Initiative gezeigt haben, offenbar vorgegangen sind. So haben sie in einem Gefecht das Hauptquartier vier- bis fünfmal angegriffen und schwer bedroht, in einem anderen Gefecht mußten sie im Kampf um die Geschütze Mann gegen Mann zurückgeworfen werden. Solche Szenen werden Sie aus dem Burenkrieg schwerlich finden.

Stellvertreter des Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe: Die Frage nach dem Burenkomplotz kann ich provisorisch nur dahin beantworten, daß es sich nicht um eine große Verschwörung, sondern um die Verabredung mehrerer Buren handelte: eine deutsche Proviantkolonne zu überfallen. Ich komme beim Etat für Südwestafrica noch darauf zurück.

Hg. Ledebour (Soz.): Die Bemerkung des Obersten v. Deimling über Morenga als Rinaldo Rinaldini erinnert doch recht leb-

haft an die Lieder des alten Scharfenmeier. (Heiterkeit.) Das Ernsthafte ist nur, daß wir nach Herrn v. Deimlings Ausführungen noch zwei bis drei Jahre lang 14 000 Mann in Südwestafrica halten müßten; denn er sagte, wir würden Morenga nicht eher fassen werden, als bis wir die Bahn nach Keetmanshoop gebaut hätten. Nun erfordert schon die Bahn nach Keetmanshoop bis zu ihrer Fertigstellung etwa acht Monate, die Strecke nach Keetmanshoop ist aber etwa doppelt so lang. Das muß für das deutsche Volk ungeheuer kostspielig werden. Deshalb hatten wir es für dringend geboten, den

Weg friedlicher Verständigung

mit Morenga zu suchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir Morenga und seine Hottentotten durch friedliche Verhandlungen zur Unterwerfung bringen. Verschiedene andere Stämme haben sich schon unterworfen, und Morenga war sehr geneigt, auf Verhandlungen einzugehen, es ist ja sogar mit ihm ein Waffenstillstand geschlossen worden. Morengas Royalität und außerordentlich hohe Menschlichkeit erkannte ja neulich auch Oberst v. Deimling an, Morenga ist also eine Persönlichkeit, mit der man ernsthaft verhandeln kann. Ich verstehe es daher gar nicht, wenn Oberst v. Deimling sagt, wir würden mit ihm nicht eher fertig werden, als bis er tot ist. Wie kann man als Mensch mit moralischen Empfindungen den Tod des Feindes sich direkt als Ziel setzen und den Gegner, den man selbst als einen ehelichen Gegner anerkennt, wie ein wildes Tier verfolgen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Zu dem Generalstaburteil über die Buren hat Oberst v. Deimling selbst eine Bemerkung gemacht, die alles, was über die außerordentliche Kriegstüchtigkeit der Hereros angeführt worden ist, widerlegt. Er sagte nämlich: er selbst sei stets Sieger über eine doppelte Uebermacht der Hereros geblieben. Alles was hier gesagt worden ist, ist also nicht geeignet, die unglaubliche Behauptung des Generalstabes zu begründen. — Oberst v. Deimling sprach von den außerordentlichen Vorteilen dieses Krieges für das deutsche Volk: Da habe sich gezeigt, daß es noch Ideale besitze! Nun, wir haben auch welche (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), nur daß sie nicht so minderwertig sind wie die Jüdischen. Denn was haben Sie als Ihr Ideal angegeben? Dieser Krieg sei eine ausgezeichnete Schule für einen vielleicht notwendigen großen Kampf. — Auch die Franzosen haben vor 1870 die Kolonialkriege immer als ausgezeichnete Kriegsschule betrachtet. Es hat sich aber herausgestellt, daß gerade diese Art der Kriegsführung gegen die Kräfte für Kriege gegen Europa schädlich war. Kolonialkriege haben also nur einen sehr relativen Wert für ein europäisches Heer. Der einzelne Offizier mag einzelnes daraus lernen, aber die Armee wird durch diese Schule nicht leistungsfähiger. Oberst v. Deimling rühmte weiter: Ganz Deutschland habe durch diese Ausfahrt einer Anzahl junger Männer erfahren, daß es noch Völker außerhalb Deutschlands gebe. Ist denn dem Obersten v. Deimling nicht bekannt, daß jahraus, jahrein zahllose Deutsche in die ganze Welt hinausgehen? Die „Erfahrungen“, die hier als neues Ideal aufgeführt sind, (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) bedeuten im Vergleich zu den sonstigen Vetterfahrten von Deutschen in andere Länder gar nichts. — Es ist ja sehr bedauerndwert, wenn deutsche Soldaten in diesem Kriege darben mußten. Aber in Deutschland müssen Hunderttausende, ja viele Millionen jahraus, jahrein noch mehr darben. Millionen von Menschen sind hier im Lande in einer Lebenslage, die ihnen nicht das zur normalen Ernährung notwendige Existenzminimum sichert. (Lachen rechts.) Diese Verhältnisse sind noch verschlechtert worden durch die Verteuerung der Lebensmittel zu Ihren Gunsten, was Sie (nach rechts) zweifellos auch sehr amüsiert. (Erneutes Lachen rechts.) Aber daß Sie sich darüber freuen, daß diese Kerntzen Ihre Klassen-genossen noch füttern müssen, das zeigt nicht von Idealismus, sondern nur von Ihrer grenzenlosen Gefühllosigkeit. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Damit schließt die Beratung; der Nachtragsetat wird bewilligt. Es folgt der

Etat für Kamerun.

Damit verbunden wird die Vorlage betreffend Uebernahme einer Reichsgarantie für die Eisenbahn von Duola nach den Manengubabergen.

Hg. Erzberger (Z.) begründet eine Resolution, die um Vorlegung eines Gesetzentwurfes ersucht, durch welchen unter Abänderung des Schutzgebietgesetzes vom 25. Juli 1900 das Verordnungsrecht eingeeignet und die Mitwirkung der Reichsgesetzgebung in der den Verhältnissen der Schutzgebiete entsprechenden Weise erweitert wird. — Gegenwärtig ist der Reichstag in Bezug auf die Kolonien lediglich eine Geldbewilligungsmaschine. Es liegt auch im Interesse der Regierung, dem Reichstage nicht nur von den Gesetzen Kenntnis zu geben, sondern seine Mitwirkung vor Erlaß der Gesetze zu ermöglichen, um die Verantwortlichkeit auch dem Reichstage an seinem Teile zu überlassen. Auch läge es im Interesse der Kolonien, weil es zweifellos ist, daß bei Mitwirkung des Reichstages die Kolonialgesetze besser werden würden. Wenn man ferner auf dem Standpunkt der Selbstverwaltung für die Kolonien steht, so wird man dieser Selbstverwaltung einen reichsgesetzlichen Hintergrund geben müssen. Was schließlich das Verordnungsrecht der Gouverneure anlangt, so kann man den Gouverneuren jedenfalls den einen Vorwurf nicht machen, daß sie zu sparsam mit Verordnungen gewesen wären. (Heiterkeit.) Es existieren in den Kolonien nicht weniger als

1906 Verordnungen.

(Zuruf: Und das im Jahre 1906! Heiterkeit.) Weite Kreise halten einen großen Teil dieser auf dem Verordnungsweg geschaffenen „Gesetze“ für ungültig. Unser Antrag gibt aber zu, daß den Gouverneuren ein weit größerer Verwaltungs-Spielraum gegeben werden muß als den Behörden im Mutterlande. Die Reichsgesetze ohne weiteres auf die Kolonien zu übertragen, geht schon deshalb nicht, weil man sonst für diese noch viel mehr Reservatrechte schaffen müßte, als für Bayern und Württemberg bestehen. Aber es gibt eine Reihe von Fragen, die der Reichstag in nächster Zeit schon gesetzlich regeln könnte, ohne den Vorwurf auf sich zu ziehen, er wolle die Kolonien ebenso vom grünen Tisch aus regieren, wie es bisher die Kolonialverwaltung getan hat. B. V. die Schutzgebiete-Angehörigkeit ist eine Frage, die reichsgesetzlich geordnet werden muß. Nach meiner Ansicht müßte diese Schutzgebiete-Angehörigkeit in erster Linie den Christen unter den Eingeborenen gegeben werden. Der Straußzug in den Kolonien leidet darunter, daß man sich zu schnell entschließt, jemand 25 hinter anzufügen. Das ist ein wunder Punkt! Auch mit dieser Frage sollte sich der Reichstag grundsätzlich beschäftigen. (Beifall im Zentrum und links.)

Erbprinz zu Hohenlohe: In Bezug auf die Zuständigkeit der Kolonialbehörden haben sich im Laufe der Zeit verschiedene Ansichten geltend gemacht. Welche Gebiete sich für die Gesetzgebung, welche für den Weg der Verordnung eignen, ist eine schwierige Frage, über die es kaum möglich sein wird, sich jetzt auszusprechen. Auf die wichtige Frage der Staatsangehörigkeit wird wohl die Reichsgesetzgebung Anwendung finden können.

Hg. Kopsch (Fr. Vp.): Der jetzige Zustand der Rechtlosigkeit in unseren Kolonien ist auf die Dauer unholdbar. Kamerun, das als eine unserer wertvollsten Kolonien bezeichnet wird, neben Togo, erfordert dauernd Zuschüsse, in diesem Etat 3 1/2 Millionen. Da sollte man erwarten, daß wenigstens die Verwaltung einwandfrei ist. Aber gerade die Verwaltung von Kamerun ist „berüchtigt“ wegen der andauernden Klagen über sie. Hauptsächlich fordert die Verteilung der 30 Uvaha-Häuptlinge zu stehen und neun Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit zur Kritik heraus. Wie war es möglich, daß in dieser Weise der Reichsbudget sich zum Richter machte? Niemals hat irgend ein Land in Europa derartiges getan, schreibt ein schwarzer Missionar

aus Kamerun. Wir dachten nun, die Zurückberufung des Gouverneurs v. Puttkamer sei ein Anerkennung der Kolonialverwaltung dafür, daß auch sie diese Urteile nicht billige. Aber von Tag zu Tag wird die Agitation lebhafter, ihn wieder auf seinen Posten zurückzuführen. Was werden die Schwarzen dazu sagen? Denn was die Deutschen dazu sagen würden, danach fragt man nicht. Herr v. Puttkamer's Rechtfertigungsschrift handelt von allem Möglichen, von der Größe und den Bewohnern Kameruns, von seinem Freunde Ranga Vell, den er als überaus regierungsfremdlich schildert, während er in Wahrheit nur englische Sympathien hat, und von allen möglichen anderen Dingen, die mit den gegen ihn erhobenen Anklagen nicht das mindeste zu tun haben. Herr von Puttkamer zeigt in seiner ganzen Rechtfertigung, daß er seine Kolonie gar nicht kennt, daß er wenig Zeit für sein Amt gehabt haben muß. (Sehr gut! links.) Daß er als Gouverneur einen falschen Paß ausgestellt hat — im gewöhnlichen Leben nennt man das schwere Urkundenfälschung — darüber müssen wir noch sprechen. Herr v. Puttkamer soll „im guten Glauben“ gehandelt haben. Das zu glauben, geht über meine Kraft. Herr v. Puttkamer müßte in der — wenn auch großen — Zahl seiner „Cousinen“ einigermaßen Bescheid wissen. (Große Heiterkeit.) Die „Braunschweiger Landeszeitung“ hat Fragen formuliert, wegen deren die Kolonialverwaltung und v. Puttkamer bei seinem geschärfsten Gesichtsmaß Klage aufbringen müßte. Aber der Fall Puttkamer ist nur ein Anzeichen für die Beamtenhierarchie, die sich nicht nur in der Kolonialverwaltung und nicht nur in Afrika breit macht. (Sehr wahr! links.) Möge solche Willkür auch noch in Rußland herrschen, in Preußen und Deutschland müssen diese Mißstände ungesäumt beseitigt werden. (Lebhafter Beifall links.)

Erbsprung zu Hohensehe:

Die Angelegenheit, die so viel Staub aufgewirbelt hat, ist ja bekannt; es ist auch bekannt, daß die Kolonialverwaltung auf dem Standpunkte steht, daß das Urteil zu hart ist und das Verfahren an verschiedenen Mängeln gelitten hat. Deshalb hat sie das Urteil auch aufgehoben und die Angelegenheit an ein unabhängiges Gericht verwiesen. Als nach Bekanntwerden des Urteils heftige Angriffe gegen den Gouverneur von Puttkamer erhoben wurden, hielt die Kolonialverwaltung es für angezeigt, ihn zur Verichterstattung hierher zu berufen. Ich hatte Bedenken, daß dadurch die Beschwerdeführer leicht zu dem Gedanken kommen könnten, auch eine unbescholtene Beschwerde sei eine gute Waffe gegen einen Beamten. (Sehr richtig! rechts.) Ich berief ihn trotzdem hierher, weil ich die Angelegenheit nicht verschleppen wollte, und eine Verschleppung wäre durch schriftlichen Verkehr bei den großen Entfernungen entstanden. Der zweite Grund, weshalb wir Herrn v. Puttkamer herbeiriefen, war, daß wir ihm Gelegenheit geben wollten, sich über die schweren Vorwürfe auszusprechen, die gegen ihn erhoben wurden. Das Ergebnis der Untersuchung, soweit es sich auf die Alma-Sache bezieht, liegt Ihnen vor. Herr v. Puttkamer selbst hat anerkannt, daß das Urteil viel zu hart gewesen sei. Er selbst als Gouverneur hat ihm die Befähigung nicht erteilt und auf Befragen der Kolonialverwaltung anheim gegeben, entweder eine Begnadigung eintreten zu lassen oder das Urteil aufzuheben. Wir neigten zuerst der Begnadigung zu und verfügten die einfache Freilassung der weniger Schuldigen und Erleichterungen für die vier am meisten Belasteten. Aber das Urteil und der ganze Prozeß schien uns nicht die Sicherheit zu bieten, daß über all die einzelnen Beschwerden gegen die Beamten mit genügender Gründlichkeit Erhebungen angestellt worden seien. So haben wir denn schließlich geglaubt, die notwendige Aufklärung am besten erreichen zu können, wenn ein mit der Sache bisher noch nicht Befashter Richter sie von neuem prüfte und entschied. Die zu mehrjährigen Gefängnisstrafen Verurteilten wurden nur deshalb weiter gefangen gehalten, weil zu bestreiten stand, daß sie sich im Falle ihrer Freilassung sofort der Verfolgung entziehen und unaufrichtig werden würden. Bei den dortigen Verhältnissen ist es so sehr leicht, das zu bewirken; sie brauchen nur in den Busch zu entweichen.

Von den allgemeinen Beschuldigungen gegen Herrn v. Puttkamer bleiben, wenn man in Abzug bringt, daß sein System allgemein in der Presse vielfach verurteilt worden ist, als greifbare Punkte zwei übrig: sein Verhalten in der Alma-Sache und die zuletzt vom Vordredner erwähnte Angelegenheit. (Weiterkeit.) In der

Alma-Sache

hat die Kolonialverwaltung ihrer von seiner Auffassung abweichenden Ansicht bereits Ausdruck gegeben. Sie ist auch heute noch der Überzeugung, daß es besser gewesen wäre, wenn zunächst das Verhalten der beteiligten Beamten aufgeföhrt und erst dann das Verfahren gegen die Hauptlinge eingeleitet worden wäre. Aber seine Befugnisse hat Herr v. Puttkamer nicht überschritten, indem er den Strafantrag stellte. Vom disziplinarischen Einschreiten gegen ihn auf Grund seines Verhaltens in dieser Angelegenheit könnte also nie und nimmer die Rede sein. An dem gefällten Urteil war er in keiner Weise beteiligt; er hat es wegen seiner allzugroßen Strenge nicht bestätigt und hat erklärt, daß er selbst die Befähigung verweigert hätte, wenn er mit dem Urteil einverstanden gewesen wäre, weil er sich als Partei fühlte.

Ich will nun noch die Frage über

die v. Eckardtstein

kurz berühren. Herr v. Puttkamer, der die betreffende Persönlichkeit hier kennen gelernt hat, ist mit ihr unter dem Namen „v. Eckardtstein“ bekannt gemacht worden. Er war der Ansicht, daß der Name „v. Eckardtstein“ ihr zu Recht zustünde und hatte keinen Grund anzunehmen, daß das nicht der Fall sein könnte. (Stimmliche, minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause.) Aber es gibt doch öfters Beispiele dafür, daß Angehörige von Familien, die sonst eine angesehene Stellung in der Welt haben, infolge unglücklicher Verhältnisse auf die schiefste Laufbahn geraten. (Weiterkeit.) Und daß man sie nachher in Umständen beobachten sieht, wie man nach dem Namen und der ganzen Stellung der Familie nicht annehmen sollte. (Weiterkeit.) Man konnte doch Herrn v. P. nicht zumuten, mit den Verhältnissen der Familie von Eckardtstein so genau vertraut zu sein, daß er über den Verbleib jedes Mitgliedes der Familie informiert sein müßte. (Andauernde Heiterkeit.) In Kamerun hat nun Herr v. P., wie er zugibt, den Fehler begangen, sie in seinem Hause zu halten und vielleicht auch zu sagen, daß sie seine Cousine sei. Er hat eingestanden, damit gefehlt zu haben, und ich siehe nicht an, zu erklären, daß dies Verhalten von Seiten des Gouverneurs ein Fehler gewesen ist. Nachdem er dann die sogenannte „v. Eckardtstein“ (Weiterkeit.) vom Jahre 1896 an einige Zeit bei sich gehabt hatte, hat er sie wieder nach Deutschland zurückgeschickt und ihr einen Paß auf den Namen v. Eckardtstein gegeben. Herr v. P. versichert, daß er auch damals noch der Meinung gewesen sei, daß sie diesen Namen zu Recht trüge. (Erneute Heiterkeit.) Ich habe nun bei den damals in Kamerun angestellten Beamten Erhebungen veranstaltet und sie amtlich vernehmen lassen. Alle haben behauptet, daß ihnen die betreffende Persönlichkeit nur unter dem Namen „von Eckardtstein“ bekannt gewesen sei und daß Zweifel daran dort nicht aufgetaucht seien. Es liegt mir daran, den Fall in jeder Beziehung klarzulegen. Wenn sich herausstellt, daß Herr v. Puttkamer gewußt hat, daß die betreffende Persönlichkeit nicht von Eckardtstein hieß und daß er ihr trotzdem den Paß ausgestellt hätte, so hätte er sich einer schweren Verletzung schuldig gemacht, die unter keinen Umständen hinwegzuwischen wäre. Ich glaube, eine Aufklärung der Kolonialverwaltung einerseits und dem so hart beschuldigten Beamten andererseits schuldig zu sein; denn es würde auf seinen Ruf für alle Zeit ein schlechtes Licht werfen, wenn die Zweifel über diesen Punkt nicht beseitigt würden. Die Ermittlungen sind noch im Gange, es sind noch Leute im Auslande zu vernehmen. Aber bisher haben wir keinen Grund, anzunehmen, daß Herr v. P. wußte, daß die betreffende Persönlichkeit einen anderen Namen hatte als den „von Eckardtstein“.

Abg. Dr. Krenzl (Rp.): Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß — wenn der Fall des Fraulein v. Eckardtstein so läge, wie der Abg. Kopsch ihn dargestellt hat Herr v. Puttkamer eine schwere Ver-

fehlung sich hätte zu schulden kommen lassen. Aber dem Abg. Kopsch erscheint stets nur wahr, was der Schwarze ansagt oder der Weiße, soweit es antilokal ist. Soweit kann ich nicht gehen. King Alma ist ein vollständig verkommenen trübsüchtiger Mensch, der in allen Haltungen um Schnaps herumtrottelt und Herr nur in einem kleinen Teile der Hauptstadt der Dualas ist. Die Petition ist tatsächlich hier entstanden. King Alma hatte sechs Monate Gefängnis wegen Erpressung und Unterschlagung hinter sich; da ging er auf den Plan seines Sohnes natürlich gern ein. Die Trennverfahrungen der Regier in der Denkschrift beweisen bei dem Charakter der Regier gar nichts. Der Abg. Kopsch hätte die Jugendtünden des Herrn v. Puttkamer besser nicht vordringen, namentlich hätte er sich nicht dabei auf seinen Liberalismus berufen sollen; er hat durch die Form, in der er seine Vorwürfe erhob, Herrn v. Puttkamer aufs tiefste verletzt. Für uns sind Hoch und Niedrig vollständig gleich, aber nicht für Kopsch, der wohl nicht mit derselben Beharrlichkeit gesprochen hätte, wenn es sich nicht um Herrn v. Puttkamer gehandelt hätte. Ich bin der Meinung, daß, wenn sich die Beschwerden über Herrn v. Puttkamer als wahr erweisen sollten, dieser zweifellos nicht im Reichsdienst bleiben kann. Wenn sie sich aber nicht als wahr erweisen sollten, so würde ich die Rückkehr des Herrn v. Puttkamer in die Kolonien auf das dringendste empfehlen. Ich würde es für bedenklich halten, wenn sich in den Köpfen der Regier die Meinung festsetzte, daß lediglich auf ihre Beschwerden hin der Gouverneur abberufen werden sei.

Abg. Dr. Klab (fr. Sp.): Ich weise den vom Abg. Krenzl erhobenen Vorwurf der Gefährdung bei den Anklagen gegen Puttkamer zurück. Ein Beamter in der hohen Stellung eines Gouverneurs muß doppelt und dreifach darauf sehen, daß er makellos ist. (Sehr richtig!) Abg. Krenzl hat hier eine Mohrenwäsche versucht. Er unternimmt es, das Urteil gegen die Alma-Leute zu rechtfertigen, was nicht einmal ein Vertreter der Reichsregierung getan hat! Herr v. Puttkamer habe von vornherein nicht die nötige Qualifikation zum Gouverneur besessen, man wußte das schon von vornherein. Eine ähnliche Persönlichkeit wie Herr v. Puttkamer ist der Herr v. Drauschitz. In seinem Bezirksamt in Edea hat er auf Kosten der Regierung eine förmliche Pavant entfallen. Ich frage bei der Regierung an, ob sie weiß, ob alle Kosten des Bezirksamts Edea auch richtig angewandt sind. Es wird auch behauptet, es sei dort ein teurer Bau aufgeführt worden für die Konfubinen des Herrn v. Drauschitz, des Richters Diehl und des Banneisters Drees. (Hört! hört! im Zentrum.) Ferner hat Herr v. Puttkamer die Taubenjagd verboten, bloß damit er selbst desto mehr Tauben schießen konnte. Das ist einfach ein Mißbrauch der Amtsgewalt. (Sehr richtig! links.) Eine stürmische Weiberwirtschaft scheint in Kamerun geherrscht zu haben. Zwei Handelsangestellte, so berichtet die „Frankfurter Ztg.“, sollen am hellen lichten Tage zwei Hauptlingsfrauen mit Gewalt in unzüchtiger Weise berührt haben, ohne daß sie bestraft wurden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Herr v. Puttkamer wissenschaftlich einen falschen Namen auf den Paß geschrieben hat, so hat er zweifellos eine Urkundenfälschung begangen. Ich bin aber der Meinung, daß wir es ihm keineswegs so einfach glauben können, er hätte die Dame für die Freim v. Eckardtstein gehalten. Die Kolonialverwaltung mußte die Sache übrigens schon seit langem kennen; denn der Kommandant des Kriegsschiffes „Gabiak“, dem der Gouverneur die „Freim“ als Tischdame gab, hat sich deswegen in Berlin beschwert. Was ist darauf erfolgt?

Ich muß aber auch noch einmal auf den

Fall Horn

zurückkommen. Der frühere Gouverneur Horn ließ nämlich einen Schwarzen geradezu foltern, indem er ihm zweimal 25 aufzählen ließ und ihn nach jedem Schläge fragte, ob er gestehen wolle. Nachher ließ man den Gefolterten 36 Stunden in der afrikanischen Sonne liegen und verschmähten. Das sind Fälle, die beweisen, daß Zustände in unseren Kolonien herrschen, die jeder Humanität spotten. (Sehr richtig! links.) Würde die Kolonialverwaltung im Falle Horn schärfer vorgegangen sein, so wäre dem Regiment Puttkamer beizugehen ein Ende gesetzt worden. (Beifall links.)

Stellvertreter der Kolonialdirektor Prinz Hohensehe: Ich möchte nur noch ein paar Worte antworten auf die Frage, ob seinerzeit, 1896, als Frau v. Eckardtstein in Kamerun war, die dort stationierten Marineoffiziere offiziell Beschwerde geführt und dargelegt hätten, daß sie sich durch das Verhalten des Herrn v. Puttkamer beleidigt fühlten. Eine solche Beschwerde liegt nicht vor. Das Reichsmarineamt hat die betreffenden Herren zur Äußerung aufgefordert, und es hat sich herausgestellt, daß an das Reichsmarineamt eine amtliche Beschwerde nicht erfolgt ist; hingegen hat eine persönliche Aussprache betreffend das Verhalten des Herrn v. Puttkamer zwischen ihm und den Herren stattgefunden, Herr v. Puttkamer hat sich entschuldigt, und damit war die Sache natürlich erledigt. (Wissendes nachdrückliches: Hört! hört! im Zentrum und links.)

Abg. Storz (südd. Sp.): Das Urteil gegen die Almahauptlinge scheint nicht nur in materieller, sondern auch in formeller Beziehung äußerst mangelhaft gewesen zu sein. Ein abhängiger Verwaltungsbeamter kann überhaupt sehr schwer ein unabhängiger Richter sein. (Sehr wahr! links.)

Redner geht auf Einzelheiten des Etats ein, bemängelt, daß in Edea, Uvea usw. allzu kostbare Luxusbauten aufgeführt würden. Die Kommission hat in betreff der Mannegeba-Vorlage sehr gut gearbeitet und hat der schädlichen Grundstückspekulation viel Boden entzogen. Die Kommission hat auch angeregt, den Schnapstransport auf der Bahn zu verbieten. Die Regierung hat allerdings Bedenken! Vielleicht einigt man sich auf einem mittleren Wege und nimmt für den Schnaps besonders hohe Taxite. Der Schnaps verpestet die Gesundheit der Regier. Ganz beseitigen ließe sich diese Pest aber nur durch internationale Uebereinkommen. (Beifall links.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 9¹/₂ Uhr.

Erster Schahkongress für alle in der Schifffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter.

Am Montag, den 10. März, begann im Berliner Gewerkschaftshaus der genannte Kongress, dessen voraussichtliche Dauer auf drei Tage bemessen ist. Einberufen war der Kongress von einem Komitee, das von den Zentralverbänden der im Seemanns- und Werft- sowie im Lösch- und Ladeberuf bestehenden Organisationen dazu beauftragt war mit dem Zweck, Kritik zu üben an den ungezahlten Mißständen aller Art, unter denen heute alle in der Schifffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter so schwer zu leiden haben. Auch sollen sowohl den geschäftigenden Körperschaften, wie auch den Behörden und Berufsvereinigungen die einzig gangbaren Wege zur Beseitigung oder wenigstens doch Milderung der in den genannten Berufen herrschenden Mißstände gezeigt werden. Es waren Delegierte folgender Organisationen erschienen: Vom Seemannsverband, Hafenarbeiter-Verband, Schiffszimmer-Verband, Verband der Maschinenisten und Heizer, Metallarbeiter-Verband, Holzarbeiter-Verband, Schmiede-Verband, Verband der Kupferschmiede, Handels- und Transportarbeiter-Verband und Fahrtrahnenarbeiter-Verband. Vertreten waren außerdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch die Abgeordneten Wegner, Schwarz und Körsen und die Generalkommission der Gewerkschaften durch Robert Schmidt. Von seemannischen Berufsvereinen hatten der Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine (Sitz Hamburg), der Verband deutscher Seemannsvereine und der Verband deutscher Seeschiffervereine ebenfalls Delegationen entsandt.

Das Komitee hatte zudem noch Einladungen ergehen lassen an das Reichsamt des Innern, das Reichsstatistische Amt, das Reichsmarineamt, das Reichsversicherungsamt, ferner an die bürgerlichen Reichstagsfraktionen, an die See-Berufsvereinigungen u. a. Korporationen. Es waren aber teils abwesende, teils überhaupt keine Antworten erfolgt.

Zur Geschäftsordnung stellte Schmalfeldt-Bremerhaden den Antrag, auf dem Kongress auch in eine wenigstens theoretische Erörterung der Gründung eines Industrieverbandes für die auf Werften und in der Schifffahrt tätigen Arbeiter einzutreten. Der Antrag erhielt jedoch nicht die erforderliche Unterstützung, weil diese Frage als noch nicht spruchreif und auch mit dem Zweck des Kongresses unvereinbar betrachtet wurde.

Hierauf referierte Paul Müller-Hamburg über:

„Die soziale und rechtliche Stellung der seemannischen Arbeiter unter dem Stande der heutigen Gesetzgebung.“

An der Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials verweist der Redner auf den gewaltigen Aufschwung der deutschen Schifffahrt und die riesigen Gewinne der Reder. In erheblichem Maße ist demgemäß auch die Zahl der beschäftigten Mannschaften gestiegen. Der Mannschaftsbestand wurde im Jahre 1904 auf 59 700 Personen angegeben, und zwar entfielen davon auf das Deckpersonal 31 525, auf das Maschinenpersonal 15 493 und auf das Hülfspersonal 9672 Mann. Einer solchen Zahl von deutschen Arbeitern im Seemannsberuf ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, müsse eigentlich jeder als eine vornehmliche soziale Pflicht betrachten. Wie stehen die Dinge aber in Wirklichkeit. So betragen die Monatsgehälter bei den deutschen Redereien für Matrosen durchschnittlich 63 bis 65 M., für Heizer 70—75 M. und für Schiffsjungen 85 M. Der Ueberstundenlohn wird auf 30—40 Pf. bemessen. Es müßte mindestens eine Erhöhung der Gehälter um 15 bis 20 Proz. eintreten. Im Auslande seien die Gehälter durchweg erheblich höher. Die vielfach außerordentlich schlechte Befestigung sei mit 1,30 bis 1,50 M. pro Tag entschieden zu hoch angesetzt. Von einer „gefüllten Kompostkassette“ für die Seeleute könne man angefaßt solcher Löhne nicht sprechen. Hinzu komme, daß die Seeleute kein Koalitionsrecht haben, sondern auf Grund der Seemannsordnung der unbegrenzten Disziplinargewalt der Vorgesetzten überliefert sind. Das Befestigungswesen bedürfe ebenfalls einer durchgreifenden Reform. Gemöhnlich heisse es in bezug auf die Verproviantierung: „Gut genug für Schiffgebrauch.“ Nachgewiesen sei auch, daß Schiffsoffiziere „erwarten“ Proviant der Leute im Auslande verkaufen, und daß viele Kapitäne sich an den Befestigungsgeldern der Mannschaften in skrupelloser Weise bereichern, indem sie die Schiffslöcher durch Gratifikationen zur „Ersparnis“ von Kost veranlassen. In unzähligen Fällen haben die Seemannsbestimmungen die Mannschaften total verdorbene Speisen und ungenießbares Trinkwasser verabfolgt wird. Ebenso schlecht stehe es mit der Behandlung. Aus dem tausendfach vorliegenden authentischen Material zieht der Redner eine Anzahl Stichproben aus Seemannsverhandlungen hervor, die ein geradezu schauerliches Bild auf die schlechte Behandlung der Seeleute werfen. Mißhandlungen der Vorgesetzten gegen ihre Untergebenen, gegen die sich letztere nicht einmal wehren dürfen, sind an der Tagesordnung. Den Mannschaften steht eben nur, so wie beim Militär, das nachherige Weidwörterrecht zu. Eine traurige Folge der Mißhandlungen sind dann die vielfachen Selbstmorde, besonders unter den Heizern und Trimmern, die im Kesselraum häufig bei einer Hitze bis zu 56 Grad Celsius arbeiten müssen. Gleich schlecht ist auch die Krankenbehandlung. Redner unterzieht ferner die unzulänglichen und unklaren Bestimmungen der Seemannsordnung einer eingehenden Kritik und bemängelt dabei besonders, daß die niederen Chargen der seemannischen Arbeiter von der Vertretung als Beisitzer in den Seemannsämtern so gut wie ausgeschlossen sind. Geradezu unverantwortlich leichtfertig wird auf den Schiffen auch mit den Unfallverhütungsvorschriften umgegangen, daher auch die stetig zunehmende Zahl der Unfälle. Auch die unsinnigen Weisheiten der modernen Schnell-Dampfer und nicht zu vergessen die bekannte „Gefahr“ von gut versicherten „Targschiffen“ erfordert viele Menschenleben. Sein zirkuläres sechsundzwanzigste Heft, das eine fast unerhörliche Menge von so wichtigem Tatbestandmaterial enthält, schloß Redner mit dem Wunsch, daß die Öffentlichkeit den berechtigten Forderungen der Seeleute von jetzt ab ein größeres Interesse als bisher entgegenbringen möge. (Lebhafter Beifall.)

Von einer Debatte über den ausführlichen Vortrag nahm der Kongress Abstand, weil es überflüssig sei, dem vom Referenten beigebachten Material noch etwas hinzuzufügen. Auch die Vertreter der drei als Gäste auf dem Kongress anwesenden seemannischen Berufsvereine nahmen nicht das Wort.

Hierauf gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der sich der Kongress bedingungslos auf den Boden der vom Referenten vertretenen allgemeinen Forderungen stellt.

Er fordert insbesondere:

1. Eine sich mindestens auf 15—20 Proz. belaufende Erhöhung der heutigen Minimalgehälter für alle Schiffleute, des Deck-, Maschinen- und Bedienungspersonals, sowie einen einheitlichen Ueberstundenlohn von 50 Pf.;
2. eine recht baldige erneute und durchgreifende Revision der Seemannsordnung, ihrer Nebengesetze und Ausführungsbestimmungen, um eine gesunde, geschlechte Basis für die Vertrags- und Rechtsverhältnisse der seemannischen Arbeiter zu schaffen, um der Willkür der Reder und Vorgesetzten, den beliebigen Auslegungen der öffentlich-rechtlichen Bestimmungen, ihrer Umgehung durch die den Seeleuten abholden Interessenten einen wirksamen Damm entgegen zu setzen;
3. zur Kontrolle der zum Schutz für Leben und Gesundheit der seemannischen Arbeiter an Bord getroffenen Maßnahmen und Einrichtungen von den Seeleuten selbst gewählte beidseitige Vertreter hinzugezogen werden und die Kontrolle selbst verstaatlicht wird; außerdem die heute geltenden Unfallverhütungsvorschriften, ohne Rücksicht zu nehmen auf den Widerspruch der Reder, bedeutend erweitert und etwaige Verstöße gegen diese Vorschriften seitens der Reder mit Freiheitsstrafen, seitens der Kapitäne, Offiziere und Maschinenisten an Bord, mit Freiheitsstrafen und in besonders frivolen Fällen mit Patententziehung geahndet werden;
4. daß die heute geltende Speiserverordnung für die deutschen Seemannschaften einer durchgreifenden Revision durch die zuständigen Reichsbehörden unterzogen wird und einheitliche Geltung für das deutsche Nord- und Ostseegebiet erhält;
5. Der Kongress fordert wiederholt die Unterstellung der seemannischen Arbeiter unter das Krankenversicherungs-gesetz und hält diesbezüglich erneute Erhebungen für dringend erforderlich. Zu etwaden wäre die eventuelle Angliederung dieser seemannischen Krankenversicherung an die von der See-Berufsvereinigungen gemäß den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes übernommenen Invaliden-, Witwen- und Frauenversicherung. Der Kongress stellt aber fest, daß die Leistungen dieser sozialen Fürsorgeeinrichtungen zu geringe, d. h. die Renten- und Unterstützungssätze zu niedrige sind und erklärt deshalb eine höhere Belastung sowohl der Versicherten wie der Versicherungsträger für notwendig und zulässig, wenn nur dadurch höhere Leistungen an die Versicherten resp. ihre Hinterbliebenen ermöglicht werden.
6. Ebenso entschieden hält der Kongress an der Forderung nach einem Reichs-Seemannsgesetz für unsere Handelsschiffe fest, wie er auch einen Erlaß eines Tief- und Leichtladegesetzes bezw. eine internationale gesetzliche Regelung dieser Materie für dringend geboten hält.

Um den seemannischen Arbeitern die Möglichkeit der wirtschaftlichen Selbsthilfe durch die Organisation zu geben, um allen Schichten ihrer Organisation und allen Schwierigkeiten, denen die seemannischen Arbeiter in dem Bestreben, ihre Lebenslage durch Selbsthilfe in der Organisation zu erhöhen, eventuell ausgeführt sind, vorzubeugen, hält der Kongress die gesetzliche Anerkennung des Koalitionsrechtes für die seemannischen Arbeiter als eine zwingende Notwendigkeit und die Verweigerung dieses Rechtes als bitteres Unrecht.

Der Kongress hält es für eine unumgängliche Pflicht der einzelnen Landesregierungen bezw. der Reichsregierung und ihrer unteren Verwaltungsbehörden, bei allen Erhebungen und Anfragen auch die seemannischen Arbeiter, als deren alleinige Interessenvertretung der Seemannsverband zu betrachten ist, zu berücksichtigen.

fichtigen, d. h. um ihre Meinung zu befragen, ihre Vorschläge offiziell einzufordern und zu erwägen.

Der Kongress fordert die parlamentarischen Vertreter der Arbeiter auf, im Sinne dieser Forderungen und Vorschläge zu wirken. Von der Reichsregierung erwartet der Kongress, daß sie alsbald die Initiative ergreifen wird, um den Forderungen und Vorschlägen der seemannischen Arbeiter die Möglichkeit der gesetzlichen Anerkennung zu verschaffen.

Bergarbeiterleben in der Mark.

Kottbus, 18. März.

Vor der hiesigen Strafkammer begann heute eine umfangreiche Verhandlung, die voraussichtlich mindestens eine Woche in Anspruch nehmen wird. Das wesentlichste dieses Prozesses wird die Erdörterung von Zuständen im Senftenberger Braunkohlentrevier sein, unter denen die dortigen Bergarbeiter zu leiden haben. Angeklagt sind die Bergarbeiter Gärtnner und Taz. Ihnen wird zur Last gelegt, daß sie aus Anlaß eines Streiks, der im Jahre 1904 in der Senftenberger Stadtgrube geführt wurde, in einer Versammlung sowie in Flugblättern die Senftenberger Polizei, die dortige Grubeninspektion und einzelne Beamte der Bergbehörde durch Verbreitung nicht erweislich wahrer Tatsachen beleidigt zu haben.

Den Vorsitz in der Strafkammer führt Landgerichtsrat Bochholz, die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Coler, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Karl Liebnecht. Berlin. — Unmittelbar nach dem Beginn der Verhandlung kam es zu einer Erörterung zwischen dem Verteidiger und dem Vorsitzenden. Der letztere wollte über jede einzelne unter Anklage gestellte Bezeichnung Verweis erheben, ohne den Zusammenhang der verschiedenen in ein- und derselben Versammlung gemachten unter Anklage gestellten Ausführungen zu berücksichtigen. Rechtsanwalt Liebnecht widersprach dieser Geschäftsweise und beantragte, daß die Ausführungen der Angeklagten im Zusammenhang erörtert werden. Der Vorsitzende lehnte dies ab. Schließlich wurde aber auf ausdrücklichen Antrag des Verteidigers ein Gerichtsbeschluss herbeigeführt. Derselbe ging dahin, daß die Angeklagten ihre Ausführungen im Zusammenhang vorbringen, die Beweisaufnahme aber Punkt für Punkt vorgenommen wird.

Während der nun folgenden Auslassungen des Angeklagten Gärtnner bestritt dieser einen der ihm zur Last gelegten Anklagepunkte. Der Vorsitzende sagte dazu mit großer Bestimmtheit, es sei so, wie die Anklage behaupte. Der Verteidiger wandte dagegen ein, was zutreffend sei oder nicht, das solle doch erst durch die Beweiserhebung festgestellt werden. Wieder sagte der Vorsitzende mit großem Nachdruck, er sei überzeugt, daß das festgestellt werde, was der Angeklagte soeben bestritt. — Auch aus dem weiteren Verlauf der Verhandlung gewann man als unbefangener Zuhörer den Eindruck, daß der Vorsitzende der Strafkammer von einer Schuld der Angeklagten schon vor der öffentlichen Verhandlung sich vollkommen überzeugt hatte.

Der erste Punkt der Beweiserhebung betrifft eine Bezeichnung aus einer Versammlungsrede des Angeklagten Gärtnner. Er soll gesagt haben, die Polizei habe einem beim Wetteln aufgegriffenen Vagabunden eine Bescheinigung ausgestellt, die demselben ermöglichte, als Streikbrecher auf der Stadtgrube beschäftigt zu werden. Daran soll der Angeklagte eine Kritik geknüpft haben, durch welche sich die Polizei beleidigt fühlt. — Gärtnner bestritt, daß er die Tatsache von der dem Streikbrecher erteilten Bescheinigung behauptet habe. Die Behauptung sei von anderer Seite aufgestellt, er selbst habe nur Bemerkungen daran geknüpft unter der ausdrücklichen Einschränkung: falls die mitgeteilte Tatsache wahr sei.

Ueber die Legitimierung eines Arbeitwilligen durch die Polizei sagte der Zeuge, Stadtschreiber Schulz: Es sei ein Mann auf das Polizeiamt gekommen, der keine Legitimationspapiere hatte. Das war während des Streiks auf der Stadtgrube. Der Mann sagte, er könne auf der Stadtgrube Arbeit bekommen, er bedürfe dazu aber einer polizeilichen Bescheinigung, daß seiner Einstellung nichts im Wege stehe. Der Zeuge hat darauf dem Manne, der ihm völlig unbekannt war und keinerlei Legitimationspapiere hatte, die gewünschte Bescheinigung ausgestellt, des Inhalts, daß der Einstellung des betreffenden auf der Stadtgrube polizeilichersichts nichts entgegenstehe. — Bei der Vernehmung dieses Zeugen kam es wieder zu einer lebhaften Meinungsäußerung des Vorsitzenden. Der Verteidiger verteidigte, durch Fragen an den Zeugen festzustellen, ob er solche Bescheinigungen öfter ausgestellt habe, oder ob es sich in dem vorliegenden Falle vielleicht um ein Entgegenkommen gegen die vom Streik betroffene Grubendirektion handele. Nachdem der Verteidiger einige Fragen in dieser Richtung gestellt hatte, schnitt ihm der Vorsitzende weitere Fragen dieser Art ab. Der Verteidiger bemerkte, daß gerade die Feststellung, die er durch die beanstandete Frage machen wolle, für die Verteidigung sehr wesentlich sei. Darauf sagte der Vorsitzende mit starker Stimme: Das ist und ganz egal, was für Sie wesentlich ist, es kommt darauf an, was wir für wesentlich halten und wir halten die vom Verteidiger gestellte Frage für un wesentlich.

Ein anderer Punkt der Beweiserhebung dreht sich darum, ob Gärtnner im Anschluß an die Mitteilung der Bescheinigungsangelegenheit die Polizei beleidigt habe durch Äußerungen wie: Auf solche Weise könne ja die Polizei einen Verbrecher legitimiert haben, die Polizei solle sich ins Gesicht schämen, Psui! Die übernachenden Beamten wollen diese Bemerkungen aus dem Munde Gärtnners gehört haben, er selbst stellt sie in Abrede. Mehrere als Zeugen vernommene Versammlungsteilnehmer bekunden, daß nicht Gärtnner, sondern andere Teilnehmer der zeitweise sehr bewegten Versammlung die betreffenden Äußerungen gemacht haben. Vor der Vernehmung eines dieser Zeugen kam wieder die Eigenart des Vorsitzenden zum Ausdruck. Der betreffende Zeuge wird vom Vorsitzenden mit ganz besonderem Nachdruck vor einem Meineid gewarnt. Der Vorsitzende bemerkte, dieser Zeuge sei in einem früheren Prozeß vor Abweisung des Eides nachdrücklich verwahrt worden. Es werde damals wohl Anlaß zur Warnung vorgelegen haben. Der Verteidiger beantragte, diesen Vorgang zu protokollieren, es sei doch zu befürchten, daß der Zeuge durch solche Vorhaltungen eingeschüchtern werde. Bei der Protokollierung stellt sich heraus, daß der Zeuge bei jener Verhandlung überhaupt nicht besonders vor dem Meineide gewarnt wurde, es handelte sich vielmehr nur um die an jeden Zeugen vorchriftsmäßig zu richtende Belehrung über die Zeugenpflicht.

Daß der durch die Polizei legitimierten Arbeitwilligen ein aufgegriffener Bettler war, bestritten die Polizeibeamten. Ein Zeuge aus den Reihen der Arbeiter sagt dagegen aus, der betreffende Arbeitwillige, Paul Schäfer ist sein Name, sei von ihm auf dem Wege zur Stadtgrube angetroffen. Der Zeuge machte von Schäfer auf den Streik aufmerksam, da habe dieser gesagt, er sei von der Polizei beim Wetteln ergriffen, wenn er jetzt nicht auf der Stadtgrube in Arbeit trete, dann werde er wegen Wettelns eingesperrt. Ein anderer Zeuge bekundet, er habe ebenfalls den Schäfer gesprochen. Derselbe habe zu ihm gesagt, er müsse auf der Stadtgrube arbeiten, um von der Strafe wegen Wettelns freizukommen. — Die hierzu vernommenen Polizeibeamten behaupten auf das Bestimmteste, es sei gar nicht denkbar, daß sie einen Bettler der Bestrafung entzogen hätten, damit er auf der Stadtgrube arbeiten könne. Insbesondere bestritten die Polizeibeamten, daß der in Rede stehende Schäfer, dem die polizeiliche Bescheinigung ausgestellt worden ist, zu der fraglichen Zeit beim Wetteln ergriffen wurde. — Bei der Vernehmung anderer Zeugen kommt zur Sprache, daß die Polizei zahlreiche Streikposten verhaftet hat, ohne einen anderen Grund als den, daß die Betreffenden durch ihre bloße Anwesenheit ein Verkehrs Hindernis gewesen seien sollen. Das sei in der Versammlung erwähnt und im Anschluß daran gesagt worden: Unsere Streikposten werden verhaftet, dem Streikbrecher aber gibt die Polizei eine Bescheinigung,

daß er auf der Grube arbeiten kann. — Die Ansicht, daß es sich um einen aufgegriffenen und wieder freigelassenen Bettler handelte, sei in der Versammlung allgemein verbreitet gewesen. Die Bescheinigung, welche besagt, der Einstellung Schäfers stehe polizeilichersichts nicht entgegen, befand sich in Händen Gärtnners. Sie wurde in der Versammlung verlesen und als eine behördliche Empfehlung des Arbeitwilligen aufgeföhrt.

Kurz vor Schluß der Sitzung ereignete sich ein Vorfall, der im Zuhörerraum großes Aufsehen erregte. Polizeiwachmeister Kamm aus Senftenberg hat die hier in Rede stehende Versammlung überwacht und heute als Zeuge auf das Bestimmteste behauptet, daß er die unter Anklage stehende Äußerung: Die Polizei solle sich ins Gesicht schämen, Psui usw. aus dem Munde des Angeklagten Gärtnner gehört habe. — Nachdem eine Anzahl von Zeugen ebenso bestimmt ausgesagt hatten, daß sie diese Äußerungen nicht von Gärtnner, wohl aber von einem anderen Teilnehmer der Versammlung gehört hatten, der sich gar nicht in Gärtnners unmittelbarer Nähe befand, wird Polizeiwachmeister Kamm nochmals vorgelesen. Rechtsanwalt Liebnecht stellt an ihn die Frage, ob er vielleicht eine feindselige Stimmung gegen Gärtnner habe. Polizeiwachmeister Kamm antwortet: Nein, sonst hätte ich schon früher Grund gehabt, Strafantrag gegen Gärtnner zu stellen, denn er hat mich in einer Versammlung einen winzigen Polizeiwachmeister genannt. — Hierzu bemerkt der Angeklagte Gärtnner: Der Polizeiwachmeister habe einmal aus einer Versammlung die Frauen entfernen lassen. Diese Handlung habe er, Gärtnner, kritisiert und dabei allerdings von einem „minderen Polizeibeamten“ gesprochen. Der die Versammlung überwachende Polizeiwachmeister Kamm habe daraus vom Vorsitzenden der Versammlung verlangt, daß er Gärtnner das Wort entziehe.

Zeuge Wachmeister Kamm gibt das zu. Auf die Frage des Verteidigers: Glauben Sie denn, daß Sie ein Recht dazu haben, einem Redner das Wort entziehen zu lassen, antwortet Polizeiwachmeister Kamm mit großer Bestimmtheit und unübertriebenem Selbstbewußtsein: Gewiß, wenn mich der Redner verhöhnt! — Der Vorsitzende des Gerichts pflichtet dem Polizeiwachmeister bei und bemerkt ebenso bestimmt wie dieser: Aber natürlich hat er das Recht, er wird sich doch nicht verhöhnen lassen. — Er hat dies Recht nicht, sagt der Verteidiger. Höchstens dürfte er die Versammlung auflösen. — Darauf der Vorsitzende des Gerichts: Das ist doch eine besondere Liebeshandlung von dem Polizeiwachmeister, daß er nicht gleich zur Auflösung schritt, sondern nur die Wortentziehung verlangte, nachdem ihn der Angeklagte verhöhnt hatte. — Mit starker Betonung setzte der Gerichtsvorsitzende hinzu: Solche Unverschämtheit!

Unmittelbar auf diese Episode folgte eine zweite auffsehen-erregende Szene. Rechtsanwalt Liebnecht fragt den Polizeiwachmeister Kamm, ob es wahr sei, daß er heute im Zeugenzimmer gefagt habe, der Angeklagte Gärtnner habe die Kasse des Bergarbeiter-Verbandes verhängen und sei deshalb nach Hannover abgeschoben worden. (Gärtnner ist jetzt Bezirksleiter des Bergarbeiter-Verbandes in Hannover.) — Polizeiwachmeister Kamm gibt zu, daß er im Zeugenzimmer gefagt habe, er habe gehört, Gärtnner solle sich an der Verhandlung beteiligen haben und deshalb nach Hannover verkehrt sein. — Der Verteidiger fragt, weshalb er denn solche Äußerungen zu den anderen Zeugen gemacht habe, die doch geeignet seien, die Zeugen gegen den Angeklagten einzunehmen. — Polizeiwachmeister Kamm antwortet: Er habe feststellen wollen, ob es wahr sei, was er gehört habe, daß Gärtnner wegen Veruntreuung nach Hannover verkehrt worden sei. — Rechtsanwalt Liebnecht: Also hier im Zeugenzimmer wollten Sie Recherchen anstellen? Haben Sie nicht auch, ebenfalls im Zeugenzimmer, mit Bezug auf Gärtnner gesagt: Solche Leute, die sich an Arbeitergrößen vergreifen, verhöhnen man, Sie würden aber dafür sorgen, daß der Heherei ein Ende gemacht werde? — Hier fällt der Vorsitzende mit der stark betonten Bemerkung ein: Das ist nur zu loben! Der Heherei muß ein Ende gemacht werden! — Auf einen Einwand des Verteidigers betont der Vorsitzende nochmals: Gewiß, wenn der Heherei ein Ende gemacht wird, so ist das nur zu loben!

Aus der Partei.

Bebel und die „Sozialistische Partei Großbritanniens“.

London, 18. März. Der „Vorwärts“ vom 15. d. Mts. veröffentlichte eine Korrespondenz zwischen Bebel und dem Vorstande der „Sozialistischen Partei Großbritanniens“ über Bebel's Telegramm an Reynolds' Kampes. Meines Wissens ist die „Sozialistische Partei Großbritanniens“ ein kleiner sozialistischer Verein, der ganz gut in einem einzigen Zimmer haben könnte. Die Mitglieder sind Splitter der Sozialdemokratischen Föderation, denen Hyndman, Quail usw. nicht „Kassendirektoren“, nicht „revolutionäre“ und nicht „marxistisch“ genug seien. Dann hat Bebel's Telegramm an Reynolds' nicht die geringste Verwirrung verursacht und wurde auch nicht von den Liberalen auf irgend welche Weise ausgebeutet oder umgedeutet. Hätte sich Genosse Bebel über die „Sozialistische Partei Großbritanniens“ näher informiert, so wäre ihm die Antwort an die „Sozialistische Partei Großbritanniens“ erspart geblieben. In England gibt es eine ganze Anzahl lokaler sozialistischer Vereine, die sich ebenso gut einen weithinbekannteren Namen zulegen und den Sozialisten aller Länder Nutzen anstatten könnten, aber sie haben noch nicht ganz den Sinn für Humor verloren und begnügen sich mit dem, was sie sind.

Was hier der Korrespondent des „Vorwärts“ über die Bedeutung der „Sozialistischen Partei Großbritanniens“ mitteilt, ist mir von anderer Seite bestätigt worden. A. Bebel.

Der Wahlrechtsgegner-Prozeß, den die Gesetzminder Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Köhler-Behe anstregte, hat mit einem gründlichen Fiasko des Anklägers geendet. Die Hauptverhandlung fand am Sonnabend vor der Gesetzminder Strafkammer statt. Die Anklage lautete auf Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, der Staatsanwalt setzte alles daran, um das Vorhandensein dieses „schweren Verbrechens“ nachzuweisen, es half ihm nichts — das Resultat: Kostenlose Freisprechung des Angeklagten!

In der Begründung des Urteils wurde u. a. ausgeföhrt: Das Flugblatt enthalte in seinem ganzen Inhalt und auch in den von der Anklage hervorgehobenen Punkten nur die subjektiven Meinungen und Urteile des Angeklagten, nicht aber die Behauptung von Tatsachen. Bei der Beurteilung des Inhalts dürfe man den Standpunkt des Angeklagten als Sozialdemokrat nicht außer acht lassen. Weil also nur seine subjektiven Urteile und Meinungen über Landtag und Wahlrechtsfrage vorliegen und nicht die wissenschaftliche Behauptung existierender und erachteter Tatsachen, sei der Angeklagte freizusprechen. Die Freisprechung müsse auch deswegen erfolgen, weil dem Angeklagten als überzeugten Sozialdemokraten das Bewußtsein gefehlt habe, daß dieselben diese oder jene der von ihm angeführten Behauptungen tatsächlich unrichtiger Natur sei.

Ob man nun genug hat des grauwollen Spiels? Im übrigen ist es eine irrige subjektive Auffassung des Richters, wenn er von unwahren Behauptungen spricht. Die Begründung des Urteils beweist, wie wenig historische Kenntnisse ein Richter zu haben braucht.

Als Reichstagskandidat des 2. mecklenburgischen Wahlkreises Schönermin-Bezirk wurde von einer Kreisversammlung der Genosse F. Starosson-Roskow, der Redakteur der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ aufgestellt.

Wegen Beleidigung eines sog. Privatsekretärs wurde der Genosse Redakteur Mollenhuth vom Dalschen „Volksblatt“ vom Schöffengericht mit 40 M. bestraft. Der Sekretär hatte sich von einem Polizeibeamten eine Gefälligkeit erweisen lassen und hinterher den Beamten in skandalöser Weise demüthigt. Die Beleidigung wurde in dem Ausdrück nichtwürdiger Demüthigung gefunden. Anzuerkennen wurde aber, daß die Handlungsweise des Klägers, objektiv betrachtet, der Charakteristik entspreche. Trotzdem — Strafe muß sein!

Unchristliche Verfolgungswut. Wegen Beleidigung katholischer Geistlicher ist der Genosse Martin als Redakteur der „Wülhauser Volkszeitung“ zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Geistlichen hatten wegen einer Katze vom Februar 1905 Privatklage erhoben, in der ein Passus aus einem früheren Artikel zitiert war, wegen dessen die Herren vergeblich Erhebung der öffentlichen Klage gefordert hatten. Sie forderten scharfe Bestrafung. Wie reimt sich das mit ihres angeblichen Vorbildes Gebot, auch die zweite Wange darzubieten, so einem auf eine ein Wadenstreich versetzt wird?

Die Kienruffgeschwätzte Nummer der Breslauer „Volkswacht“ vom 5. Dezember v. J., die den Preußenaufruhr enthielt, der dem Genossen Löbe ein Jahr Gefängnis einbrachte, ist nun in Form einer Ansichtskarte reproduziert worden. Ein Kulturdokument aus der preussischen Wahlrechtsbewegung!

In Zeugniszwangshaft abgeföhrt wurde am 18. März der Redakteur der „Vörracher Arbeiterzeitung“, Genosse R. Goll. Es handelt sich um eine Streikbrecheraffaire.

Mit Rücksicht auf die Partei. Das Stettiner Parteiorgan berichtet über die Beurteilung eines Genossen Paegel vor dem dortigen Schöffengericht wegen Sammelns für die russischen Arbeiter. Es handelte sich um den Einspruch gegen ein Strafmandat von 30 M. Das Gericht verwarf ihn und erhöhte die Strafe auf 60 M. — Der Staatsanwalt sagte in seiner Anklage: Man hätte mit Rücksicht auf die Partei, der Paegel angehört, schon beim Strafmandat das Höchstmaß genommen. Er beantragte, noch darüber hinauszugehen wegen des gefährlichen Treibens der Sozialdemokraten.

Gemeinderats-Wahltag. Bei der Gemeindevertreterwahl in Lorzelow am 18. März wurden die Genossen Otto Johannmann mit 360 und Emil Neumann mit 322 gegen 151 Stimmen der vier Gegner in der 3. Abteilung gewählt; Genosse August Paegel unterlag in der 2. Abteilung mit 5 gegen 24 Stimmen.

Gemeinderatswahltag. In den bei Halle a. S. gelegenen Dörfern Dieskau, Rudewitz, Heudewalde und Anisdorf ist je ein Genosse in den Gemeinderat gewählt worden.

Ein neues Heim bezieht am 1. Mai die „Neu-Horcker Volkszeitung“. Das neue Haus ist in der Spruce Str. 15 gelegen und wurde vom Verlag auf 10 Jahre gemietet. Das Gebäude ist vollständig feuerfester, enthält 8 Stodwerke, in die man durch Fahrhähle gelangt und auch sonst alle für einen Zeitungsbetrieb notwendigen Einrichtungen.

Der 13. Landeskongress der ungarischen Sozialdemokratie findet am 16. und 17. April in Budapest statt. Außer den üblichen Berichten der Parteileitung usw. steht u. a. auf der Tagesordnung: Die Parteikritik, die Parteipresse und die Agitation.

Der Ausschluß Briand's geht nicht ganz ohne Widerspruch durch. Aus St. Etienne wird vom 10. März gemeldet: Das sozialistische Komitee der Bezirke von Südost und Südwesten von St. Etienne haben gegen die Ausschließung Briand's aus der vereinigten sozialistischen Partei Protest erhoben, ebenso der Verein in La Pareic. Diese drei Gruppen haben beschlossen, aus dem sozialistischen Verbände auszuscheiden.

Höhere Bedeutung wird diesen Protesten nicht beizumessen sein.

Aus Industrie und Handel.

Stimmungsmache. Aus Rheinland-Westfalen kommen fast täglich Nachrichten über die Marktlage, denen die Ansicht der Stimmungsmache deutlich anzumerken ist. Am Sonnabend wurde signalisiert, das Kohlenmarkt werde verstärkt durch Anforderung aus Frankreich in Anspruch genommen. Damit will man den Eindruck der beschlossenen Förderreinschränkung vermitteln. Uebrigens gehen einzelne Zeichen daran, Kohlen zu lagern. Die nicht zu vermeidende Preisnachgabe auf Roheisen ist gewiß kein Zeichen überstarker Nachfrage; da soll die Nachricht, der Stahlverband habe eine neue Erhöhung der Beteiligungsziffer in Produkten A. ausgeschrieben, die Stimmung heben. Ob die Erhöhung durch die Marktlage gerade jetzt bedingt ist, steht aber auf einem anderen Blatte.

Bater Staat als Preidtreiber! Wie die „Breslauer Ztg.“ mitteilt, setzte das Handelsbureau der königlichen Bergwerke in Jahre keine auf dem oberhalbessischen Kohlenmarkt mangelnden Preise für fiskalische Steinkohlen durch Zirkular dahin fest, daß ein Sommerabschlag für die Großfortimente am 1. April nicht eintritt und die Kleinfortimente sogar teilweise eine Preiserhöhung erfahren.

Gesellschaft. Die mit dem „Schaller Gruben- und Hüttenverein“ und der Gesellschaft „Rote Erde“ in Interessengemeinschaft lebende Gesellschaften Bergwerks-Aktiengesellschaft erzielte im ersten Jahre der neuen Organisation einen Bruttogewinn von 26 708 868 M. Das dividendenberechtigte Aktienkapital beläuft sich auf 110 Millionen Mark. Im vorigen Jahre betrug der Ueberschuß 14 222 806 M., das Aktienkapital 99 Millionen Mark. Es kommen für dieses Jahr hinzu 5 806 974 M. Einnahmen aus den Beteiligungen an anderen Gesellschaften (Schaller Gruben- und Hüttenverein und Kachener Hüttenverein), während im vorigen Jahre 90 968 M. Gewinnreserve der Zeche der Hamburg und Franziska verrecknet wurde. Diesen Einnahmen stehen 3 538 505 M. Ausgaben (8 373 777 M.) an Unkosten, Zinsen, Entschädigungen, Beiträgen, Vergütungen, Steuern gegenüber. Nach Abschreibungen von 6 411 829 M. (6 332 063 M.) verbleibt ein Reingewinn von 13 744 210 M. (7 977 895 M.). Die Verteilung dieses Reingewinns wird in folgender Weise vorgeschlagen: Dem Spezialreservefonds werden 800 000 M., wie im Vorjahre, zugewiesen, so daß derselbe nunmehr die Höhe von 690 000 M. erreicht. Der Beamtenunterstützungsfonds wird mit 100 000 M. (60 000 M. i. V.) dotiert. 254 211 M. (217 885 M.) erhält der Aufsichtsrat als Zantime. Die Dividende von 11 Proz. nimmt 13 090 000 M. in Anspruch, während die vorjährige Dividende von 10 Proz. 6 900 000 M. beanpruchte. Im vorigen Jahre waren ferner noch 500 000 M. für einen Arbeiterunterstützungsfonds ausgewiesen. Ein Vortrag auf neue Rechnung ist in beiden Jahren nicht gestellt worden. Das Ergebnis deckt sich ungefähr mit demjenigen des Vorjahres, trotzdem die Gesellschaft für 1 300 000 M. Vergütungen zu Lasten des Betriebes verrecknete, während sie dafür in 1904 Mehrerben zur Verfügung hatte und nur 160 624 M. zu Lasten des Betriebes zu verrecknen brauchte. Allerdings steht dem Posten Vergütungen in Höhe von 1 300 000 M. eine ungefähr gleiche hohe Einnahme aus vom Lager gefasenden Kohlen gegenüber.

Bahnbau in Rußland. Die Sonderkommission der Eisenbahnverwaltung in Petersburg steht dem von amerikanischen Kapitalisten vorgelegten Plane, eine Eisenbahn durch die Behringstraße von Asien nach Amerika zu bauen, günstig gegenüber. In der Behringstraße soll die Bahn durch einen Tunnel geben. Bedingung der russischen Regierung ist, daß eine Strecke von 3750 englischen Meilen der Bahn von russischen Arbeitern gebaut wird. Die Kapitalisten erklären sich bereit, 64 Millionen Pfund Sterling für den Bahnbau zu beschaffen.

Einkaufvereinigung für elektrotechnische Bedarfsartikel, e. G. m. b. H. Unter obiger Firma wurde ein neues Unternehmen mit dem Sitz in Frankfurt a. M. gegründet, welches besorgt Einkauf von elektrotechnischen Bedarfsartikeln im großen und Abgabe derselben an Mitglieder in einzelnen.

Eingegangene Druckschriften.

Dr. jur. R. Reichsberg, Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung. II. Band, zweite Hälfte. 961 Seiten. Verlag Engelhardt, Berlin.

Sonderabdruck aus „Medizinische Reform“, Wochenchrift für soziale Medizin, Hygiene und Medizinalltag. Redigiert von Dr. Rudolf Leunhoff in Berlin. Gutenberg-Verlag A.-G., Berlin.

Dr. Utile cum dule: Der Anfang einer Kultur. (Eine deutsche Antwort an Tolstoj: Das Ende eines Jollalters.) Preis 1 M. Verlag Gose u. Lehmann, Berlin SW. 61.



WARENHAUS HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE — ALEXANDERPLATZ

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag. — Soweit der Vorrat reicht.

Porzellan gute Wahl

Kaffeetassen weiss	statt 28 Pf.	18 Pf.
Kaffeekannen mit Deckelschutr. 3 Grössen	45 Pf. bis	175
Milchtöpfe 8 Grössen	10 Pf. bis	90 Pf.
Kaffeekannen weiss gemustert	50 Pf.	75 Pf.
Teekannen	50 Pf.	70 Pf. 150
Bratenplatten oval, 6 Grössen	40 Pf. bis	200
Salatièren viereckig, 4 Grössen	30 Pf. bis	100
Terrinen 5 Grössen	100 bis	285
Saucièren 5 Grössen	50 Pf. bis	125
Kartoffelnäpfe m. Deckel, 5 Grössen	60 Pf. bis	175
Compottschüssel gerippt, 16 Grössen	10 Pf. bis	100

Ein Posten

Speiseteller weiss Porzellan fach 10 Pf., tief 15 Pf.

Dessertteller 17, 18, 19 cm, Stück 10 Pf.

Milchsätze 6 Stück, fein dekoriert, statt 3,60	250
Milchsätze 6 Stück, fein dekoriert, statt 2,90	200
Kaffeetassen mit Goldrand	12 Pf.
Kaffeetassen fein dekoriert	25 Pf.

Steingut

Salznäpfe 4 teilig, farbig 45,	weiss 35 Pf.
Salznäpfe 6 teilig, farbig	100
Salz- und Mehlmetze	Stück 35 Pf.
Toiletten-Eimer Bagel und Einlage	350
Wasserkrüge dekoriert.	15 25 65 Pf.
Wurstkasten dekoriert	175
Vorratstonnen dekoriert statt 75 Pf.	45 Pf.
Essig- u. Oelflasche dekoriert statt 75 Pf.	45 Pf.
Gewürztönnchen Satz 6 Stück statt 1,75	185
Salz- und Mehlmetze	statt 1,45 115
Tafelservice 28 teilig,	statt 12,50 850
Terrinen	60 95 Pf.
Bratenplatten oval	20 30 39 Pf.

Waschservice

4 teilig, Blumenmuster 125	4 teilig, rot abgetönt 145
3 teilig, rot abgetönt, grosse Form 200	3 teilig, hellblau und rosa dekoriert 400
5 teilig, rot abgetönt 550	5 teilig, farb. dek. 650
5 teilig, fein dekoriert 950	5 teilig, fein dek. 1250

Lampen

Tischlampen Messing-Fussel, Kristall-bassin komplett	275 300
Tischlampen Zinkfuss, komplett	275 375
Tischlampen Majolikafuss, komplett	375 475 575
Amerikan. Glasfusslampe elegant, komplett	450 500
Küchenlampen grosse Auswahl	28 60 95 Pf.

Perlampen für Schlafzimmer	1250 1450
Perlampen elegant, komplett	1950
Kronen 3 flammig, bronze	1975 2150 2500
Kronen 3 flammig, cuivre poli matt	2950 4250
Speisezimmerkronen	3950 5250 5750

Wirtschafts-Artikel

Waschfässer v. stark. Zink, mit Holzboden	875 1050 1250
Waschzuber dazu, Zink mit Holzboden	875 1150
Waschewringer Garantio-Ware	1125 1275 1375
Tafelwagen Gewicht 3 kg 750 5 kg 875 10 kg 1000	
Waschmaschinen mit verz. Trommel, z. Drehen für 18 Hemden	2750
Gasplatten fein vernickelt, mit Erhitzer	450
Briefkästen	35 60 95 Pf.
Frühstückskasten verchliessbar, statt 1,50	95 Pf.
Brotkapseln oval, ganz Emaille, statt 3,25	200
Bestecke mit vernick. Heft, statt 6,75	490
mit schwarzem Heft, Bollinger Fabrikat, statt 8,15	675
Brot- und Schlachtmesser	statt 65 40 Pf.
Kehrichtfässer mit Deckel und Schrift	statt 3,40 225

Sämtliche Eisenwaren für den Umzug

Besen- und Bürstenwaren Ia

Roßhaarbesen 1 ^{er} 2 ^{er} 3 ^{er} 2 ^{er} Roßhaarhandfeger 1 ^{er} 1 ^{er}	
Cocosbesen für Teppich 90 1 ^{er} Teppichhandbesen	60 70
Teppichkehrmaschinen	770 900
Bohnerbürsten eiserna	375 500 575
Bohnermasse gelbe 50, Edelwachs weiss	70 Pf.
Stahlspäne pro Pack	15 Pf.

Zur Einsegnung



aus fein geripptem schwarzen Kammgarn sowie aus haltbarem Cheviotstoffen, sauberste Ausführung von M. 1250 an

aus prima tiefschwarze Kammgarn- und Tuch-Kammgarnstoffen mit besten Zutaten, eleganter Sitz, von . . . Mark 1750 an

anzüge nach Maß Garantie für gutes Passen 24 an

M. Schulmeister

Schneidermeister, Dresdener-Strasse 4, am Kottbuser Tor.

Witte Waldschlösschen, Eidwalde, Kaiser Friedrich-Strasse 1. Empfehle allen Vereinen und Gewerkschaften zu Ausflügen und Partien mein herrlich am Wald gelegenes Lokal, 3 Minuten vom Bahnhof. Großer Saal. X Schattiger Garten. X 2 Kegelbahnen. X Ausspannung. Sommerwohnungen und Zimmer. 25845

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.

Berlin - Pankow. Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.

Caramel-Malzbier

Alkoholarmes, diätetisches Spezialbräu. Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc. Als Tafelgetränk sehr bevorzugt. Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich.

Vor dem Einlaufen in den Hafen der Ehe.

Weder als alle übrigen Berufsgruppen sind die Angehörigen der werktätigen Stände auf die ökonomische Verwendung ihrer in lauter Arbeit mühsam erworbenen Ersparnisse angewiesen. Schon bei den, den Bedürfnissen des täglichen Lebens dienenden fortlaufenden Anschaffungen gilt es, sorgsam zu prüfen, ob das Anschaffungsobjekt den Gebührenden entspricht, der dafür aufzubringen ist. Um wieviel mehr erst dann, wenn es sich um eine einmalige große Ausgabe handelt, wie dies bei der Errichtung eines eigenen Hausstandes und dem damit unlosbar verknüpften Möbelaufbau gewöhnlich der Fall ist. Wobann muß meistens der größte Teil, wenn nicht gar das ganze in langen Jahren mühselig Ersparnis in Angriff genommen werden. Da heißt es, noch eingehender als sonst eifrig zu wägen, ob man für sein vielbesagtes Geld auch in vollem Umfange ausreißend Gegenwerte erhält. Zum Glück für unsere reichshauptstädtische Bevölkerung ist gerade in Berlin die Möbelfabrikation zu Hause und eine Menge leistungsfähiger biederer Firmen wetteifern um die Gunst, ihre Kunden gut und billig zu bedienen. In vorbestehender Reihe dieser ersten Häuser steht die Firma Wollners Möbelfabrikation, Wollnermarkt 3. Namentlich sind es die für den Bürgerstand passenden Möbel, welchen die Firma eine außerordentliche Sorgfalt widmet. Hunderte von Zimmereinrichtungen dieser Art stehen, überfülllich angeordnet, in nicht endenwollender Auswahl in den großen Räumen des altbekannten Gebäudes aufgestellt. Ganze Einrichtungen (von nur 300 M. an, bis in den höheren Preislagen). Unterhalten sich auch die Stühle der verschiedenen Preislagen durch äußere Ausstattung, so haben sie doch alle das eine gemeinsam: die gediegene Ausführung, für deren Güte mehrjährige Garantie geleistet wird.

Es sollte kein Reflexion in seinem eigenen Interesse bei den Besichtigungsrundgängen durch die ersten Berliner Möbelfabriken veräußern, auch in erster Linie der Firma Wollner am Wollnermarkt seinen Besuch abzugeben, umso mehr, als dabei irgend welcher Kaufzwang bei diesem altrenommierten Hause in ernstlicher Weise ausgeschlossen ist. Martin Bergmann. S. K. 280/3

Jedes Jenensia-Rad ein Meisterwerk deutscher Technik. Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie! Sozial-Räder 28. 65.-, Sozial-Luxus-, mit Freilauf, 28. 100.-, Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Bruch-Pollmann

empfehle sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt, Vieker. f. Dr. u. Hülfs-Arztentafeln Berlin C., 554292. **30. Anien-Strasse 30.** Alle Bruchbänder mit elastischen Gelenken, angenehm u. weich am Körper.

Ziehung vom 27.-31. März 1906.

Trierer Dombau-Geld-Lotterie

15 377 Goldgewinne, zus. Mk. 1

500 000 Hauptgewinn Mk. **100 000** **50 000** etc. etc.

Losse à 4 M., halbe à 2 M. (Porto u. Liste 30 Pf. extra).

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft Berlin W. Friedrichstr. 181 und Andreasstr. 46a.

Spezial-Geschäft für Uhren.

1 neue Uhr No. 14 75 0/10
1 neue Uhr No. 15 15 0/10
1 neue Uhr No. 16 10 0/10
1 neue Uhr No. 17 10 0/10
1 neue Uhr No. 18 10 0/10
1 neue Uhr No. 19 5 0/10
Neue Uhren in größter Anzahl genau reguliert. 280/3

E. Möbis, 14 Benthstrasse 14 (am Spittelmarkt), 2. Stock: Koppstr. 32.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-3-5-7. Sonntags 10-12, 2-4

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt

Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung.

Millionen im Gebrauch

Engros-Vertrieb: Romala Talbot, Berlin S.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Fortschritt-Verlagsgesellschaft u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die März-Demonstration.

An den Gräbern der Märzgefallenen.

Nach tagelangen Stürmen und Regenschauern ein prächtiger Vorfrühlingsmorgen. Kaum hatten die ersten Strahlen der aufgehenden Märzsonne die kahlen Bäume im Friedrichshain mit goldigem Licht überflutet, da kamen schon die ersten Besucher des stillen Friedhofes der gefallenen Märzkämpfer, um den Feldern der Revolution, die dort unter dem Rasen ruhen, Grüße aus pietätsfüllten und freizeitsdurchglühnten Proletarierherzen darzubringen. — Kranzträger kamen und einzelne Besucher. Noch konnte man ohne Aufenthalt die Ruhestätte der für die Freiheit Gefallenen betreten und die Kunde um die Gräber machen. Aber nicht lange dauerte es, und der Strom der Proletarier und Proletarierinnen staut sich an der Friedhofspforte. Die Polizei war zahlreich zur Stelle. Truppweise kamen Schutzleute aus allen Richtungen und vereinigten sich im böhmischen Brauhause zu einem Heerlager, jedoch so, daß nach außen hin nicht allzuviel von dem großen Aufgebot an Beamten zu sehen war.

Die Tätigkeit der Polizei bestand lediglich darin, für einen geregelteren Verkehr des Publikums nach und vom Friedhof zu sorgen. Die Beamten benahmen sich dabei zurückhaltend und höflich, und so ging denn auch der Massenandrang, so lange wir ihn beobachten konnten, ohne jede Störung von statten.

Je mehr die Zeit vorrückte, desto stärker wurde der Andrang nach dem Friedhofe. Schon kurz nach acht Uhr hatte sich vor dem Eingange eine so große Menschenmenge eingefunden, daß jeder, der sich der Reihe der Wartenden anschloß, eine volle Stunde brauchte, ehe er, Schritt um Schritt vorrückend, die Friedhofspforte erreicht hatte. Auch Deputationen mit Kränzen langten, oft vier bis sechs gleichzeitig, ohne Unterbrechung an. Um 10 Uhr ließ der Andrang der Kranzträger nach und hörte gegen Mittag ganz auf.

Inzwischen hatte sich der stille Ruheplatz der Freiheitskämpfer mit zahlreichen, meist großen und schönen Kränzen bedeckt. Weithin leuchtete das glühende Rot der Schleißen und Blumen in der Märzsonne.

Nicht weit vom Eingange hat der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine einen großen Kranz niedergelegt mit der Aufschrift:

Das war der März,
Blut auf! Proletarierherz,
Wohl ist viel Blut geflossen,
Mit Blut die Erde begossen,
Doch was gedünkt mit unsem Blut,
Kommt der Freiheit zu gut.
Blut auf! Proletarierherz,
Frei macht der März.

Auf dem von der Redaktion des „Vorwärts“ gespendeten Kranz befanden sich folgende Verse, die einer Dichtung Freiligraths, dem „Lied der „Unnestierten““ entnommen sind:

So schläft denn wohl im kühlen Grab,
Schläft ewig unberessen,
Wir können Euch den bleichen Mund,
Die starre Hand nicht pressen,
Wir können Euch zu Ehr' und Zier
Mit Blumen nicht bewerfen,
Doch können wir und wollen wir
Die Schwerter für Euch schärfen.

Der Kranz der Sozialdemokratinnen Berlins trägt diese Widmung:

Sie alle, die, getreu dem Freiheitschour
Den Frühlingmorgen sahen, den blutig roten,
Die längst jetzt schlummern auf der Grabes Flur,
Wir feiern sie, wir feiern unsere Toten.

Auch die Parteigenossinnen des Wahlkreises Niederbarnim und des Wahlkreises Teltow-Beeskow haben Kränze gespendet.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat für die ihr angeschlossenen Gewerkschaften einen Kranz niedergelegt, der eine Widmung von Otto Erich Hartleben trägt:

Den Blick zum Staub gewendet,
So hasten sie dahin,
Verdüstert ihre Stirnen,
Dummpf und gemein ihr Sinn.
Doch seh ich Häufte zittern
Und Schläfen fühl ich glühn,
Zornadem seh ich schwellen
Und Augen trozig sprühn.

Ein vom Gewerkschaftskartell gespendeter Kranz trägt die Aufschrift:

Nicht Wünsche kann die Welt erlösen,
Rein, Wollen nur und frische Tat,
Denn Wurzel alles mächtig Bösen
Ist feiger Wünsche faule Saat.

Im ganzen mögen etwa 200 Kränze die Gräber der Freiheitskämpfer schmücken. Die meisten sind von Arbeitern und Arbeiterinnen einzelner Fabriken. Mehrere Kränze mit schwarzen Schleißen stammen von anarchistischen Vereinigungen und von Redaktionen anarchistischer Blätter. Einige freisinnige Vereine sowie Hirsch-Dundersche Gewerkschaften haben ihre Kränze mit Schleißen in schwarz-rot-gold versehen. Die wenigen Kreisen der Pietät, die aus bürgerlich-liberalen Kreisen den Märzgefallenen anstandshalber noch gewidmet werden, verschwinden unter der Menge der rotbeschleierten Kränze proletarischer - revolutionärer Arbeiter. Von den Widmungen der Spenden aus den Reihen sozialdemokratischer Arbeiter seien hier noch einige angeführt.

Organisierte Arbeiter des böhmischen Brauhauses:

Mut und Tatkraft kann nicht rosten,
Vorwärts geht es ohne Ruh,
Mag es Blut und Leben kosten,
Wie der Erdball steht nach Osten
Drängt der Geist der Freiheit zu.

Mehrfach finden wir Widmungen, die den Worten unserer bekannten Freiheitsdichter entnommen sind, wie diese:

„Einst wird doch hoch das Banner fliegen,
Das Eurer Hand im Tod entfiel.
Die Menschheit muß doch einmal siegen,
Sie stürmt voran nach ihrem Ziel.
Mag jetzt auch höhrend triumphieren
Die Anrechtsthaft und die Finsternis:
Es kommt der Tag, das ist gewiß,
Wo wir die Sammeltrummel rühren.“

So atmen alle Widmungen den Durst nach Freiheit und die Entschlossenheit, alles einzusehen, um dieses hohe Gut zu erringen.

Erwähnt mag noch sein, daß auch die Arbeiter-Radsfahrer der Provinz Brandenburg, der Arbeiter-Abstinenzbund, die Freie Volksbühne, freie Turner und andere Arbeitervereine Kränze niedergelegt haben. Von mehreren Abteilungen der königlichen Gewehrfabrik in Spandau sowie von Arbeitern der Staatswerkstätten in Spandau sind ebenfalls Kränze gesandt worden. Die Ueberbringer derselben mußten sich dem Polizeileutnant gegenüber legitimieren, ein Verlangen, das sonst nicht an die Kranzträger gestellt wurde. Deshalb diese Ausnahmemaßregel den Staatsarbeitern gegenüber beliebt wurde, wird jedem Kenner preussischer Verhältnisse klar sein. In richtiger Würdigung dieser Verhältnisse hatten die Arbeiter der Staatsbetriebe solche Deputierte gewählt, denen kein wirtschaftlicher Nachteil wegen der Veräußerung ihrer Besinnung bereitet werden kann, da sie außerhalb des Machtbereiches der Staatsbetriebe stehen.

Die Schere des polizeilichen Zensors arbeitete diesmal nicht mit solchem Eifer, wie in früheren Jahren, wo sie bekannte Zitate unserer Klassiker, ja sogar Bibelzitate als staatsgefährlich erachtete und mit scharfem Schnitt von den Kranzschleifen trennte. Ganz ohne Konfiskation ging es aber auch diesmal nicht ab, jedoch waren es nur zwei Opfer, die der Hüter der preussischen Staatsordnung forderte. Dem Wahlverein Charlottenburg wurde dieser Vers konfisziert:

„Böhmien, es naht die Stunde des Gerichts.
Schon wanken eure Burgen, eure Throne
Und ätztend lauscht das Ohr des Bösewichts
Dem dumpfen Schritt der Massenbataillone.“

Die Arbeiter der Fabrik von Paul Meyer hatten eine Strophe aus Heines Webersied gewählt, die ebenfalls durch die Polizei abgetrennt wurde. Sie lautet:

„Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Volk nicht konnte erweichen,
Der den letzten Groschen von uns exprohrt
Und uns wie Hunde erschrecken läßt.
Wir weben, wir weben.“

Auch ein Zeichen der Zeit, daß diese Verse, welche die vormärzliche Zensur passieren ließ, heute von der Polizei als staatsgefährlich erachtet werden. Doch über so kleinliche und nutzlose Maßnahmen kann der verständige Mensch zur Tagesordnung übergehen, eingedenk des Dichtervortes, welches am Sonntag, unbehelligt durch die Polizei, auf der Ruhestätte der Märzkämpfer Platz finden konnte:

„Sie ist nicht tot, ihr habt sie nicht erschlagen,
Sie lacht ob eurem Wüten, eurem Drohn,
Ob ihr sie hundertmal zu Grab getragen,
Unsterblich lebt die Revolution.“

Daß die Ideale, für welche die Märzkämpfer ihr Leben in die Schanze schlugen, vergrößert und erweitert fortleben in den Proletariermassen, das zeigte der überaus starke, trotz des am Nachmittag eingetretenen ungünstigen Wetters bis zum Abend anhaltende Besuch des stillen Friedhofes.

Rund herum in Berlin.

Die Polizei zog wieder einmal mit allbewährtem Heldennut, mörderisch bewaffnet gegen den Gedanken des allgemeinen Wahlrechts zu Felde, jeden Augenblick bereit, den Geist der Revolution zu erschlagen, wenn er sich nur einmal in sterblicher Gestalt zeigen wollte.

Aber die Träger des Revolutionsgedankens waren auch diesmal nicht so töricht, sich den Bewaffneten als Zielscheibe darzubieten. Daß sie das nicht taten, war für sie selbstverständlich, für die Polizei offenbar nicht. Sie glaubte wohl noch immer, daß der berühmte preussische Staat allzu leicht in seinen Grundfesten erschüttert werden könnte, und ganz besonders schien ihr offenbar das Staatsoberhaupt des Schutzes zu bedürfen.

In der Gegend des Schlosses war die größte Masse Bewaffneter aufgebildet gegen die Proletarier, die doch nichts anderes forderten als ihr Wahlrecht. Wer konnte auch vorantreiben, auf was für Gedanken die Vaterlandslösen, weil wahlrechtlosen Gefellen dort drüben im Feenpalast kommen konnten! Lag auch ein Wasserarm zwischen ihnen und der Wohnung des Königs, dessen schönen Wahlpruch „Suum cuique“ sie zur Wahrheit machen wollten, so führten doch feste breite Brücken hinüber, keine Zugbrücken wie zu alten Zeiten. Darum wurden diese Brücken von Schutzleuten bewacht. Im Schloß war natürlich Militär; ein starkes Aufgebot schützte das Allerheiligste des preussischen Staates.

In der ganzen Gegend um den Feenpalast sah man radsahrende Schutzleute hin- und herziehen, um ihre „wiesagenden“ Berichte über die Bewegungen des Feindes schleunigst an die rechte Stelle zu befördern, nach der „Goldenen Hand“, wo der Kriegsrat verammelt war. An Veritennern fehlte es beim Feenpalast nicht; aber sie hielten sich im Hintergrund.

Daß alle diese Vorbereitungen zu blutigem Kampf mit der Hydra der Revolution zwecklos waren, war vorauszusetzen. Keinerlei Gelegenheit einzugreifen. Als die Versammlung begonnen hatte, war die Straße fast menschenleer, nur Schutzleute sah man und die unvermeidlichen „Geheimen“, die so leicht zu erkennen sind.

Am Königstor und im Scheunenviertel sah es diesmal nicht so kriegerisch aus, wie am 21. Januar. Die Polizei hatte offenbar erkannt, daß es denn doch nicht zur Stärkung ihres Ansehens dient, sich gegen unbewaffnete Staatsbürger, die sich friedlich versammeln, wie zu einem blutigen Kriege zu rufen und das auch noch öffentlich zu zeigen. An Schwerbewaffneten fehlte es dessenungeachtet nicht, aber sie standen nicht, wenigstens am Vormittage nicht, reihenweise in den Straßen.

Der große Saal von Lipp's war lange vor Eröffnung der Versammlung überfüllt. Große Mengen Zuspatgekommener bemerkte man, jedoch nicht so zeitig wie bei der ersten großen Wahlrechtsdemonstration. Die meisten hielten sich noch jenseits des Hains auf, wo der Kirchhof der Märzgefallenen liegt. Die aber dann vom böhmischen Brauhause nach Lipp's hinüberströmten, fanden selbstverständlich keinen Einlaß mehr.

Die Genossen des Schönhauser Viertels sind bekanntlich immer mit die ersten auf den Plan, wenn es gilt für Recht und Freiheit zu demonstrieren. So war es auch am Sonntag. Bald nach 10 Uhr füllten sich die Lokale. Scharenweise kamen sie aus den verschiedenen Bezirken herbei und wanderten, wenn sie an einer Stelle keinen Einlaß mehr fanden, zum nächsten Lokal oder hinaus nach Pankeow. Es schien als ob die berühmte „Hennig“-Polizei im Schönhauser Viertel den Ordnung nicht dasselbe Vertrauen entgegenbrachte, wie anderen Ortes. Unter anderem bemerkten wir den in letzter Zeit vielgenannten Kriminalbeamten Wolf, der sich auf diesem Gebiete glaubt mehr Vorbeeren erwerben zu können, als auf den des Mörderfanges. Dieser Herr scheint sehr eigentümliche Nerven zu haben. Hat ihm die Hennigaffäre einen Nervenschoc eingetragen, so scheint der 18. März eine heilsame Wirkung auf ihn ausgeübt zu haben. Was doch eine sozialdemokratische Demonstration für sonderbare Wirkungen auf Polizeierben ausübt!

Daß die Genossen vom Gesundbrunnen und Wedding, wie die von Moabit und drüben im zweiten Wahlkreise nicht minder zeitig zur Stelle waren, ist selbstverständlich, doch konnte man z. B. in den Germania-Sälen und auch in der Papenhofener Brauerei noch nach 12 Uhr Platz finden.

Im Innern der Stadt, namentlich am Gewerkschaftshause, war wiederum ein überflüssig starkes Interesse der Polizei auffallend. Was noch am späten Nachmittage radsahrende Schutzleute für wichtige Nachrichten zu besorgen hatten, ist nicht leicht zu begreifen. Gewiß waren manche, sonst zur selben Zeit dienstfreie Leute dabei, die wohl wieder den Sonntagnachmittag im Kreise ihrer Familien zugebracht hätten, statt wieder einmal als Retter des preussischen Klassenstaates tätig zu sein, dessen Ungerechtigkeiten ja auch ihnen nicht verborgen bleiben können.

Die Versammlungen

waren nicht so massenhaft besucht, wie an dem ersten Demonstrationstage für die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems, am 21. Januar. Teilweise erklärt sich das daraus, daß man in einzelnen Stadtbezirken, den gemächten Erfahrungen entsprechend, die Zahl der Lokale vermehrt hatte.

Wo das nicht geschehen war, kam es wieder zu den gewohnten Abherrungen. Die größte Zahl derselben entfiel auf den vierten Wahlkreis, wo die „Draußenburg“ u. a. wegen der Unmöglichkeit, noch Menschen unterzubringen, von den Genossen freiwillig geschlossen werden mußte. Polizeilich abgesperrt wurden „Süd-Ost“ und „Sandsouci“, natürlich auch die „Brauerei Friedrichshain“ — letztere schon um 11 Uhr. In der Schönhauser Vorstadt wurde das leider einzige Lokal von Fröbel ebenfalls zeitig abgesperrt, in der Rosenthaler Vorstadt Hensel und auf dem Wedding das „Feldschlößchen“.

Die Anarchisten suchten im trauten Verein mit den Christlichen die Gelegenheit auszunutzen, um auch ihre Ware an den Mann zu bringen. Die „Christlichen“ forderten die „Proletarier“ auf — woher haben sie den Mut, das Wort in den Mund zu nehmen? — dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist; sie forderten die Arbeiter dazu auf, denen man verweigert das zu geben, was ihnen zukommt: ihr Wahlrecht! Und die Anarchisten glaubten gleichweise die Berliner Arbeiterschaft zum Verzicht auf den Parlamentarismus bewegen zu können!

Ruhige Berachtung wurde beiden Versuchern entgegengebracht. Wie konnte es anders sein? Man war gekommen, ein Volkrecht zu fordern und so wenig wie die kriegerischen Vorbereitungen der Regierung vermögen Lamentationen voll christlichen Erbarmens oder radikal klingende Phrasen die Arbeiterschaft von dem einmal eingeschlagenen Wege abzulenken. —

In sämtlichen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung protestiert aufs neue gegen das in Preußen bestehende Dreiklassenwahlrecht, das die preussische Regierung am 30. Mai 1848 wider Recht und Gesetz oktroyierte, nachdem sie das Wahlgesetz vom 8. April 1848, das die allgemeine, gleiche und geheime Wahl für alle über 24 Jahre alten preussischen männlichen Staatsangehörigen festsetzte, schon früher beseitigt hatte, ein Gewaltakt, der nur dadurch möglich war, daß das Bürgertum seine revolutionäre Energie eingebüßt hatte und sich widerstandslos von der Reaktion unterdrücken ließ, wobei es bis heute ein Wahlgesetz duldet, das es einst selbst als eine Schmach und Schande für das Land empfunden und gebrandmarkt hat. Die Versammlung verlangt nachdrücklich die endliche Beseitigung des dreiklassigen und absurdsten aller bestehenden Wahlsysteme; des Dreiklassenwahlsystems, und fordert die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts und unter Zugrundelegung der Verhältniswahl.“

Ueber die Versammlungen selbst erhalten wir folgende Einzelberichte:

Erster Wahlkreis.

Die Versammlung im „Feenpalast“ war von über 2000 Personen besucht. Das Referat hatte Genosse Weber übernommen, der in einem zweistündigen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag, anknüpfend an das Unglücksjahr für Preußen 1808, einen historischen Ueberblick über die soziale und politische Entwicklung in den letzten hundert Jahren in Preußen und Deutschland gab. Die Resolution wurde ohne Widerspruch einstimmig angenommen. Unter den Anwesenden waren namentlich die Frauen stark vertreten.

Zweiter Wahlkreis.

Im „Königshof“ in der Wälowstraße referierte Stadtverordneter Genosse Koblenzer vor etwa 1000 Personen. Das Lokal war bis auf den letzten Platz gefüllt und mußte lange vor Beginn der Versammlung gesperrt werden. Unter den Versammlungsbesuchern befanden sich außerordentlich viel Frauen. Die Ausführungen des Referenten fanden jubelnden Beifall, die von demselben verlesene Resolution einstimmige Annahme. Eine Diskussion fand nicht statt.

In dem Rühlischen Saale in der Dennewitzstraße waren etwa 500—600 Personen, auch Frauen, anwesend. Das Referat hatte hier Arbeitersekretär Genosse G. Lenz übernommen. Mit einem padenden, der Freiheit gewidmeten Gedicht von Henckell leitete der Redner seinen Vortrag ein. Er entwarf dann ein Bild der Zustände von 1840 bis zum Revolutionsjahre 1848. Der Vortragende skizzierte die Märzereignisse und die darauffolgende Epoche. Er zog zwischen dem jetzigen und den damaligen Verhältnissen eine Parallele und gelangte zu dem Ergebnis, daß die Arbeiterklasse jetzt noch ebenso rechtlos ist wie 1848. Das freie gleiche geheime und direkte Wahlrecht muß unser werden, wir werden es erringen, es koste, was es wolle. Hinein in die gewerkschaftliche und politische Organisation. Die Organisation ist unsere Macht, unsere Kraft und Stärke und nur durch diese werden wir kämpfen und auch siegen. Der Redner schloß seine padenden Ausführungen mit den Worten: *Tua res agitur — um deine (Volk) Sache handelt es sich!* Die Anwesenden, die den Ausführungen mit höchlichem Interesse gefolgt waren und diese oft durch Instimmungsäußerungen begleitet hatten, spendeten dem Redner stürmischen anhaltenden Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ferner ehrte die Versammlung das Andenken an die Freiheitskämpfer durch Erheben von den Plätzen.

Die Versammlung in der Bodbrauerei war von circa 3000 Personen besucht. Genosse Kollenhuhre hatte hier das Referat übernommen. Nach dem beifällig aufgenommenen Referat fand eine Diskussion nicht statt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Versammlung in Klemens Saal in der Hasenheide, hart an der Grenze von Rixdorf, war von circa 2000 Personen besucht. Eine Diskussion nach dem mit langanhaltendem, lebhaften Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Eugen Brückner wurde nicht beliebt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Eine ganze Reihe von Genossen traten der politischen Organisation bei.

In der Versammlung im „Hoffäger-Palast“, welche von circa 1000 Personen besucht war, referierte Genosse Kaliski. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem Appell an die Frauen und Männer, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren, unsere Parteipresse „Vorwärts“, „Gleichheit“ usw. zu abonnieren, schloß der Vortragende die Versammlung.

Dritter Wahlkreis.

Die Versammlung in den „Ritterhöfen“ war leider nur mäßig besucht. Der Genosse Förster-Hamburg, der das Referat hielt, legte in einer einfüßigen Rede die Bedeutung des 18. März für das Proletariat dar. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Im großen Saale der „Arminhallen“ sprach vor etwa 400 Personen Willi Wach. An das beifällig aufgenommene Referat schloß sich eine kurze Debatte, in der verschiedene Redner gleich dem Referenten dazu ansetzten, das Andenken der März-kämpfer von 1848 durch Organisation und Agitation im Sinne der sozialdemokratischen Bewegung zu ehren. Einstimmig wurde die Resolution angenommen. Das vom Vorsitzenden Gehrman am Schluß ausgebrachte Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie fand begeisterten Widerhall.

Im vollbesetzten Saale von Möhring in der Admiralstraße sprach vor gut 400 Personen Genosse E. Heilmann. Er schilderte den Sieg der Märzrevolution und ihren Verrat durch die Feigheit der „Revolutionäre in Schlafrock und Pantoffeln“. In der Erinnerung an die deutsche Revolution sah er einen neuen Ansporn zur Unterwerfung des Halbabsolutismus und der Junkerschaft, die sich seitdem wieder in Preußen breit gemacht haben. Die Versammlung dankte mit Beifall für die Ausführungen und nahm die vorgeschlagene Resolution debattelos einstimmig an.

Der große Saal von Duggenhausen am Mortyplatz war schon lange vor 12 Uhr bis auf den letzten Platz gefüllt; auch die Gallerien waren dicht besetzt. Unter den Besuchern waren viele Frauen. In begeistertester Stimmung folgten die Versammlungsbesucher der einfüßigen Rede des Reichstagsabgeordneten des dritten Wahlkreises, Genossen Heine. Nach Annahme der Resolution wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die in der Gewerkschaftshaus tagende Versammlung, in welcher Dr. Jadel das Referat übernommen hatte, war von etwa 900 Personen besucht. Die Anwesenden folgten den Ausführungen des Referenten mit gespannter Aufmerksamkeit. Eine Diskussion wurde nach dem mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag nicht beliebt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende Genosse Wohl wies darauf auf das letzte große Grubenunglück in Courrières hin, worauf sich die Anwesenden zum Andenken an die Verunglückten von ihren Sigen erhoben.

Vierter Wahlkreis.

Die Versammlung im Elbium war von circa 1500 Personen besucht. Tische und Stühle mußten entfernt werden. Vor Beginn der Versammlung wurde ein Antrag Vot angenommen, den Antrag der Zellerfassung den russischen Freiheitskämpfern zu überweisen. Der Referent Genosse Pöbel schilderte die wirtschaftliche Grundlage der Revolution. Die 48er Revolution mit der jetzigen russischen vergleicht kam er zu dem Resultat, daß heute wie 1848 die Bourgeoisie bestrebt ist, dem Proletariat die Früchte des Kampfes zu entreißen und das preußische Wahlrecht kritisierte Redner als Vorkampf der gesamten Reaktion in Preußen und Deutschland. Zur Frage, ob es möglich sei, das bestehende Wahlrecht zu beseitigen, erklärte Referent: Ebenso wie wir das Sozialistengesetz überwunden haben, werden wir auch dieses Wahlsystem überwinden. In der Diskussion forderte Frau Kroll auf, daß die Frauen und Mädchen sich dem Verein der Frauen anschließen sollten und die „Gleichheit“ abonnieren.

Lange vor Eröffnung der Versammlung war das Litvinsche Lokal überfüllt, so daß die Tische herausgeschafft werden mußten. An 800 Personen waren anwesend und viele fanden keinen Einlaß. Um den Worten der Referentin Dittke Vaader zu lauschen. Der Gesangverein „Liedesfreiheit“ leitete die Versammlung durch einen Vortrag ein und schloß sie auch. Auf der Straße und im Lokal waren Ordner mit roten Schleißen tätig, fanden jedoch nirgends Anlaß zum Einschreiten. Am Eingang des Saales waren Parteigenossen mit der Aufnahme von Mitgliedern für den Wahlverein beschäftigt. Das Resultat war die Aufnahme von 27 neuen Mitgliedern und Gewinnung vieler „Vorwärts“-Abonnenten. Am Schluß ihres Vortrages ermahnte die Referentin die Frauen zur regen Anteilnahme an der Bewegung. Die Frauen sollen ihr Organ, die „Gleichheit“ abonnieren und sich in ihren Gewerkschaften organisieren. Wir können nichts von den herrschenden Klassen erwarten, sondern müssen und unsere Rechte selbst erkämpfen. Mit Begeisterung lauschte die dichtgedrängte Menge, unter der man viele Frauen sah, den Worten der Referentin und donnerndem Beifall lobte der Rednerin für ihren 1 1/2-stündigen Vortrag. Zu Ehren der Märzgefallenen erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Am bis auf den letzten Platz besetzten Voelkerischen Festsaal in der Weberstraße hielt Genosse Wels von Beifallsumgebungen häufig unterbrochen, den Vortrag des Tages. Nach einer eingehenden Schilderung des historischen Verlaufes der Revolution sowie der Konturrevolution und einer Kritik des Dreiklassenwahlrechts forderte der Referent die Anwesenden zum engsten Zusammenschluß in den gewerkschaftlichen wie politischen Organisationen und zum Abonnement der Arbeiterpresse auf. Nachdem dann das vom Genossen Wasewitz ausgebrachte Hoch auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht verlesen, sangen die Versammelten lebend begeistert den Vers der Arbeitermarxistklasse „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen, nun woflan“. Hierauf erfolgte Schluß der von bester Stimmung getragenen Versammlung.

Im „Böhmisches Brauhaus“, das gegenüber dem Friedhof der Märzgefallenen liegt, hatten sich mehr denn 1600 Personen beiderlei Geschlechts versammelt. Der große Saal sowie die Gartenhalle, die durch Aufheben der Saalfenster mit diesem verbunden ist, waren so dicht als nur irgend möglich besetzt. Die

Versammlung ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung auf Anregung des Vorsitzenden Genossen Schenk die im Klassenkampf um die Befreiung der Menschheit Bekämpften im allgemeinen und die vom 18. März 1848 im besonderen durch Erheben von den Plätzen. Darauf hielt Genosse Fritz Kater seinen oftmals durch Beifallsstürme unterbrochenen Vortrag. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende nahm noch Veranlassung die Anwesenden zu eifriger Agitation für die sozialdemokratische Parteiorganisation sowie zum Lesen der Arbeiterpresse aufzufordern und schloß unter Hinweis auf den ersten Mai, der durch Arbeitsruhe gefeiert werden müsse, die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie.

In der „Königsbank“ referierte Genosse Volkheim. Der Saal war überfüllt. Ueber 1200 Versammlungsbesucher begleiteten die Ausführungen des Referenten mit stürmischem Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Als unmittelbarer Erfolg der Demonstration ist zu berichten, daß nach dem Vortrage zahlreiche Anmeldungen zum Beitritt in den Wahlverein vollzogen wurden.

Bei Keller in der Koppenstraße sprach im festlich decorierten Saale vor 3000 Personen Genosse Ströbel. Der Redner entwarf, von häufigem Beifall unterbrochen, ein Bild vom Verlauf der 48er Revolution und geißelte besonders die Schwäche und den Verrat der Bourgeoisie, deren Feigheit das Volk um die Früchte der anfangs siegreichen Revolution brachte. Aufgabe des Proletariats sei es, aus eigener Kraft den Kampf um die Befreiung des Volkes unter dem Banner des Sozialismus aufzunehmen und stetig zu Ende zu führen. (Langanhaltender Beifall.) Nach einem kräftigen Schlusssatz des gleich dem Referenten zu reger Agitation zum Beitritt in die Organisationen und zum Abonnement des „Vorwärts“ auf-fordernden Vorsitzenden Vader wurde die imponente Versammlung mit einem donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In der Brauerei Friedrichshain referierte Genosse Singer. Schon um 11 Uhr wurde abgesperrt; Hunderte mußten zurückgehen. Der Saal war mit 3000 Personen überfüllt, da die Gallerien wegen eines polizeilichen Verbotes nicht besetzt werden durften. Im Keller war eine Schutzmantelwache placiert. Der Referent wurde beim Erscheinen mit Hochs empfangen. Sein zwei-stündiger Vortrag wurde oft von Beifallsstößen unterbrochen. Er gab eine geschichtliche Darstellung der Revolutionszeit und feierte das Gedächtnis der gefallenen Vorkämpfer. Dann schilderte er die später in Preußen herrschende Reaktionsperiode und die Einführung des Dreiklassenwahlrechts und die dadurch bewirkte Entrechtung der Arbeiterklasse. Redner schloß mit der Aufforderung, alle Mittel zur Erringung des Sieges anzuwenden. Langanhaltender stürmischer Beifall lobte ihn am Schluß des Vortrages. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Märzversammlung im Lokale „Süd-Ost“ in der Waldemarstr. 75 wurde infolge des gewaltigen Andranges vor 11 Uhr schon polizeilich abgesperrt. Etwa 6—700 Personen waren anwesend und war der Verlauf ein äußerst imponanter. Genosse Tost-Adlershof behandelte an der Hand der geschichtlichen Vorgänge die Revolutionsbewegung von 1848, um dann auch der Kommune kämpfer des 18. März 1871 zu gedenken. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Das Restaurant „Sansoncie“ wurde bereits 11 1/2 Uhr abgesperrt, nachdem es von etwa 2500 Personen dicht besetzt war. Der Referent Fritz Ebert behandelte in zwei-stündiger, oft von Zustimmung unterbrochener Rede die Entwicklungsgeschichte der Revolution und eingehend die sich daraus ergebenden Lehren für die Arbeiterklasse. Das Verhalten der Herrschenden zum Wahlrechtskampf, insbesondere das des Bürgertums wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Die Ausführungen fanden stürmischen Beifall. Die Resolution wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen. Nachdem eine Zellerfassung zugunsten der Opfer der russischen Revolution beschlossen war, fand die Versammlung unter rauschenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie und das allgemeine Wahlrecht ihren Abschluß.

Im Lokale von Graumann in der Raimystraße waren etwa 500 Personen anwesend. Den Vortrag hielt Genosse Dr. Paul Bernstein. Lebhaftes Beifallsbezeugungen unterdrachen oft den Redner und wurden ihm auch am Schluß seiner Ausführungen gespendet.

Im Lokal „Zur Drahenburg“ am Schlesiens Tor sprach Genosse Henschold. Der Saal war lange vor Eröffnung der Versammlung durch unsere eigene Polizei abgesperrt. Mehr als 800 Personen füllten den dichtbesetzten Saal, aus dem die Tische entfernt waren. Uniformierte Polizei ließ sich vor Beginn der Versammlung nicht sehen, nur ein „Geheimer“ drückte sich im Vollgefühl seiner Ueberlegenheit in den Bänken herum. Reicher Beifall während und am Schluß des Referats spendeten die von gutem Geiste besetzten Zuhörer dem Redner. In der Diskussion forderte eine Genossin die Männer auf, die Frauen in ihrem eigenen Interesse aufzuklären und ihren Organisationen zuzuführen.

Fünfter Wahlkreis.

In den Russischen Sälen referierte vor stark besuchter Versammlung der Abgeordnete des Kreises, Genosse Robert Schmidt. Ausgehend von der französischen Revolution schilderte Redner unter Beifall der Anwesenden die Erfolge des französischen Volkes durch diese gewaltige Volksbewegung. Nebergehend zur Bewegung von 1848 schilderte Redner die Unfähigkeit der bürgerlichen Bevölkerung, die Vorteile, die dabei errungen waren, festzuhalten, um dann für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu allen Körperschaften einzutreten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der Saal des Schützenhauses in der Linienstraße war schon um 11 1/2 Uhr überfüllt und wurde abgesperrt. Etwa tausend Personen waren anwesend. Genosse Dr. Herzfeld referierte. Die Stimmung war vorzüglich und fand in häufigem, brausenden Beifall ihren Ausdruck. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Sechster Wahlkreis.

Die Versammlung im Feldschlößchen war von mindestens 1500 Personen besucht. Schon gegen 11 1/2 Uhr wurden die Räume gesperrt, so daß Tausende vergeblich Einlaß begehrten. Genosse Kolye referierte unter stürmischem Beifall. Er wies namentlich auf die Geschichte der Revolution von 1789 in Frankreich und 1848 in Preußen hin. Das Verhalten der preussischen Könige Friedrich Wilhelm II., genannt der Dicke, Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV. gegenüber den Forderungen des Volkes wurde gebührend gekennzeichnet. Die Versprechungen dieser Könige, dem Volke eine Verfassung mit gleichem Wahlrecht zu geben, seien bis heutigen Tages nicht erfüllt; deshalb sei es Pflicht des arbeitenden Volkes, den Kampf fortzusetzen, bis das Ziel erreicht sei. In der Diskussion forderte Genossin Winnig auf, sich den Frauenorganisationen anzuschließen und auf die „Gleichheit“ zu abonnieren. Mit einem stürmischem Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie wurde die Versammlung unter Abkündigung der Marschliste geschlossen. 50 Aufnahmen für den Wahlverein sind zu verzeichnen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

In Hensels Sälen, Invalidenstr. sprach Genosse Friedländer. Die Versammlung war von 600 Personen besucht und wurde um 11 1/2 Uhr polizeilich abgesperrt. In der Diskussion forderte die Genossin Ratschke die Frauen zur Organisation und zur Agitation für die Partei auf. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Polizei hatte im gegenüberliegenden Hause eine fliegende Wache eingerichtet, zeigte sich sonst aber sehr wenig auf der Straße. Die Beamten, die zu sehen waren, fielen durch die Revolver am breiten gelben Gurt bei den Straßepassanten auf.

Die von circa 700 Personen besuchte Versammlung bei Bernau, Schwedterstr. 23, war vom besten Geiste besetzt. Nach Entfernung der Tische aus dem Saale referierte G. Wiesner in 1 1/2-stündigem Vortrage über das vorliegende Thema, vielfach von Beifall unterbrochen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen,

außerdem ein Antrag, die Zellerfassung fortzusetzen und den Antrag zur Agitation für die Wahlbewegung zu verwenden.

In Kröbels Allerlei-Theater in der Schönhauser Allee hatten sich annähernd 2000 Personen eingefunden, so daß lange vor Beginn der Versammlung der Saal gesperrt wurde und viele keinen Einlaß mehr fanden. Das Referat hatte Frau Dr. Weyl übernommen. Ausgehend von der 1848er Revolution kritisierte Referentin, oftmals von starkem Beifall unterbrochen, die damalige und heutige politische Situation. Zum Schluß gab der Gesangverein Freier Männerchor einige proletarische Kampflieder zum Besten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der große Saal der Kronbrauerei in Alt-Moabit war bis auf den letzten Platz gefüllt. Im Saal und auf den Gallerien drängte sich eine tausendköpfige Menge, so daß sämtliche Tische aus dem Lokal entfernt werden mußten. Die Ausführungen des Referenten Paul Litvin wurden oft von stürmischem Beifall unterbrochen. In der Diskussion ermahnte Frau Wulf die anwesenden Frauen und Mädchen, die Worte des Referenten zu beherzigen und durch Beitritt in den Bildungsverein für Frauen und Mädchen den Worten auch die Tat folgen zu lassen. Nach einem kurzen Appell des Vorsitzenden, Genossen Richter, dem Wahlverein beizutreten und die Arbeiterpresse, besonders den „Vorwärts“ durch Abonnement zu unterstützen, fand die Resolution einstimmige Annahme.

Im „Kolberger Salon“ referierte Genosse Sillier. Saal und Gallerie waren dicht besetzt. Circa 1100 Personen waren anwesend. Sillier kritisierte das Dreiklassenparlament, den preussischen Landtag. Zur Aufklärung der Massen, unter Anschluß an die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, führen das Proletariat seinen Zielen zu. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In den „Germania Festsälen“ waren über 2000 Personen versammelt. Der Referent Genosse Th. Glöckle gab einen Ueberblick über die wirtschaftlichen und politischen vormaligen Verhältnisse in Preußen-Deutschland, schilderte sodann die revolutionären Vorgänge von 1848, die mit Notwendigkeit sich aus den damaligen Verhältnissen ergeben mußten und stellte fest, daß durch die Feigheit des Bürgertums, das die Führung in dieser Bewegung hatte, die schon errungenen politischen Rechte wieder verloren gingen und somit die Arbeiterklasse bis heute unter dem Dreiklassenwahlrecht politisch rechtlos sei. Der Kampf um Befreiung dieses Wahlrechtes, welcher der Arbeiterklasse aufgezwungen, werde und müsse zum siegreichen Ende führen, wenn jeder unermüßlich befreit sei, politisches Verständnis in uns fernstehende Kreise zu tragen und unsere Organisation bis zur Unüberwindlichkeit stärken zu helfen. Dann sei nicht nur die Befreiung des Wahlrechtes sicher, sondern auch ein gewaltiger Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung unseres Programms getan. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, in der auch die Frauen aufgefordert wurden, in diesem Kampfe mitzuwirken, worauf die Resolution einhellig angenommen wurde.

Im überfüllten Saal von Wille hielt der Stadt-Vorgmann einen 1 1/2-stündigen von vielem Beifall unterbrochenen Vortrag. Der Redner knüpfte an die angebliche Rede des Kaisers bei der Verzeihung der Marinereuten in Wilhelmshaven an, schilderte die wahren historischen Vorgänge dieser Zeit, zeigte, daß die Junker damals das Vaterland und den Thron feig und schmachlich verraten und doch heute noch das Fest in Preußen in den Händen haben. Einhellige Zustimmung unterbrach den Redner, als er den Gelben der Märztag die Sympathie der aufgeklärten Arbeiterschaft aussprach. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In der Versammlung im Swinemünder Gesellschaftshaus referierte Genosse Ernst Brückner. Unter dem Beifall der nach Tausenden zählenden Zahl der Versammlungsbesucher schilderte der Referent die Entwidlung der sozialen Verhältnisse bis in die neueste Zeit hinein. Besonders geißelte der Vortragende den Klassencharakter des im Jahre 1848 ostroffenen Landtagswahlgesetzes und das Verhalten der bürgerlichen Klassen Deutschlands. Die Versammlung mußte bereits um 11 1/2 Uhr abgesperrt werden und dennoch wogten die Massen der Genossen, die keinen Einlaß gefunden hatten, auf der Straße hin und her. In der Versammlung selbst mögen circa 1200 Personen Kopf an Kopf Platz gefunden haben.

In Ballhieders Salon auf dem Gesundbrunnen war der große Saal lange vor Eröffnung der Versammlung überfüllt. Ueber 2000 Personen drängten sich nach Fortschaffung der Tische im Saale zusammen. Der Referent, Genosse Ledebour, gab in 2 1/2-stündiger Rede einen Ueberblick über die 48er Revolution und ihre Vorgeschichte und wies zum Schluß auf die Pflicht hin, die uns als Erben der Märzkämpfer obliegt, die vom Bürgertum verlotterten Errungenschaften zurückzugewinnen. In Ehren der gefallenen März-kämpfer erhoben sich die Versammelten von den Sigen und gaben, einer Aufforderung des Referenten folgend, mit donnerndem Ruf das Gelöbniß ab, unablässig dafür zu wirken, daß die verlorenen Volksrechte zurückerobert und die sozialistischen Ideale verwirklicht werden. Die Genossin Buchmann forderte noch in padenden Worten die Frauen zur Beteiligung an dem Befreiungskampfe des Proletariats und zur Erlämpfung der Rechtsgleichheit mit den Männern auf.

Im Kösliner Hof sprach der Genosse Augustin vor überfüllter Versammlung. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Der Vorsitzende A. Netzer forderte zum Schluß zum Beitritt in den Wahlverein auf und ermahnte die Anwesenden energisch, auf den „Vorwärts“ zu abonnieren. Am Schluß sangen die Versammelten begeistert die Marschliste, was den überwachenden Beamten sehr in Aufregung versetzte. Er drohte mit Eingreifen, wenn der Gesang nicht aufhören würde.

Teltow-Beestow.

Das Volkshaus zu Charlottenburg prangte im Schminde roter Rahmen. Im großen Saale sammelten sich über 1200 Männer und Frauen, darunter zahlreiche Knaben. Die Gesangsvereine „Maien-gruß“ und „Etra“ trugen einige Gesänge vor, worauf Max Schütte referierte. Einen Zwischenfall brachte die Hinans-Beförderung eines Kriminalbeamten, die übrigens rasch und sicher vor sich ging. Genosse Schütte verlas die Resolution und wurde dabei einstimmig genehmigt. Der Vorsitzende Genosse Schmidt machte zum Eintritt in den Wahlverein und zum Abonnement auf den „Vorwärts“, teilte auch mit, daß die Polizei von dem Kronze, den die Charlottenburger Genossen den März-kämpfern am Friedrichshain gespendet hatten, die Schleife, welche einen Vers des Dr. Kasser aus Hindapest brachte, abgeschnitten hatte.

Im kleinen Saale des Volkshauses sprach Richard Kärnberg vor circa 250 Personen. Die Versammlung trug den gleichen Charakter wie die im großen abgehaltene. Die Versammlung im Bauerischen Saale, Berlinerstraße, war von circa 300 Personen besucht. Nachdem der Männerchor ein Lied zu Ehren der Märzgefallenen intonierte, charakterisierte Genosse E. Dittmer das laue Verhalten des Bürgertums in den Jahren 1848/49.

In der Versammlung im großen Saal der „Charlottenburger Festäle, Kaiser Friedrichstr. 24, waren über 700 Personen beiderlei Geschlechts anwesend, denen Genosse L. Dreslauer die Ereignisse des „tollen“ Jahres darlegte.

Im kleinen Saal bei Schulz in Charlottenburg hatte Genosse Kossol das Referat übernommen. Die Versammlung wurde durch die Darbietungen des Gesangsvereins „Vorwärts“ würdig eingeleitet. Etwa 150 Zuhörer waren anwesend. Die Ausführungen des Referenten erlitten eine Unterbrechung, als der Vorsitzende Genosse Rosenhal mitteilte, daß sich ein Kriminalkommissar unter den Anwesenden befände. Unter den Entrüstungsrufen der Versammlung entfernte sich derselbe. Die Mitteilung des Vorsitzenden, daß die Kranschleife des Charlottenburger Wahlvereins konfiszirt sei, wurde mit Pfuirufen aufgenommen.

Rixdorf. Die Demonstration zur Erringung des gleichen geheimen und direkten Wahlrechts war seitens der Rixdorfer Arbeiterschaft eine geradezu gewaltige. Die Parteigenossen hatten sich vorher in ihren Zahlabendslokalen versammelt und begaben sich kurz vor 12 Uhr zu hunderten in losen Reihen nach den festgelegten Ver-

sammlungslokale. Die Ruhe und Entschlossenheit der demonstrierenden organisierten Arbeiter zeigte den Ernst der Situation. Ein zahlreiches Aufgebot von Schülern zu Fuß und zu Pferde sorgte dafür, daß die Genossen in ihrer Demonstration nicht gestört wurden.

Sämtliche vier Volksversammlungen waren gut besucht. Im Lokale von Heißhaus waren gegen 900 Personen versammelt. Referent war Genosse Wasner. Die Anwesenden hatten sich zu Ehren der Märzgefallenen und französischen Bergarbeiter von den Plätzen erhoben.

In Thielers Festkälde referierte der Genosse Antick vor 1200 Versammlungsteilnehmern. Der Referent, der mit der preussischen Junkerklasse scharf ins Gericht ging, gedachte in seinen Ausführungen der Märzgefallenen und schloß mit einem warmen Appell an die Anwesenden, einzutreten für Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht.

In Gröplers Bürgerkälde referierte Genosse Külle vor 1000 Personen. Referent schiederte, oft von Beifall unterbrochen, die Wahlentwicklung vom Jahre 1848 bis zur Gegenwart.

In Hoppes Festkälde referierte der Genosse Ed. Vernstein vor etwa 2500 Personen. Brausender Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Die vorgelegten Resolutionen wurden überall einstimmig angenommen.

Die Vorsitzenden der vier Versammlungen schlossen dieselben mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie; stehend wurde die Marseillaise gesungen. Zahlreiche Aufnahmen in den Wahlvereinen, „Vorwärts“-Abonnenten sowie Austritte aus der Landeskirche waren das vorläufige Resultat dieser Versammlungen.

Schöneberg. Die Versammlung in Weimanns Klubhaus war von 400 Personen besucht, welche aufmerksam den fünfviertelständigen Ausführungen des Genossen Hoffmann-Roiswies folgten.

Der große Saal von Döb ist vor 12 Uhr gefüllt. Bei Beginn der Versammlung mochten an 1000 Personen, darunter viele Frauen, versammelt sein. Das Referat, das vielfach von Zustimmungen unterbrochen und mit großem Beifall aufgenommen wurde, hatte Genosse Grünwald. Der Arbeitergesangverein trug in würdiger Form einige Lieder vor.

Die im Wilhelmshof tagende Versammlung war von annähernd 400 Personen besucht. Die Anwesenden spendeten der Genossin Reich für ihren 1/2stündigen Vortrag reichlichen Beifall. Genosse Henkel forderte zum Eintritt in die gewerkschaftliche und politische Organisation auf und empfahl den Austritt aus der Landeskirche; ferner betonte er die Pflicht zum Abonnement auf den „Vorwärts“.

Friedenau. Der Saal des Gesellschaftshauses, in dem Genosse H. Müller die Gedächtnisrede hielt, war dicht gefüllt; einstimmig wurde die Resolution angenommen. Bei Beginn und Schluß der Versammlung sang der Arbeiter-Gesangverein einige stimmungsvolle Lieder.

In Wilmersdorf war der Volksgarten gefüllt. Der Gesangverein der Maurer leitete die würdige Feier durch Gesang ein. Genosse Läter schilderte in seinem Vortrage die historische Bedeutung der Revolution. Großer Beifall wurde ihm zu teil. Genossin Fräulein Baar ersuchte die Anwesenden zum Anschluß an den Bildungsberein der Frauen, um auch die Frauen als Kämpfer zu erziehen. Die Versammlung ehrte das Andenken der Märzgefallenen, der russischen Freiheitskämpfer und der Grubenarbeiter in Courriees.

Steglitz. Im größten Saale von Steglitz („Vierkälde“) waren 700 Teilnehmer (darunter sehr viele Frauen) versammelt, die den Ausführungen des Genossen Davidsohn aufmerksam folgten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Anfang und Ende der Versammlung verschönte der Arbeiter-Gesangverein „Zukunft I“ durch den Vortrag stimmungsvoller Lieder.

In Tempelhof sprach im „Wilhelmshof“ (Roß) der Genosse Otto Grauer-Richtenberg vor circa 100 Teilnehmern. Eingangs der Versammlung erhoben sich die Versammelten zu Ehren der gefallenen Märzkämpfer von ihren Plätzen. Zum Schluß seines Vortrages forderte Genosse Grauer zur Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und zum Abonnement auf die Parteipresse auf.

In Großlichterfelde in Reifens Lokal war der Saal überfüllt. 450-500 Personen hatten sich eingefunden, um der Gedächtnisfeier für die Märzgefallenen und der Demonstration zur Eringung des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts beizuwohnen. Vor und nach dem Vortrage des Genossen Riethe brachte der Gesangverein „Einigkeit I“ einige Kampflieder zu Gehör. Vor und nach der Versammlung sah man in der Nähe des Lokals unnötig viele Gendarmen sich aufhalten, welche aber wohl während der Zeit nichts Besseres zu tun hatten.

In Links Restaurant, Calandrellistraße, referierte Genosse Kurt Rosenfeld vor ungefähr 100 Personen. Er gab ein Bild der Märzrevolution, ihrer Ursachen und Wirkungen und geißelte alsdann das Dreiklassenwahlrecht. Ein von der Polizei entsandter Spitzel wurde schon am Eingange des Lokals erkannt und mußte unter Hohngeklächter vor dannen ziehen.

In Schmargendorf legte Genosse Leid die Märzereignisse dar, im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen den Kampf gegen das Wahlrecht zum Dreiklassenparlament als einen Teil des Kampfes gegen jede Unterdrückung und Unterdrückung kennzeichnend. Die von 100 Personen besuchte Versammlung votierte einstimmig für die Resolution. Dem 90. Todestage Freiligraths wurde durch die Rezitation einiger seiner Gedächtnisse gedacht. Vom Vorsitzenden wurde noch auf die Organisationspflicht in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung sowie auf das Lesen der Arbeiterpresse hingewiesen.

In Hefendorf war die Versammlung von circa 100 Männern und Frauen besucht. Der Referent Genosse Ried sprach unter großem Beifall der Anwesenden über die Geschichte des 18. März.

In Mariendorf sprach der Genosse Kunze vor einer sehr gut besuchten Versammlung. Er legte seinen Ausführungen Heines Worte: „Verhütet Euch, ich liebe das Vaterland ebenso sehr wie Ihr“ zugrunde. Ausgehend von der Stellungnahme des Bürgerturns zu den Versammlungen am 21. Januar schilderte er die Verfassungskämpfe von 1808 bis 1848, alsdann die Konterrevolution von 1849. Die Frage, ob die Regierung imstande sei, mit Hülfe den Wünschen des Volkes ein Paroli zu bieten, verneint Redner mit dem Hinweis auf Ruhland. Aber und sind noch andere Wege gegeben. Die Reaktion vermag ihre eigenen Geheiß nicht mehr zu achten. Als letztes Mittel steht dem Proletariat aber seine ökonomische Macht, die Verweigerung der Arbeit zur Verfügung. An der Diskussion beteiligte sich Genosse Grealich im Sinne des Referenten. Der Vorsitzende, Genosse Reichardt, schloß die Versammlung, indem er einen Appell an die Versammelten richtete, die Parteipresse zu abonnieren, mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Rosowes. Die im Saale des Volksgartens tagende Märzversammlung, in welcher Genosse Böcke referierte, war von 500-600 Personen besucht und nahm einen imposanten Verlauf. Redner erläuterte mit zündenden Worten die historische Bedeutung des Tages und geißelte in treffender Weise das bestehende preussische Landtagswahlrecht. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem noch Genosse Gruhl mit einem Appell auf die morgen stattfindende Gemeindevertreterwahl hinwies, wurde die Versammlung mit einem begeistertem Hoch auf die internationale völkerverbindende Sozialdemokratie geschlossen.

Rosowes. Unsere Versammlung war von 250 Personen besucht. Genosse Udo behandelte das bekannte Thema. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Teufow. Nachmittags 2 Uhr fand im Widenhagenschen Lokal eine gut besuchte Versammlung statt. Der Referent, Genosse Käming-Berlin, gedachte eingangs seines Vortrages der Märzgefallenen, geißelte dann die preussische Junkerwirtschaft und schloß mit einem Appell an die Anwesenden, nicht eher zu ruhen, bis an Stelle des Dreiklassenparlaments und des Herrenhauses eine einzige Vertretung auf Grund des allgemeinen gleichen direkten und geheimen

Wahlrechts getreten sei. Eine diesbezügliche Resolution wurde einstimmig angenommen.

Brik. In Hübners Restaurant „Aufschrug“ hatten sich an 450 Personen eingefunden, worunter die Frauen zahlreich vertreten waren. Redner war der Vertreter des Kreises, Genosse Fritz Rübkeil. Die Beifallsbezeugungen beunruhigten den überwachenden Gendarmen Daberlow dermaßen, daß derselbe die Versammlung auflösen drohte. Der Vorsitzende Händel kam ihm aber zuvor und vertagte die Versammlung auf zehn Minuten, um alsdann über die Resolution abstimmen zu lassen.

Treptow. Die Versammlung war dicht gefüllt. 600 Teilnehmer. Das Referat des Genossen Läterow wurde beifällig aufgenommen. Mit dem Abfragen der Arbeitermarkeilasse fand die Versammlung einen würdigen Abschluß.

Paumhüttenweg. Die Versammlung war von circa 500 Personen besucht. Der Gesangverein „Liedesfreiheit“ leitete die Versammlung durch einen Gesangsvortrag stimmungsvoll ein. Genosse Freiwald-Pantow referierte. Zudem er zwischen der russischen Revolution und der Achtundvierziger eine Parallele zog, gedachte er mit warmen Worten der Genossin Rosa Luxemburg. Zum Schluß sang der Gesangverein die „Marseillaise“, in welche die Versammelten einstimmten.

In Nittenwalde referierte Genosse Klingner-Berlin vor etwa 250 Personen. Die Resolution fand allgemeine Zustimmung. In Zernsdorf waren 100 Personen versammelt, um die Darlegungen des Genossen Kubig-Pantow anzuhören, der die Aderbewegung als eine notwendige Folgeerscheinung der revolutionären Bewegung in Frankreich schilderte.

Adlershof. 400 Personen. Referent Genosse Kapenstein. Redner erntete reichen Beifall. Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende richtete einen warmen Appell an die Versammelten, sich an der am 26. März, nachmittags von 4-7 Uhr stattfindenden Gemeindevahl rege zu beteiligen.

Köpenick. Das Köpenicker Stadttheater war wie am 21. Januar überfüllt. Nach dem Vortrag des Gesangvereins „Morgenrot“ hörten 1800 Personen, darunter viele Frauen, die Ausführungen des Referenten Genossen Sonnenburg-Friedrichshagen mit der größten Ruhe. Mit einem „Auf zur geistigen Revolution“ schloß der Referent unter stürmischem Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach dem Vortrag des Gesangvereins „Morgenrot“ ging die Versammlung in der größten Ordnung auseinander.

In Reichendorf bei Fürstentwalde referierte Genosse Stähler vor 820 Personen, worunter viele Frauen. Redner erörterte die Ursachen der bürgerlichen Revolution, sowie auch, warum das Bürgerturn später die Erfolge wieder preisgegeben hat und jetzt gar nicht mehr an jene Kämpfe erinnert werden mag. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem die Genossen noch aufgefordert, am Donnerstag, den 22. d. M., bei der Gemeindevorteilwahl ihre Stimme für den Arbeiterkandidaten der dritten Abteilung abzugeben, wurde die Versammlung geschlossen.

In Eichwalde referierte vor etwa 150 Personen Artur Jacher-Berlin. Dem oft durch Beifall unterbrochenen Vortrage folgte eine lebhaft Diskussion, an der sich Gegner jedoch nicht beteiligten. Die vorgelegte Resolution fand einstimmige Annahme.

In Markgrafriede fand eine gut besuchte Versammlung im Grahnischen Lokal statt. Referent war der Genosse Wollermann-Schöneberg. In seinem Vortrage wies Redner auch gleichzeitig auf die Wichtigkeit der Gemeindevahlen hin und forderte die Anwesenden auf, sich vollständig an den im Anschluß an die Versammlung stattfindenden Gemeindevorteilwahlen zu beteiligen. Aufgestellt waren in der zweiten und dritten Abteilung je zwei sozialdemokratische Kandidaten. Nach der einstimmigen Annahme der Resolution begaben sich die Versammlungsteilnehmer sofort nach dem Wahllokal.

In Königs-Wusterhausen war die Märzversammlung auf 8 Uhr nachmittags angelegt, um den weit zerstreut wohnenden Arbeitern der umliegenden Industrien die Teilnahme zu erleichtern. Trotz des nachhaltigen Wetters waren gegen 400 Personen zur Stelle, die mit größter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Genossen Gerhard Hildebrand aus Ober-Schöneweide lauschten. Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen, nachdem die Versammlung bereits vorher den Ausführungen des Referenten lebhaftesten Ausdruck verliehen hatte.

Von Johannisthal, Nieder-Schöneweide, Rudow fanden sich die Genossen zahlreich in „Senflebens Volksgarten“ ein. Die Ausführungen des Genossen Kloth wurden mit großem Beifall aufgenommen. Frühmorgens wehte auf dem noch im Bau befindlichen Gemeindehause das rote Banner mit der Inschrift: „Nieder das Dreiklassenwahlrecht!“

Niederbarnim.

In Weihensee referierten in den beiden großen Sälen des Schloß-Restaurants die Genossen Wehrle und Biesenthal vor weit über 2000 Personen. Die Resolution wurde unter begeistertester Zustimmung einstimmig angenommen.

Lichtenberg. Die bei Schwarz tagende Versammlung war von circa 400 Personen (darunter viele Frauen) besucht und wurde durch Massengesang eingeleitet und beendet. Genosse Grempe kam in seinem, oft von Beifall unterbrochenem Referat auch auf die Beurteilung des Genossen Löbe-Weissau zu einem Jahre Gefängnis wegen eines durchaus makabren Artikels zur preussischen Wahlrechtsbewegung zu sprechen. Mit einem wirksamen Ruf zur Verbreitung unserer Presse und Beteiligung an der Agitation schloß der Vorsitzende die imposante Kundgebung.

In Stralau sprach in der „Alten Traverne“ Genosse Berg. Die von circa 200 Personen besuchte Versammlung wurde mit einem Liede, „Dem Lenz entgegen“, vom Gesangverein „Vorwärts“ vorgetragen, eröffnet und nahm nach 1/2stündigem Referat die vorgelegene Resolution ohne Diskussion einstimmig an. Zum Schluß wurde das Lied „Empor zum Licht“ vorgetragen.

Rummelsburg. Die Versammlung im Café Bellevue war gut besucht. Das Referat hielt unter lebhaftem Beifall Genosse Cohen.

Die Versammlung im Saale der Witwe Weigel, Türschmidtstr. 45, war äußerst stark besucht. Der Referent, Genosse Nothstadt, erledigte sich seiner Aufgabe unter lebhaftem Beifall in circa 1/2stündiger Rede. Die vorgelegte Resolution fand einstimmige Annahme.

In der Versammlung bei Gorgas referierte Genosse Wille vor 300 Versammlungsteilnehmern. Der vorläufige Erfolg seines von stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrages war, daß sich eine Anzahl Besucher in den Wahlverein einschreiben ließen.

Friedrichshagen. Die Versammlung im „Schwarzen Adler“, wo Genosse Ahrens referierte, war gut besucht und wurde die Resolution begeistert aufgenommen.

Im „Kronprinzengarten“, Frankfurter Chaussee, folgten die zahlreichen Versammlungsteilnehmer mit großem Interesse den trefflichen Ausführungen des Genossen Fendel. Auch hier wurde die Resolution einstimmig angenommen.

In Friedrichshagen fand die Versammlung im Hübischen Saale statt und erfreute sich eines guten Besuchs. Die Resolution wurde mit Jubel aufgenommen. Referent war Genosse Benno Raab-Berlin.

Pantow. Hier fanden zwei Versammlungen statt. Eine außerordentlich stark besuchte im Lokal „Zum Kurfürsten“, in der der Vertreter des Kreises, Genosse Artur Stadthagen sprach, und eine zweite inmitten des Ortes in Koenigsdorf-Gesellschaftshaus, wo Genosse Paul John referierte. Die Versammlung im „Kurfürsten“ war noch besonders dadurch interessant, daß sie ein Stück Organisationsarbeit in die Erscheinung treten ließ. Da den Genossen der Schönhauser Vorstadt ihre Lokale zu klein waren, hatten sie nämlich die Absicht, die Parole anzugeben: „Auf nach Pantow“. So formierte sich dann auch plötzlich zwischen 11 und 12 Uhr ein geschlossener Zug von mehreren 100 Personen, der sich durch die Schönhauser Allee in das verabredete Lokal ergoß. — Die fächerlich aussehenden Gendarmen machten den Kindern viel Spoh.

Nieder-Schönhausen. Die Versammlung war den örtlichen Verhältnissen entsprechend gut besucht, 190 Versammlungsteilnehmer, darunter auch Frauen, waren erschienen. Das Referat hielt Genosse Altheß-Berlin. Resolution wie Referat wurden begeistert aufgenommen.

In Reinickendorf-West bei Franke behandelte Genosse E. Siebel das Tagessthema. Durch ein stimmungsvolles Lied des Arbeitergesangvereins „Einigkeit II“ wurde die von circa 250-300 Personen besuchte Versammlung eingeleitet. Dem 1/2stündigen Vortrage folgten die Anwesenden mit sichtbarstem Interesse.

In Hohen-Schönhausen-Wilhelmsberg war der Besuch den örtlichen Verhältnissen entsprechend ein starker. Im Saale von Kuhle, Berlinerstr. 63, referierte Genosse Straßer. Der Vortrag wurde mit großem Beifalle von der Versammlung aufgenommen.

Wilhelmsbrak. In Daders Saal hatten sich etwa 100 Personen versammelt, vor denen Genosse Pessier über die Bedeutung des Tages sprach.

Tegel. Die Versammlung war von annähernd 1000 Personen besucht. Das Referat hielt Genosse Hildebrandt, welcher sich am Schluß seiner Ausführungen besonders an die zahlreichen Frauen wandte und die sozialdemokratische Presse empfahl. Eine Anzahl Besucher meldeten ihre Aufnahme in den Wahlverein, wie auch ihr Abonnement für den „Vorwärts“ an.

Vorsigtalwe. Im Körnerischen Restaurant referierte Genosse Bücke vor circa 300 Personen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Karlshorst. An der Versammlung nahmen an 75 Personen teil. Das Referat hielt Genosse Rehs-Berlin.

Friedrichshagen. Hier referierte vor ungefähr 800 Personen im Konrads Festkälde der Genosse Buchta. Seine Ausführungen wurden wiederholt von stürmischem Beifallssturm unterbrochen und bei gelegentlichen satirischen Seitenhieben von allgemeiner Heiterkeit unterbrochen. Die von ausgezeichneter Stimmung beherbergt Versammlung nahm die Resolution einstimmig ohne Diskussion an. Der Gesangverein „Woiwogel“ hatte die Versammlung mit einigen Liedern festlich eingeleitet.

Die Versammlung für Grünau war von über 200 Teilnehmern besucht. Der Referent Genosse Jacobien erledigte seine Aufgabe nach besten Kräften und fand zum Schluß reichen Beifall.

Eckner. Die Versammlung fand nachmittags 3 Uhr im Degebrodtischen Gesellschaftshause statt und war von 200 Personen besucht. Das Referat des Genossen Puttlich wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Ober-Schöneweide. Im großen Saale des Wilhelmshofes mußten die Lische entfernt werden und standen die Massen dicht gedrängt, um dem Referat des Genossen Naurenbrecher zu folgen. Seine Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Der Gesangverein des Ortes half durch einige schwungvolle Liedervorträge die Versammlung besonders imponant gestalten.

Neuenhagen a. Ostbahn. Die in Fredericksdorf stattgefundene Protestversammlung war von circa 120 Personen besucht. Referent war Genosse Zarnow, dessen Ausführungen mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

In Herxleben wies die Versammlung diesmal eine für diesen Ort ausnahmsweise starke Beteiligung auf; circa 250 Besucher waren zugegen. Der Referent F. Thurow-Rixdorf schilderte in flammenden Worten die Geschichte der Revolution. Brausender Beifall folgte den Worten des Referenten. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Bernau. Die starkbesuchte Versammlung nahm nach dem Referat des Genossen Kägel-Berlin die Resolution einstimmig an. Der Bürgermeister hatte eine Wiederkehr der 48er Vorgänge befürchtet und Lieder des Arbeitergesangvereins zur Einleitung der Versammlung verboten. Als nach Schluß der Versammlung die Sänger dies nachholen wollten, in dem Glauben, daß das Verbot doch nur für die Versammlung gelte, löste der überwachende diese „neue Versammlung“ auf und räumte mit Hülfe seiner Kollegen den Saal.

Oranienburg. Hier tagte eine gutbesuchte Versammlung im Lokale „Zum Balldhaus Sandhausen“. Anwesend waren circa 300 Personen. Referent Genosse Vuse. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Gesangverein „Vorwärts“ leitete mit dem Kampfliede „Der Freiheit Sieg“ die Versammlung ein und beschloß dieselbe mit dem Liede „Empor zum Licht“.

Provinz Brandenburg.

In Eberswalde nahmen an der Demonstrationsversammlung im Restaurant „Zur Mühle“ etwa 250 Personen teil. Nach dem Referat des Genossen Albin Mohs-Schöneberg fand die Resolution einstimmige Annahme. Es wurden 15 Zeitungsubonnenen und 18 Wahlvereinsmitglieder geworden.

Diesenthal. Die Versammlung im Hiesigen, Schützenhause war gut besucht. Referent Stadterbörner Gröndel-Berlin unterzog in klarer volkstümlicher Weise die Ereignisse der 48er Revolution sowie auch das Wahlrecht einer eingehenden Kritik, die begeisterteste Ausnahme fand. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Polizei war nicht aufgeboden.

In Weigeln a. D. hatte Genosse Heller-Rixdorf das Referat übernommen. Die zahlreich erschienenen folgten mit großem Interesse den Ausführungen des Referenten. Einstimmig wurde die Resolution angenommen. Nach Schluß der Versammlung meldete sich eine größere Anzahl Parteigenossen zur Aufnahme in den Wahlverein. Die Polizei verhielt sich ruhig.

In Strausberg referierte in dem gefüllten Saale von Magnus vor über 300 Personen, oft von großem Beifall unterbrochen, Haffner-Berlin. Die Resolution wurde in der von bester Stimmung besetzten Versammlung einstimmig angenommen. Nach Schluß erfolgte eine große Anzahl Reanaufnahmen in die politische Organisation.

Steinsfurt a. Eberswalde. Die im Lokale von Schleusenertagende Versammlung war von ca. 60 Personen besucht. Otto Haffner aus Rixdorf referierte. Die Stimmung der Versammlung, welche mit größter Aufmerksamkeit den 1/2stündigen Ausführungen des Redners folgte, stimmte begeistert der Resolution zu. Diskussion fand nicht statt. Gegner waren nicht anwesend.

Es fanden ferner noch Versammlungen statt in: Freienwalde, Werneuchen.

Spandau. Die für hier einberufenen vier Protestversammlungen waren sämtlich gut besucht und überall herrschte eine begeisterte Stimmung. Im Lokale von Kuntze referierte die Genossin Beeze-Rixdorf. Besuch der Versammlung 600 Personen. Eine Teilerfassung ergab 62,40 M. — Im Lokal von Lehnow sprach Genosse Kamshrod-Berlin vor etwa 800 Personen. Die Sammlung erbrachte 43,60 M. — Bei Rixdorf waren circa 600 Personen anwesend. Referent Genosse Hille-Velten. Gesammelt wurden 33,17 M. — Im Lokale von Schwabe referierte Genosse Gehl-Berlin vor etwa 500 Anwesenden. Die Teilerfassung ergab 21,91 M. Die bekannte Resolution wurde in sämtlichen vier Versammlungen einstimmig angenommen.

Potsdam. Die Protestversammlung im Viktoria-Garten war von über 600 Personen besucht. Ihr Verlauf war ein ebenso würdiger und eindrucksvoller wie am „roten Sonntag“ im Januar. Der Referent Genosse Jul. Cohn-Berlin wußte das Thema des bedeutungsvollen Tages so wirkungsvoll zu behandeln, daß ihm nach seinem zweiwüchigen Vortrage lebhafter Beifall wurde. Die Resolution gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht wurde mit brausender Zustimmung aufgenommen und gelangte einstimmig zur Annahme.

Genau gut berief die Protestversammlung in Bornstedt, wo Genosse Handke-Berlin unter allseitiger Zustimmung referierte. Die Teilnehmerzahl betrug 300. Die Resolution gelangte ebenfalls einstimmig zur Annahme. Nach dreistündiger Dauer erreichte die eindrucksvolle Kundgebung gegen das herrschende Wahlrecht mit einem kräftigen Hoch auf das freie Wahlrecht ihr Ende.

In Eise wurde die Bedeutung des Tages vor einer gut besuchten Versammlung durch den Referenten Genossen Max Hesse-Berlin gleichfalls in würdiger und überzeugender Weise erklärt. Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Saarland. Die Versammlung war von circa 160 Personen besucht. Genosse Richard Gärtner-Ludenwalde referierte. Die Resolution fand einstimmig Annahme.

Trebbin. Wegen 300 Personen, Männer und Frauen hatten sich in der hier im Gesellschaftshaus stattgefundenen Versammlung eingefunden. Genosse S a b a t h -Berlin referierte. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Gesangverein „Freie Sängler“ leitete die Versammlung durch ein Lied ein und beschloß sie in derselben Weise. Die Versammlung verlief ohne Zwischenfälle. Militär und Gendarmerie war diesmal nicht nach hier beordert, auch die Schützengilde hat sich nicht sehen lassen.

Caputh bei Potsdam. Hier tagte am Sonnabend, den 17. März die Protestversammlung gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht. Genosse Arbeitersekretär H. Tabert-Ludenwalde referierte. Im Anschluß an die Volksversammlung fand noch eine Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins statt, in der 11 Genossen ihren Beitritt zum Wahlverein erklärten.

Bornhörd bei Potsdam. Im vollbesetzten Lokale von Laag waren circa 200 Parteigenossen und Genossinnen anwesend. Die Feier wurde stimmungsvoll eingeleitet durch den Vortrag des Gesangvereins „Freischauf“: Empor zum Licht, und „Dem Lenz entgegen! Der Referent schilderte Ursache und Begebenheiten der 48er Revolution. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Staaken. Die im festlich dekorierten Saal von Gnäbig stattgefundene Versammlung, in welcher Genosse Kahler-Berlin referierte, war von 100 Personen besucht. Der Referent gab in kurzen kräftigen Zügen ein Bild von der Entstehung der Revolution. In Rehn a. H. referierte vor einer gut besuchten und begeisterten Versammlung Genosse Lieblnecht.

In Rauhen war die Versammlung trotz des schlechten Wetters vortrefflich besucht. Die Stimmung war ausgezeichnet. Auch hier sprach Genosse Lieblnecht.

In beiden Versammlungen fand die bekannte Resolution einstimmige Annahme.

Dreiwitz. Die hier abgehaltene Protestversammlung gegen das Dreiklassenwahlrecht war von über 100 Personen besucht. Das Referat hielt Genosse Schröter-Brieg. Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Hennigsdorf a. d. Havel. Vor ungefähr 300 Zuhörern referierte Genosse Artur Schmit-Berlin über „Die Bedeutung des 18. März“. Dem Vortrage wurde reichlicher Beifall zu teil. Die Resolution des Parteivorstandes fand einstimmige Annahme.

Beschwitz. Die Versammlung war von circa 70 Personen besucht. Der direkte Erfolg der Versammlung war: 7 Aufnahmen für die politische Organisation, 3 Abkommen für die Parteipresse und 6 Kart 25 Pf. Ertrag der Sammlung für den Rufsenfonds.

In Böhlow referierte unter lebhaftem Beifall der Versammlung der Genosse Wilhelm Berndt. Die Resolution des Parteivorstandes wurde einstimmig angenommen.

Kreuzen. Die öffentliche Volksversammlung war von zweihundert Personen besucht. Genosse Nitzger-Berlin referierte. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß wurde noch auf rege Agitation, Lesen der Parteipresse und zum Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein ermahnt. Die Zellerfassung ergab 970 Kart. Fünf Mitglieder wurden für den Wahlverein gewonnen.

In Velten referierte Genosse Drunkel; anwesend waren circa 500 Personen. Stimmungswohl wurde die Versammlung durch ein paar Freiheitslieder eingeleitet und nahm einen würdigen Verlauf. Die Resolution fand einstimmig Annahme.

Die Versammlung in Marwig bei Velten war gut besucht. Nach einem mit Begeisterung aufgenommenen Vortrag des Genossen S o r g -Berlin wurde die Resolution einstimmig angenommen.

In Alt-Geltow a. d. Havel sprach Genosse H ä n d e l vor circa 200 Personen, darunter zahlreiche Frauen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Brandenburg. Unter bedeutend stärkstem Andrang als am 21. Januar verliefen die hier veranstalteten 3 Demonstrationen, welche am Nachmittag um 4 Uhr, in den Lokalen Volksgarten, Bürgerhalle und Café Helgoland tagten. Die Tagesordnungen fanden durch Referate der Genossen Reichstagsabgeordneter P e u s , Redakteure H. Reyer und F ä s c h e unter starkem Beifall Erledigung. Unter einstimmiger Annahme der allgemeinen Resolution wurden die Versammlungen mit dem üblichen Hoch geschlossen.

Kathenow. Im K r y s t a l l p a l a s t referierte Genosse J e r n i e -Berlin in einer von circa 600 Personen besuchten Versammlung. Die Resolution wurde widerspruchlos angenommen.

In Reuders war die Versammlung von circa 1000 Personen besucht. Genosse Alfred Bernstein referierte. Die Resolution wurde mit Begeisterung angenommen.

In Roshdorf waren fast alle erwachsenen Dorfbewohner in der Versammlung erschienen. Genosse Bernstein, der hier ebenfalls sprach, fand für seine das Dreiklassenrecht geißelnden Ausführungen begeisterte Zustimmung.

Kolowitz. Die Versammlung war von 100 Personen besucht. Nach einem Referate des Genossen K i e s l i c h -Elsamen wurde die Resolution einstimmig unter großem Beifall angenommen.

In Reichstagswahlkreise Sorau-Nord fanden am Vormittag drei Versammlungen in ländlichen Ortschaften, nachmittags fünf Versammlungen in Forst, Berge, Sorau, Gassen und Soczo statt. Und die Versammlungen der ländlichen Ortschaften wiesen eine verhältnismäßig stärkere Beteiligung auf als die der Städte. Vollbesetzt waren jedoch auch in den Städten die Säle. Die hohe Obrikeit hatte keinerlei Vorsetzungen getroffen, die darauf schließen ließen, daß sie den Ausbruch einer „gewalttätigen“ Revolution befürchte. In allen Versammlungen wurde ernst und meist mit gutem Erfolg für die Ausbreitung unserer Presse und der Parteiorganisation agitiert. Der März-Resolution stimmten alle Versammlungsteilnehmer einmütig zu.

Schwichow. Die Versammlung war von 300 Personen besucht und wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Spremberg. Im Saale des B e r g s c h l ö s s e n sprach Genossin J d a A l t m a n n vor 4-500 Personen. Die freudige Zustimmung, welche die Ausführungen der Rednerin fanden, zeigte, daß Sprembergs Arbeiterchaft kampfbereit ist ihrer Aufgabe bewußt ist, die sie als Glied der organisierten, ums Recht ringenden Arbeiterklasse zu erfüllen hat.

Gassen. Die heutige Versammlung war gut besucht. Genosse F r a n k e -Rigdorf referierte. Die Anwesenden demonstrierten für das allgemeine, direkte, gleiche Wahlrecht.

Hünnerwalde. Die hier abgehaltene Versammlung war von etwa 500 Personen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung leitete der Gesangverein „Einigkeit“ die Märzfeier durch ein entsprechendes Arbeiterlied ein. Gen. P a g e l s referierte. Der Vortrag wurde durch reichen Beifall belohnt und die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen.

Kirchheim. Die Versammlung am 18. cr. war von ca. 400 Personen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung trug der Arbeitergesangverein „Alpenglocken“ ein Lied vor. Der Referent P a g e l s schilderte in eingehender Weise die Ereignisse der Jahre 1848/49. Die vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme.

Senftenberg. Die in der L o y i g m ü h l e stattgefundene ruhig verlaufene Versammlung war von ca. 200 Personen besucht. Vortrag und Resolution fanden begeisterte Zustimmung.

Treuenbriegen. Die im Lokale von L a b e s tagende Märzversammlung, in der Genosse F r o m k e -Berlin das Referat über die Resolution von 1948 übernommen hatte, war von circa 200 Teilnehmern besucht.

Rosfen. Die Versammlung hier war überfüllt. Der circa 1 1/2 stündige Vortrag des Genossen U s o wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

In Ludenwalde waren ungefähr 100 Personen, darunter viele Frauen, anwesend. Das Referat des Genossen J a e d -Berlin

wurde mit großem Beifall aufgenommen; die Resolution fand einstimmige Annahme.

Am Nachmittag referierte Genosse J a e d -Berlin in Jänickendorf bei Ludenwalde in einer sehr gut besuchten Versammlung. Das Referat fand lebhaften Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Beckitz. Die Versammlung war stark besucht. Referent: Heinrich Tabert. Resolution fand Annahme.

Münchberg i. Markt. Hier referierte Genosse F r e i w a l d t unter Zustimmung der versammelten Mitglieder des hiesigen Wahlvereins. Da ein größerer Saal nicht zur Verfügung steht, mußte die Versammlung in einem kleinen Gastzimmer abgehalten werden.

Waldersdorf bei Ludenwalde. In der hiesigen Demonstrationsversammlung hatten sich gegen 100 Personen eingefunden. Das Referat hielt Genosse Dr. F o r s h a r d t -Charlottenburg. Die allgemeine Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Frankfurt fanden sich zu der Märzversammlung weit über 1000 Personen zusammen, um den Ausführungen des Stadtverordneten Genossen C o n r a d -Rigdorf mit gespannter Aufmerksamkeit zu folgen. Nach kurzer Diskussion wurde die allgemeine Resolution einstimmig angenommen.

Järstenwalde. Die Versammlung war zahlreich besucht und nahm nach dem von lebhaftem Beifall aufgenommenem Vortrage des Genossen Dr. H e i n r i c h B r a u n die Resolution, in welcher das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für den preussischen Landtag gefordert wird, einstimmig an.

Guben. Hier fanden drei gut besuchte Versammlungen statt, in den die Genossen Martin Reyer und Gustav Bauer aus Berlin und Markwald-Horst referierten. Die Resolution wurde überall einstimmig angenommen. Eine Reihe Genossen wurden in die politische Organisation aufgenommen, auch wurden zahlreiche Abkommen für die „Märzische Volksstimme“ gewonnen.

Järßenberg. Die hier tagende Volksversammlung war von circa 300 Personen besucht. Genosse D. B ü c h n e r -Berlin schilderte die Märzrevolution. Die Resolution des heutigen Tages fand einstimmige Annahme.

Landesberg a. B. In den zwei hier einberufenen Versammlungen referierten die Genossen W e b e r -Charlottenburg und S e r m u t h -Berlin vor 8-700 Teilnehmern. Die Resolution fand in beiden Versammlungen einstimmige Annahme.

Köhrin. Die Versammlung in J a c o b i e F e s t a a l war von etwa 200 Personen besucht. Der Referent Genosse Dr. S. R o s e n -feld-Charlottenburg fand Aufmerksamkeit und Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Oderberg. Da zu einer Parteiversammlung in Oderberg kein Lokal zu haben ist, so mußte eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen werden. Genosse F u n k -Berlin sprach. Die Versammlung war von über 100 Personen besucht, darunter viele Frauen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Strasburg i. L. bei Salsw. Die Versammlung war großartig besucht, der geräumige Saal des „Schwarzen Adlers“ bis auf den letzten Platz gefüllt. Genosse S t r o g e r -Rigdorf besprach die bürgerliche Revolution von 1848, von häufigem Beifall unterbrochen. Die Resolution wurden von den 300 Anwesenden, darunter viele Frauen, einstimmig angenommen.

Herborthöhe zu werden verdient die Tatsache, daß die Strasburger Polizei zur Ueberwachung noch einen Wachmeister aus Brenzlau geliehen hatte, obgleich 3 Beamte am Orte bedienstet sind.

Schwedt. Im Herfordischen Lokal waren 500 Versammlungsbesucher anwesend. Rechtsam. Dr. O s t a r C o s h u aus Berlin referierte. Die Resolution fand einstimmig Annahme. Im Schlußwort forderte Genosse R o b . S c h m i d t zum Eintritt in die Vereine und zum Abonnement der Parteipresse auf. Nach Schluß der Versammlung sang der Arbeitergesangverein „Die rote Fahne“.

In Prignitz war die Versammlung von 300 Personen besucht, die aufmerksam den Ausführungen der Genossin Frau Heubig K i e l e l über die Resolution 1848/49 lauschten. Lebhaftem Beifall rief die Kritik des Dreiklassenwahlrechts hervor, und wurde die Resolution einstimmig angenommen. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

In Wittenberge, der Hauptstadt der Westprignitz, gestaltete sich die Versammlung zu einer mächtigen Kundgebung. Der Reichstagskandidat des Kreises, Stadt. Dr. W e i l -Berlin referierte; die „Zentrallhalle“ war überfüllt und frühzeitig abgesperrt. Mehr denn 1000 Männer und Frauen lauschten dicht gedrängt den begeisternden und begeisterten Darlegungen des Redners. Seit dem 21. Januar hat die Arbeiterbewegung in der Westprignitz einen mächtigen Aufschwung genommen; die Mitglieder der gewerkschaftlichen und politischen Organisation, die Leser des Parteiblattes haben eine beträchtliche Zunahme erfahren. — Die Resolution der Berliner Genossen wurde einmütig angenommen.

Verleberg. Die in Ermangelung eines Versammlungslokals unter freiem Himmel einberufene Volksversammlung ist von der hiesigen Polizei verboten (!), weil — zu besorgen ist, daß durch Abhaltung dieser Versammlung unter freiem Himmel die öffentliche Ordnung gestört wird. Die sofort eingelegte Beschwerde beim Landrat beantwortete dieser, indem er die polizeiliche Verfügung aufrecht erhielt.

In Zehdenitz sprach Genosse S t ö r m e r vor etwa 500 Personen. Vor und nach dem Vortrage sang die Liebertafel das Lied „Vorwärts“ und „Empor zum Licht“ in recht wirkungsvoller Weise. Der Vortrag fand sehr beifällige Aufnahme und die Resolution wurde einstimmig angenommen. Gendarmerie-Aufgebot ziemlich reichhaltig.

Grauske. Dader Partei hier zu Versammlungen kein Lokal zur Verfügung steht, fand eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, die von circa 120 Personen besucht war. Genosse G g. Engelbert G r a f -Berlin referierte. Die Resolution fand alleseitige Zustimmung. In der Diskussion sprach noch Genosse J a h a u , der von A l t -L ü d e r s d o r f kam, wo die Versammlung durch die Polizei unmöglich gemacht worden war.

Karlsitz. Die Versammlung im Lokal von W i h m a n n war sehr gut besucht. Der Referent Genosse H e r m a n n S c h u l z fand stürmische Zustimmung. Diskussion fand nicht statt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Drei Gendarmen, einer mit Gewehr beladen, blieben natürlich draußen.

In Ludow i. M. sprach vor einer sehr gut besuchten Versammlung H a n s W e b e r -Berlin. Mit einem kräftigen Hinweis auf die Notwendigkeit der weiteren Verbreitung unserer Presse, des Eintritts in die gewerkschaftliche und politische Organisation fand die von gutem Geiste besetzte Versammlung ihren Abschluß.

Provinz Sachsen.

Thale a. S. Vor circa 500 Personen sprach Genosse Albert G o r g a s -Magdeburg unter großem Beifall. Die von dem Vorsitzenden, Genossen S c h i n d e l , der Versammlung bekannt gegebene Resolution fand einstimmige Annahme. Von Polizei, Gendarmerie oder Militäraufgebot war nichts zu merken.

Merseburg. Die öffentliche Versammlung war gut besucht. Genosse V a r i e l aus Leipzig referierte. Es wurden 34 neue Mitglieder aufgenommen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Burg bei Magdeburg. Die Versammlung gegen das Dreiklassenwahlrecht war von circa 600 Personen besucht. Nachdem die Genossen Henning und Stollberg das System der preussischen Dreiklassenwahl in scharfer Weise kritisiert hatten, erfolgte einstimmige Annahme der Resolution.

Kreis Unsterleben. In acht stark besuchten Versammlungen referierten unter starkem Beifall die Genossen Beims, Brandes, Kadian, Koch, Köfing und Silbermann. Die Resolution des Parteivorstandes fand überall einstimmige Annahme. Die Versammlungen waren wie folgt besucht: Egeln 400, Hermerleben 170, Diesdorf 200, Gr. Otterleben 300, Klein Otterleben 250, Lemsdorf 200, Solße 180 und Söhlen 150. Die Zahl der Wahlvereinsmitglieder des Kreises hat sich seit Januar um 100 Prog. vermehrt. In den heutigen Versammlungen erklärten wiederum über 100 Genossen ihren Eintritt.

Inferatenteil verantw.: Lh. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Bitterfeld. Die Demonstrationsversammlung war von ungefähr 400 Personen besucht. Es referierte Genosse Rauke aus Eilenburg. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Roßhau. Im Wahlkreis Roßhau fanden sieben gut besuchte und würdig verlaufene Versammlungen statt. Teilweise waren die Säle überfüllt. Die Resolution fand überall einstimmige Annahme.

Halle. Der 21. Januar mit seinen Demonstrationsversammlungen ist für die Polizei eine heilsame Lehre gewesen. Die heutigen Versammlungen waren stark besucht, teilweise überfüllt. Die Polizei hielt sich in den gesetzlichen Grenzen und gab keinen Anlaß zum Einschreiten. Die überflüssigen Straßensperrungen waren unterblieben, auf dem Markte fehlten die Feuerpfeifen und auch die berittlenen Schupleute. Die Versammlungsteilnehmer gingen diesmal ruhig über den Markt und die Polizei referierte in die Wache, als die Demonstranten kamen. Das war sehr vernünftig. Es ist deshalb diesmal auch nicht das geringste passiert, während am 21. Januar durch das Vorgehen der Polizei über 30 Sittierungen vorgenommen wurden. Die bürgerliche Presse, die doch auch zum 18. März etwas sagen mußte, bemerkte verächtlich: „Gutem Vernehmen nach sind von der Polizei und von der Garnison alle Maßnahmen getroffen, um etwaige Demonstrationen zu unterdrücken; das Militär bleibt in den Kasernen konfigniert.“

Sinter dem größten Lokal („Bellevue“), in dem der Abgeordnete des Kreises, Genosse K u n e r t sprach, hatte sich ein Schwarm Schupleute im Verborgenen gehalten, doch es nichts zu tun. Der 18. März war ein Ehrentag für das Proletariat in Halle. Selbstverständlich wurde die vorgeschlagene Resolution in allen Versammlungen einstimmig angenommen.

Soweit sich bis heute abend übersehen läßt, sind auch die Versammlungen in der Umgebung Halles stark besucht gewesen und ruhig verlaufen. Die Versammlung in Könnern wurde wieder, wie am 21. Januar, verboten.

In Halberstadt war die Protestversammlung, in welcher Genosse Emil M ü l l e r -Oschersleben über „Die Resolution von 1848 und das preussische Dreiklassenwahlrecht“ sprach, von 450 Personen besucht. Eine Resolution gegen das Dreiklassenwahlrecht wurde einstimmig angenommen.

Eisleben. Im hiesigen Kreise fanden zwei Versammlungen statt, und zwar in Leutschenthal mit 300 Personen und in Eisleben mit 100 Versammlungsteilnehmern. Referent in beiden war der Genosse Dreßler-Dresden. Die Resolution fand in beiden Versammlungen einstimmige Annahme.

Wittenberg a. Elbe. In einer von circa 300 Personen besuchten Versammlung sprach hier Genosse W a r t s c h -Berlin. Die Wahlrechtsresolution wurde einstimmig angenommen.

Torgau. Die hier stattgefundene Volksversammlung war von über 100 Personen besucht. G. W e u s c h -Leipzig referierte. Die vom Parteivorstand vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme. Wohl um der Bedeutung des Tages das nötige Relief zu geben, hatte man hier das Militär in den Kasernen in Bereitschaft gehalten, auch war die Polizei wieder sehr lebendig und nutzlos wader auf den Beinen.

Teitzsch. Die Volksversammlung war von 300 Personen besucht. Genosse R a u t e -Eilenburg hatte das Referat übernommen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Arbeitergesangverein trug einige dem Tage angemessene Lieder vor.

In den Nachbarkreisen Halles waren sämtliche Versammlungen stark besucht. Im Reiter Kreise fanden 15 Versammlungen statt. Ueberall fanden zahlreiche Aufnahmen in die sozialdemokratischen Vereine statt. In Leutschenthal bei Eisleben erließ ein Obergericht das originelle Verbot, „über Könige zu sprechen“!

Thüringen.

Gera. Zur Erinnerung an die Märzrevolution fanden hier und in T r i e b e s zahlreiche besuchte Volksversammlungen statt, in welchen die Genossen K ü h l e -Leipzig und L e b e n -Gera referierten. Die Versammelten verpflichteten sich, mit aller Energie für die völkerverbreitende Sozialdemokratie zu wirken.

Saalfeld. In einer von 600 Personen besuchten Volksversammlung sprach heute Genosse Reichstagsabgeordneter R e i c h -h a u s -Erfurt, der Abgeordnete unseres Kreises, über die Revolution des Jahres 1848. Redner kennzeichnete u. a. auch die überaus klägliche erbärmliche Haltung der freisinnigen Parteien gegenüber den Ereignissen des Jahres 1848. Brauender Beifall wurde dem Redner für seine vorzüglichen Ausführungen zuteil.

Auch in Sonneberg, B ö h n e c k und noch verschiedenen anderen Orten fanden gut besuchte Volksversammlungen statt, in denen die Bewegung des Jahres 1848 und die gegenwärtigen politischen Ereignisse Gegenstand des Themas waren. Ueberall war die Stimmung der Teilnehmer eine begeisterte.

Sachsen-Rassau.

In Frankfurt a. M. waren die zehn arrangierten Versammlungen von 7000 Personen besucht. Es wurden 150 Mitglieder für die politische Organisation und 70 Abkommen auf das Parteiorgan gewonnen. Für die Opfer der russischen Revolution wurden 450 Kart gesammelt. Zwischenfälle ereigneten sich nirgends. Auch in der Umgebung nahmen die Versammlungen einen trefflichen Verlauf.

Kassel. Im Agitationsbezirk Kassel fanden 18 Versammlungen statt, die sich durchweg guten Besuchs erfreuten. Außerst imposant waren die Demonstrationen in verschiedenen ländlichen Dörfern. Auffällige polizeiliche Maßnahmen waren diesmal nicht zu bemerken; das Militär der Stadt Kassel ist diesmal nicht um seinen Sonntag gekommen. Viele neue Abkommen wurden für die Parteipresse gewonnen, zahlreiche neue Mitglieder der Parteiorganisation zugeführt.

In den rheinischen Orten, in Worms, und ebenso in Darmstadt, sowie dessen Umgebung, fanden am Sonnabend und Sonntag zahlreiche Märzversammlungen statt. Der Besuch war durchweg vorzüglich. Die Gedendreden beschäftigten sich neben den auswertigen aktuellen Ereignissen hauptsächlich auch mit der preussischen und der Reichspolitik. Es ist unübersehbar, daß ein lebhafterer Zug in die ganze Bewegung kommt.

Offenbach-Deburg. Stark besuchte Versammlungen beschlossen in 20 Orten des Wahlkreises die folgende Resolution:

Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und zieht aus den Kämpfen des 18. März 1848 und 1871 die Lehre, daß es für die Arbeiterklasse fortgesetzter Organisationsfähigkeit sowohl in politischer als auch gewerkschaftlicher Richtung bedarf, um eine den Fortschritten der Kultur entsprechende menschenwürdige Lebenshaltung zu erringen und zu halten. Sie sieht in der Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungsförperschaften, insbesondere auch für die Landtage der Einzelstaaten des Deutschen Reiches ein Mittel zur Erreichung ihrer Ziele, die in der Richtung der Demokratisierung des öffentlichen Lebens und der Sozialisierung der Produktionsmittel liegen.

Provinz Hannover.

Im Wahlkreis Hannover-Linden haben heute 9 Versammlungen stattgefunden. Sämtliche Versammlungen waren sehr gut besucht. Referenten waren die Genossen: Wren, Donath, Leinert, Wente, Paul, Schmidt, Schröder, Striesler und Thomae. Die gehaltenen Referate wurden mit Begeisterung aufgenommen. Eine dem Tage entsprechende Resolution wurde überall angenommen. Die Vorbereitungen der Behörden scheinen in ähnlicher Weise erfolgt zu sein wie am 21. Januar, nur mit weniger Geräusch. Das Militär durfte auch heute die Kasernen nicht verlassen. Die bürgerliche Presse ist hier diesmal ziemlich zurückhaltend gewesen und nicht so lächelnd wie zum 21. Januar.

Schnöbed (Eibe). Die Versammlung war von 500 Personen besucht. Reichstagsabgeordneter N i c h a r d L i p i n s k i referierte. Die Berliner Resolution wurde einstimmig angenommen.

Leipziger Märzfeier.

Ein besseres Thema für die Märzfeier des Proletariats dürfte es wohl kaum geben als einen Vortrag über Karl Marx, zumal wenn es gelingt, den Genossen Kautsky als Referenten dazu zu gewinnen. Eine solche Märzfeier beging die Leipziger Arbeiterschaft, allerdings in dem sehr beschränkten Rahmen einer Vereinsversammlung der Wahlkreisorganisation von Leipzig-Stadt am Sonnabend, den 17. März, weil der Genosse Kautsky nur ausnahmsweise den Leipziger Genossen den Wunsch nach einem Vortrag über Karl Marx erfüllen wollte und zwar auch nur unter der Bedingung, daß dies in einem kleineren Kreise von Genossen geschähe. Trotzdem von der Kreisleitung dem Wunsche Kautskys Rechnung getragen wurde, und nur die Vereinsmitglieder und engeren Parteigenossen aus dem 18. Kreise eingeladen waren, wurden die bekannten Genossen, namentlich aus akademischen Kreisen, um Einladungen bestürmt. Die Versammlung im Volkshaus war denn auch bis auf den letzten Platz mit aufmerksamen Zuhörern gefüllt, die den Genossen Kautsky enthusiastisch, mit lebhaftem Handklatschen, empfingen. Die hochgespannten Erwartungen der Zuhörer an den Vortrag wurden voll erfüllt.

In einem anderthalbstündigen Referate verstand es der Genosse Kautsky meisterhaft, das gewaltige Wirken von Karl Marx in wissenschaftlich-theoretischer und praktisch-propagandistischer Beziehung in verständlicher und plastischer Weise zu erläutern.

Nach den einleitenden Worten über die nationale und internationale Bedeutung der Märzfeier, bei der wir der an jenen historischen Aktionen beteiligt gewesenenen Persönlichkeiten besonders gedenken, ging er dazu über, die Jugend- und Studienjahre von Karl Marx zu schildern, der bereits mit 18 Jahren die Universität Bonn bezogen habe. Am Margens Entwicklung zum Revolutionär zu verfolgen, müsse man die politischen und wirtschaftlichen Zustände der Rheinprovinz aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kennen lernen. Nachdem die Rheinprovinz im Jahre 1815 wieder an Preußen kam, habe die dort sich entwickelnde Bourgeoisie — und von einer solchen konnte man nur in der Rheinprovinz reden — erst den Unterschied zwischen französischem und österreichischem Regime kennen gelernt. Die reaktionäre Bürokratie und rückständige Staats- und Gesellschaftszustände Preußens standen der industriellen Entwicklung der Rheinprovinz hindernd im Wege und trieben die Bourgeoisie in die Opposition, woraus dann die Vorkämpfer der Bourgeoisie und des Proletariats hervorgegangen sind. Diese Kämpfe wurden aber in den ideologisch verkleideten Formen der philosophischen Diskussion geführt, und man strebte aus der ideologischen Philosophie auf den festen Boden des Materialismus zu kommen. Der Hauptvorsänger dieser Richtung war Feuerbach. In diese Kampfzeit fielen Margens Studienjahre, und in Berlin kam er in den Kreis der damals bedeutendsten Männer hinein. Wie er an diesen Kämpfen schon als Student teilgenommen hat, beweisen die Briefe an seinen Vater. Nicht drastisch zeigt sich darin und auch die Marxsche Kampfnatur. Marx sollte die Gelehrtenlaufbahn einschlagen; er sah aber sehr bald ein, daß diese kein Tätigkeitsfeld für ihn werden würde, das ihn hätte befriedigen können. Daß für ihn kein Platz an einer deutschen Universität war, sah er auch an der Maßregelung seines Freundes Bruno Bauer von der Bonner Universität. So wählte er den Beruf des Schriftstellers, und er griff zu, als ihm die rheinische Bourgeoisie 1842 die Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ anbot. Sehr bald kam es aber hier zu Differenzen. Wegen seiner scharfen Opposition war der Regierung das Blatt ein Dorn im Auge, und sie suchte es zu unterdrücken. Die Herausgeber, in dem Bestreben, das Blatt zu erhalten, stellten an Marx das Ansuchen, seine Opposition zu mäßigen, was dieser aber zurückwies und die Redaktion aufgab. Die „Rheinische Zeitung“ wurde aber später trotzdem verboten. Nach Aufgabe seiner Stellung an der „Rheinischen Zeitung“ begab sich Marx nach Paris, dem sozialistischen Refugia. Dort trieb er Studien über Geschichte und Ökonomie und beteiligte sich dabei auch praktisch an der Bewegung. Mit Auge zusammen gründete er die „Deutsch-französischen Jahrbücher“, von denen freilich nur ein Heft erschienen ist. Sodann arbeitete er mit anderen deutschen Emigranten am „Vorwärts“, einem vordem ganz unbedeutenden und unbeachteten Blatte. Bald wurde die deutsche Regierung auf das Blatt aufmerksam und erstrebte sogleich dessen Unterdrückung und die Ausweisung der Flüchtlinge. Anfanglich sträubte sich die französische Regierung, der deutschen Bitteldienste zu leisten, gab aber schließlich nach und wies Marx mit einer Anzahl Flüchtlingen aus.

In Paris wurde Marx auch mit Proudhon, Heine und Friedrich Engels zusammengeführt, von denen namentlich letzterer auf ihn einen nachhaltigen Einfluß ausübte. Engels hatte in England die Charlierbewegung und die dort schon fassolal entwickelte kapitalistische Produktionsweise aus eigener Anschauung kennen gelernt und machte nun Marx damit vertraut. Was das Bekanntwerden der beiden Männer miteinander für die internationale sozialistische Bewegung bedeutet, das ist in deren wissenschaftlichen Werken niedergelegt. Kautsky schilderte hierauf das Wirken der beiden Freunde in Brüssel, im dortigen Arbeiterverein, in der demokratischen Gesellschaft und in der Presse, besonders der „Brüsseler Zeitung“. Dort entstand auch das bedeutende Werk gegen Proudhon, das „Glaub der Philosophie“, worin Marx mit dem kleinbürgerlichen Sozialismus gründlich abrechnet. Ihre gemeinschaftliche materialistische Geschichtsauffassung legten Marx und Engels in der „Heiligen Familie“ und anderen umfangreichen Werken nieder, von denen jedoch nur das erste Werk erschienen ist. In dieser Zeit (1847) traten auch die im Vordem der Gerechten organisierten Kommunisten, die wesentlich blaugrüneren Ziele verfolgten, an Marx und Engels heran, um sie zum Beitritt in den Bund zu bewegen. Sie traten auch bei, nachdem der Bund eine andere theoretische Grundlage anzunehmen und aus einer geheimen Verschwörer-Gesellschaft in eine Propagandagesellschaft des Kommunismus umzugestalten sich erklärt hatte. Das Ergebnis dieser Arbeiten war die Geburtsurkunde des modernen wissenschaftlichen Sozialismus: das von Marx und Engels verfaßte „Kommunistische Manifest“.

Nach einer Darstellung der 48er Revolution und der Teilnahme von Marx und Engels daran, schilderte Kautsky Margens Londoner Exilzeit, seine publizistische Tätigkeit, seine Studien im Britischen Museum und seine wissenschaftlichen Arbeiten in der Zeit von 1850 bis zur Gründung der Internationale, dann die gewaltigen Arbeiten in der Internationale selbst, die notwendig waren, um der in ökonomischen und politischen Dingen unklaren Arbeiterschaft der verschiedenen Nationen das Verständnis der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse beizubringen. Dazu kam die Herausgabe des „Kapitals“, des Werkes, das in der Weltliteratur seinesgleichen nicht hat. Mögen auch in seinen historischen Werken einzelne Parteien verortet sein, beim „Kapital“ aber, trotzdem es vor nunmehr 40 Jahren geschrieben wurde, läßt sich das von Marx und Engels

In die Zeit der praktischen Arbeit für die Internationale fiel die Pariser Kommune, für die Marx als Historiker gegen die Schwächungen des Bürgerturns in die Schranken trat. Nachdem die Internationale ihre historische politische Aufgabe erfüllt, die einzelnen Länder sich ihren politischen Verhältnissen angepaßt, wurde sie aufgelöst. In ihre Stelle traten nun politische Organisationen auf nationaler Grundlage, aber mit den gleichen internationalen Zielen. Das Aufhören der Internationale brachte Marx indessen nicht die Ruhe zu ausschließlich wissenschaftlicher Tätigkeit, sondern vermehrte praktische Arbeit, da er der Berater der Arbeiterparlamente aller Länder wurde. Diese Aienarbeit hat denn auch die harte Körperkonstitution Margens untergraben, und als ihm im Jahre 1883 erst seine geliebte Frau, die ihm über 40 Jahre in

allen Schicksalslagen eine treue Gattin gewesen, dann bald darauf seine älteste Tochter Jenny starb, erlag er diesen harten Schlägen selbst. Am 14. März 1883 fand man ihn inmitten seiner Bücher sanft entschlafen, seiner Bücher, in denen er uns so viele und tiefe Gedanken niedergelegt hatte. Die Nachricht von seinem Tode erfüllte die Freunde mit Schmerz, die sozialistische Bewegung aller Länder aber mit tiefer Trauer und zugleich mit der Besorgnis, daß der gewaltige Bau, den er geschaffen, den Stämpfen der Zeit vielleicht nicht standhalten könnte. Man befürchtete innere Kämpfe, die das Werk der Befreiung der Menschheit aus den Fesseln der Lohnsklaverei, wenn auch nicht gefährden, so doch aufhalten könnten. Diese Besorgnisse waren unbegründet. Die Arbeiterbewegung ist seit Marx' Tode immer stärker und mächtiger geworden, weil sie auf dem Boden seiner Lehren weiter gekämpft. Immer scharfer und andauernder wird der Kampf, wenn wir seinem Banner folgen. Wirken und kämpfen wir in diesem Sinne weiter, dann scheitern wir zum Sieg und Triumph des internationalen Proletariats.

Die Revolution in Rußland.

Die Arbeit der zarischen Genter.

Petersburg, 18. März. (Bureau Laffan.) Die letzten Zeitungen veröffentlichten Artikel über die zurichtbaren Unterdrückungsmaßnahmen der russischen Regierung in den baltischen Provinzen zwischen dem 14. Dezember und dem 14. Februar. Sie bezeichnen diesen Zeitraum als die beiden roten Monate. Es wurden in dieser Zeit vom Militär 18 Personen gehängt, 621 erschossen, 320 bei bewaffneter Zusammenstöße getötet, 251, darunter zwei Frauen, gepeitscht, 97 Bauernhäuser, 2 Rathäuser, 4 Schulgebäude, 22 jüdische Häuser und 3 Klubhäuser niedergebrannt. Unter den Hingerichteten befanden sich 13 Schullehrer und 29 Bauerngutsbesitzer. Die Hinrichtungen während des Monats Januar im ganzen Reich werden auf 397 angegeben. Es wird gemeldet, der Zar habe den General Dinevitsch eine Audienz verweigert, weil es diesem nicht gelang, die Revolution zu unterdrücken.

Die Vorwahlen zur Duma.

Petersburg, 19. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Gestern haben in dem größten Teile von Rußland die Vorwahlen zur Reichsduma in größter Ruhe und Ordnung stattgefunden.

Petersburg, 19. März. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Die vier Vororte von Petersburg, wo gestern in 99 Fabriken von den Urwählern 57 Wahlmänner zu wählen waren, die ihrerseits wieder die Wahlmänner für die im April stattfindenden Reichsdumawahlen zu wählen haben, waren militärisch stark bewacht. Die Ruhe wurde auch nicht gestört, doch verliefen die Wahlen so gut wie resultatlos. Entweder erschienen die Arbeiter nicht und erklärten, von der Duma nichts wissen zu wollen, oder, wo die Wahl mit Mühe und Not zu stande kam, weigerten sie sich, das Wahlprotokoll zu unterzeichnen.

„Alles ruhig“.

Warschau, 19. März. (B. L. B.) Gestern tobten hier bewaffnete Leute zwei Gefängniswärter und entführten einen politischen Gefangenen. In Lodz versuchten gestern Sozialisten eine Wahlversammlung zu sprengen. Militär mischte sich ein und gab auf die Aufreißer eine Salve ab. Diese erwiderten das Schießen. Zwei Soldaten und zwei Zivilpersonen wurden getötet, 10 Personen verletzt.

In der vergangenen Nacht ist bei Starzyslo, auf einer Linie der Weichselbahnen, ein Personenzug entgleist. Mehrere Personen sind umgekommen. Die Entgleisung wird auf einen Anschlag zurückgeführt.

Kosjow (Don), 18. März. (B. L. B.) In einem benachbarten Flecken wurde in der vergangenen Nacht eine Versammlung von Revolutionären von Kosaken und Polizeimännern aufgehoben, wobei es zu einem Kampfe kam. Von den Revolutionären wurden dabei zwei getötet und acht verwundet.

Kathrinopol, 18. März. (B. L. B.) Eine Bande von Räubern und Wörtern, die als Beamte und Polizisten verkleidet, Hausdurchsuchungen veranstaltet und die Bevölkerung in Schrecken versetzt hatten, ist heute verhaftet worden.

Leutnant Schmidt zum Tod durch Erschießen „begnadigt“.

Sevastopol, 18. März. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Admiral Tschukin hat dem Kassationsgesuch des Leutnants Schmidt keine Folge gegeben. Das auf Tod durch den Strang lautende Urteil ist aber in Tod durch Erschießen umgewandelt worden. Dem Kommandanten des Bruth, an dessen Vord sich Schmidt und andere Verurteilte befinden, ist entsprechende Weisung zugegangen.

Das Verbrechen von Courrières.

Auf der Kalkagebank.

Die Wucht der Tatsachen, welche jedem weiteren Verfahe, strafliches Verschulden an der grauenhaften Katastrophe in Courrières abzuleugnen, den Boden entziehen, haben auch diejenigen, welche durch Flucht ins fatalistische das System glauben retten zu können, zu Anklagen gezwungen. Der alte Volksbrauch, die Schuld für die Folgen dreifacher Leichtigkeit auf den „Himmel“ abzuwälzen, läßt sich der unerbittlichen Kritik der sozialistischen Presse gegenüber doch nicht mehr nach Wunsch und Laune betreiben. Daß ohne bewußtlose Nachlässigkeit seitens der Verwaltung das Unglück nicht geschehen konnte, darüber herrscht kaum noch Zweifel, selbst dort nicht, wo man aus wohlverstandenen Interesse mit der Kritik zurückhält, sich in der Hauptsache darauf beschränkt, durch Herausstreichlung der angeblich besseren Verhältnisse in Deutschland, nach dieser Richtung die Deffektivität zu läuschen. Aber nicht die Verwaltung von Courrières allein ist schuldig, für die direkten Unfallsachen trägt die Regierung einen erheblichen Teil der Schuld. Sie hat nicht eingegriffen, obwohl der Arbeiterkontrollleur Simon schon im November v. J. in seinen Berichten auf die skandalösen Verhältnisse hingewiesen hat. Besonders auf die mangelhafte Lüftung in der Grube, auf die Explosionsgefahr machte er aufmerksam. Die Verwaltung achtete nicht darauf und die Regierung inhihierte nicht das freventliche Spiel mit dem Leben von 2000 Bergarbeitern. Ebenso hat schon vor Monaten der Abg. Wash auf die Schäden und Mängel der Unglücksgrube aufmerksam gemacht und dringend Abhilfe verlangt. Vergeblich! Hat die Regierung vielleicht gar keine Kenntnis genommen von den Berichten? Desto schlimmer! Das steht fest, mit dem bisherigen System muß gebrochen werden. Arbeiterkontrollleure, die der Disziplinargewalt der Verwaltungen gänzlich entzogen sind, die lediglich der Regierung resp. der staatlichen Bergbaubehörde als Vertrauensmänner der Arbeiter verantwortlich sind, müssen angefleht werden und die Regierung trägt die volle Verantwortung, wenn Klagen und Nachweisungen von Mängeln unberücksichtigt bleiben.

Und was sich für Frankreich als unabwendbar erwiesen hat, davor darf man sich in Deutschland nicht länger drücken. Für die Zukunft wird man für Katastrophen wie auf Jassy „Vorussia“ mindestens ebenso sehr die Regierung wie die resp. Verwaltungen verantwortlich zu machen haben.

Mit großem Eifer, aber anscheinend ohne großen Erfolg, werden die

Bergungsarbeiten

fortgesetzt. Ein Teil der deutschen Mannschaften wie auch die Pariser Feuerwehr ist fortgesetzt bei den Arbeiten tätig. Ueber den Stand der Arbeiten wird berichtet:

Leus, 19. März. Die Abdämmungsarbeiten zur Bekämpfung der Feuersbrunst, die das Vorgehen gegen Schacht III unterbricht, werden in planmäßiger Weise fortgesetzt. Die heute morgen vorgenommenen Luftanalysen lächeln den Nachweis dafür zu liefern, daß der Brandherd durch die Abdämmungen eingeschlossen und daß Feuer teilweise erlosch ist, die Ingenieure befürchten aber, daß es wieder heftig aufflammen wird, sobald die Abdämmungen durchbrochen werden. Die Wetterführung muß vervollständigt werden, um die Sicherheit der Feuerwehrlente und Bergungsmannschaften zu gewährleisten, man geht daher jetzt daran, am Schacht III Hilfsventilatoren aufzustellen. Ein solcher befindet sich bereits jetzt an Schacht IV, doch befindet sich dieser in schlechtem Zustande und es liegt die Gefahr vor, daß er durch sein Versagen den Fortgang der Arbeiten in Frage stellen könnte. Die Ingenieurkommission hat heute morgen folgende Mitteilung bekannt gegeben: In die Abdämmungen der ersten und zweiten Linie sind Ären eingeschritten worden, so daß man bis zur dritten Abdämmung gelangen kann. Die Aufstellung eines Hilfsventilators an Schacht III wird fortgesetzt. Einige Arbeiter, die diese Aufstellung vornehmen sollten, sind anscheinend durch Ausfällige festgehalten worden. Man rechnet darauf, heute abend die Abdämmungen an Schacht II wieder öffnen und gegen den Brandherd vorgehen zu können.

Wie viele Anappen bei der Katastrophe ihr Leben einbüßten.

Ist noch immer nicht festgestellt. Eine Nachricht aus Leus vom 19. März besagt, daß die Bergarbeiter verlangen, die Bürgermeister der beteiligten Orte sollen in den Arbeiterbüros eine Zählung der Einwohner veranstalten, damit die genaue Zahl der Opfer der Katastrophe von Courrières festgestellt werden kann. Die Gesellschaft hat die Ziffer der Verunglückten auf 1085 angegeben. Nach einer von Bertester des „Journal“ veröffentlichten Nachricht sollen circa 1500 Bergleute zugrunde gegangen sein. Daß die Verwaltung die Zahl der Opfer zu gering angibt, ist sehr wahrscheinlich, sie hat ein Interesse daran, die ganze Größe der Menschenvernichtung möglichst lange zu verschleiern.

Der Streit der Bergarbeiter.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die Bergarbeiter Nordfrankreichs haben zwei Organisationen, die sozialistische Grundsätze vertreten. Die eine, weitans zahlreichere, stellt sich in den verbundenen Föderationen der Beiden Pas-de-Calais, Nord und Angin dar und hat die sozialistischen Deputierten Wash, Lamendin und Sella an ihrer Spitze; die andere, die sich „Fédération syndicale“ nennt und gewöhnlich nach ihrem Führer als das „Syndikat Trounchour“ bezeichnet wird, ist mit der Pariser Arbeiterkonföderation in Verbindung und lehnt die Intervention des Parlaments und der Parlamentarier ab. Die Arbeiterkonföderation hat neuerdings drei Delegierte in das Streikgebiet entsendet. Diese syndikalistische Fraktion hat eine selbstständige Liste von Forderungen aufgestellt, die über das vom gestrigen Kongreß der drei Föderationen angenommene Programm hinausgeht. Uebrigens hat sie Wash eine Kooperation mit den Föderationen angeboten, jedoch keine Antwort erhalten. Es wäre sicherlich für die Sache der Arbeiter von Vorteil, wenn eine Einigung zustande käme. Clemenceau hat seine Rede in einer Versammlung gehalten, die von der Trounchourigen Gewerkschaft einberufen und von 1200 Bergleuten besucht war. Vorher hatte er Wash ausgesucht und mit ihm konferiert.

Ueber den Umfang und den Stand der Streikbewegung unterrichten folgende Nachrichten:

Die Vertreter der Arbeiter haben die Lohnforderung dahin modifiziert, daß der Minimallohn von 6,25 Fr. um 15 Prozent auf 7,18 Fr. erhöht werden soll; die Arbeitszeit soll beginnen um 6 Uhr, um 2 Uhr nachmittags beenden sein.

Die Unternehmer lehnen jedoch die Forderungen ab, sie wollen nur eine Lohnerhöhung von 10 Proz. für Arbeiter unter Tage und 5 Proz. für Arbeiter über Tage bewilligen. Das hat die Erregung gesteigert. Es wird berichtet:

St. Etienne, 19. März. Ueber die Konferenz der Grubenarbeiter wird noch gemeldet, daß eine Resolution angenommen wurde, worin erklärt wird, daß nach Prüfung der Arbeitsbedingungen in den Gruben und angesichts des großen Unterschiedes zwischen den Gefahren der Bergarbeiter und den hohen Dividenden der Unternehmer in eine energische Agitation zur Erhöhung der Löhne eingetreten werden müsse. An den zu diesem Zwecke in ganz Frankreich abzuhaltenden Versammlungen soll je ein Delegierter der Bergleute des Departements Pas-de-Calais teilnehmen.

Leus, 19. März. In Doures, Ostcourt und Corbin ist der Betrieb völlig eingestellt. Die Zahl der Ausständigen beträgt zur Zeit 46 000, die der Arbeitenden 7000.

Versammlungen.

Die außerordentliche Generalversammlung der Arbeiter-Genossenschaft „Paradies“, welche am Sonntag bei Suggenbagen stattfand, nahm Vorstandswahl vor. Es wurden gewählt die Genossen Oppenborn und Grohkopf. Die dann folgende Beratung der Statutenänderungen ergab die einstimmige Annahme der von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen. Um für die erbaute und noch zu erbauenden Häuser in jeder Beziehung hygienisch einwandfreie Zustände zu schaffen, schlug die Verwaltung vor, neben der bereits angelegten eigenen Wasserleitung auch für die Befestigung der Abwässer Sorge zu tragen, und zwar durch Erbauung einer biologischen Kläranlage. Nach kurzer Diskussion stimmte die Versammlung dem Projekt zu und beschloß, zur Aufbringung der vorläufig nötigen Mittel Darlehnsdarlehen im Betrage von 60 000 M. mit einer vierprozentigen Verzinsung auszugeben, und zwar in Raten von 10 bis 100 M. um jedem Gelegenheit zu geben, nach seinen Kräften zum Vollbringen dieses Werkes beizutragen. Die Verwaltung teilt noch mit, daß die Druckpresse für die Wasserleitung in der neu anzulegenden ersten Straße verlegt sind und die Pflasterung der Straße in etwa vier Wochen beendet sein wird. An dieser Straße sollen dann neun Doppelhäuser errichtet werden, so daß am 1. April 1907 voraussichtlich 108 neue Wohnungen bezogen werden können. Die Kosten der Anlegung der Straße werden aus den eigenen Mitteln der Genossenschaft gedeckt.

Deutscher Arbeiter-Abkntenten-Bund. Crisigruppe Berlin. 1. Bezahl. Mittwoch 8 Uhr, Frankfurter Allee 64. v. 1. Diskussion über: „Kautskys Stellung zur Kalkagefrage“. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

H. Damasko, Jahrbuch der Bodenerform. Vierteljahrsheft. Preis jährlich 5 M. - Einzelh. 2 M. Verlag: G. Fischer, Jena.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

H. S. 50. 1. Rein. 2. Bezirk Potsdam. - H. S. 27. Die juristische Ehechande steht jedem Abonnement offen. Nur Abnahme der Hefte sind Sie nicht verbunden, wenn Sie minderjährig sind oder wenn aus dem Vertrage hervorgeht, daß das Abonnement nur bis zum Schluß vorigen Jahres gegangen ist. - H. S. 45. Was vom Einkommen bei der Steuererhebung abzugänglich ist, ist im lokalen Teil dargelegt. - H. S. 138. Ja. - H. S. Schönhauser Vorstadt. Eine Klage auf Entfernung derartiger Marken könnte in Abhängigkeit von dem Bereich gewonnen werden. - H. S. 100. 1. Bedinglich die Ehe, daß innerhalb der kritischen Zeit auch ein anderer beigewohnt hat. Beseitigt von der Zahlungspflicht. 2. Einnahme monatlich 3. Ja. - H. S. 200. Was Ihnen mitgeteilt ist falsch. - H. 4. Zum Widerspruch gegen einen Zahlungsbefehl genügt ein unterzeichnetes Schreiben, das innerhalb einer Woche bei dem Gericht eingehen muß, etwa folgenden Inhalts: Gegen den Zahlungsbefehl usw. erhebe ich Widerspruch. - H. S. 100. Sie können heiraten, müssen aber Ihre Mutter unterrichten. - H. S. 999. 1. Rein. 2. Für den Fall des Rücktritts ist Schadenersatz zu leisten. Derjenige heiratet, der unterzeichnet hat, sowie die ihn dazu beauftragt haben. Ein Rücktrittsbefehl innerhalb 6 Wochen besteht keineswegs. Berlin. Eine schriftliche Genehmigung ist zweckmäßig, aber nicht notwendig. - H. S. 131. Das Pflichtteil beträgt die Hälfte der gesetzlichen Portion. Beträgt das Erbe 4000 M. und erben nur sechs Kinder, so beträgt das gesetzliche Erbteil 666 2/3, das Pflichtteil also 333 1/3 M.

Verliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63-66 pr. 100 Pfund, IIa 54-62, IIIa 49-53, IVa 39-47. Kalbfleisch Ia 80-88, IIa 65-78, IIIa 52-62. Hammelfleisch Ia 60-71, IIa 54-60. Schweinefleisch 73-77. Rotmilch 0,00 bis 0,00, Dammilch --. Kaninchen Stück 0,80-1,00. Ferkel, alte, Stück 1,70-3,00, junge 0,60, bis IIa 0,00-0,00. Lenden, junge 0,50-0,65, alte 0,40. Enten, Stück 2,50-3,50. Gänse, junge, Stück 0,50-0,00, russische 0,30-0,55 M. pr. Pfd. Schellfische 0,00 M. Hummer 11-18 M., pro 100 Pfd. Neigte 75,00. Schleie 00,00; Kote, groß 00-00, mittel 00-00; Röhren 00-00, Plöhen in Eis, große 25,00, kleine 17-19, Kackeln 00-00, Rheinlachs 500, Seezachs 18-20 M. pr. 100 Pfd. Schottische Soltheringe (gelogen) 40-44 M. Eier, Schaf 3,30-3,50. Butter pro 100 Pfund Ia 122-123, IIa 118-121, IIIa 116-118, abfallende 110-115. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote Daberfische 2,00-2,20, magdon. 2,10-2,35, runde weiße 1,80-2,00. Birngelbst pr. Schof 0,00-0,00, Weizgelbst pr. 100 Pfd. 3,75-4,00. Roggen pr. Schof 00-00, Weiz 12-24 M. Saure Gurken, Schof 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

Witterungsübersicht vom 19. März 1906, morgens 8 Uhr. Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d.

Nur den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 20. März. Anfang 7 1/2 Uhr: Cherkasow. Uda. Schauspielhaus. König Richard der Dritte. Deutsches. Delpus und die Sphinx. Neues. Boubouroche. Die Neuvermählten. Berliner. Ein Volksfeind. Welken. Schützenfest. Veffing. Rosmerholm.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Vogel im Käfig. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.) Ueber unsere Kraft. (II. Teil.) Metropol. Auf ins Metropol. Zentral. Der Mikado. Walhalla. Heinrich Heine. Die Ballhaus-Anna. Komische Oper. Don Pasquale. Kleines. Kinder der Sonne. Residenz. Der Prinzgemahl. Trianon. London. Carl Weiss. Die lebende Bräute auf Kuba. Lustspielhaus. Die von Hochsattel. Walfisch. Das fröhliche Hünchen. Vulkan. Pension Schöller. Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich. Kasino. Die Herren Söhne. Apollo. Das bummelnde Berlin. Spezialitäten. Herrfeld. Familientag im Hause Prellstein. Volles Caprice. Der Schmock. Dalles u. Co. Wintergarten. Sahara: Die Kaiserin der Sahara. Spezialitäten. Belle-Alliance. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sängerkonzert. Passage. Spezialitäten. Urania. Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Im Hörnsaal 8 Uhr: Dr. v. Urania: Duedsilber - Kupfer - Silber. Sternwarte. Invalidentstr. 57/62.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Dienstag, abends 8 Uhr: Der Vogel im Käfig. Schausp. in 5 Akten v. St. Groghmann. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Macht der Finsternis. Donnerstag, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft. (2. Teil.)

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-St.) Dienstag, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft. (2. Teil.) Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Macht der Finsternis. Mittwoch, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft. (2. Teil.)

Stukkateure. Sonnabend, den 24. März, in den Gesamträumen der „Neuen Welt“, Hasenheide No. 108/114: Hofball bei Lebaudy dem Wüsten-Kaiser der Sahara. Ein Kostümfest, wo auf allerhöchsten Wunsch Sr. Wüsten-Majestät die wertigen Festteilnehmer aller Nationen dem heißen Klima entsprechend in hierzu geeigneten Kostümen erscheinen mögen. Großer Festzug des Kaisers, bei dem als Schlusseffekt sein Lieblingspferd (lebend) u. a. zur Verlosung gelangt. Billett 50 Pf. :: Festzeitung 10 Pf. :: Garderobe 20 Pf. :: Anfang 8 1/2 Uhr. Kollegen und Freunde gesunden Humors ladet mit Angehörigen hierzu ergebenst ein Das Festkomitee.

65 Abessinier in Castans Panoptikum. Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

Zirkus Albert Schumann. Heute abend prächtige 7 1/2 Uhr: Extra-Gala-Vorstellung. Ganz besonders gewähltes Sport-Programm. U. a.: Die neuesten Original-Schau-Freizeitskuren des Direktors Albert Schumann. Höchst originelle Revue: Ein Souper bei Maxim. Alle Louise Mary mit ihren wunderbar dressierten Eibären. Der singende Bär usw. Zum Schluß zum 93. Male: Die Werke aller Vantomimen! Voll Witz und Humor! Femina das neue Frauenreich.

XI. Berliner Saison. Zirkus Busch. Um 8 1/2 Uhr! Neu! Dressierte 70 Eibären 70 unter persönlicher Vorführung des Herrn Hagenbeck. Zum Schluß (um 9 1/2 Uhr): Zum 120. Male: Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins: Indien. Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch. Besonders hervorzuheben: Eine Tigerjagd.

Carl Weiß-Theater. Or. Frankfurterstr. 132. Täglich abends 8 Uhr: Vorletzte Woche. Die lebende Bräute auf Kuba. Sonntag nachm. 4 Uhr Kinder-Vorstellung, H. Pr.: Schneewittchen. W. Noacks Theater. Direktor: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Von Stufe zu Stufe. Lebensbild m. Ges. in 5 Bild. v. Müller. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Mittwoch: Der Hirt von Goldau.

Urania Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Hörnsaal 8 Uhr: Dr. v. Urania: Quocksilber - Kupfer - Silber. Sternwarte Invalidentstr. 57/62.

Passage-Theater. Anfang 8 Uhr. Das neue März-Programm. Antoinette Sohns Koloratur-Sängerin. Geschwister Flokati, Gesang und Tanz-Duo. Fritz Schönbauer mit seinen lustigen Geschichten. 14 originale Spezialitäten.

Trianon-Theater. Anfang Loulou. 8 Uhr. Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Kasino-Theater. Lotzringstr. 37. Täglich 8 Uhr. Die Herren Söhne. Volkstück in drei Akten von Walter u. Stein. Vorher das neue bunte Märzprogramm. Sonntag 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.

Fröhels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Heute Dienstag, den 20. März et.: Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters. Kommaß oder: Die beiden Garfenmädchen. Original-Charaktergemälde m. Gesang in 4 Akten von Galkert. Anfang 8 Uhr. Kaffeeöffnung 7 Uhr.

Sanssouci Kottbuser Str. 42a. Dir. Wilhelm Reimer. Heute Dienstag: Krieg im Frieden. Lustspiel in 5 Akten. Mittwoch: Grethend Volterabend. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sängerkommission.

Bäckerei-Genossenschaft „Produktion“ Charlottenburg. Mit dem heutigen Tage eröffnen wir obige Genossenschaft. Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist Herstellung guter und reicher Backware. Brot usw. unter Beachtung peinlicher Sauberkeit. Arbeiter und Arbeiterinnen! In Eurem eigenen Interesse liegt es, dies zu beachten und das Unternehmen zu unterstützen. Zwecks Einteilung der Frühstücksbestellung wollen man sich in die in der Verkaufsstelle der Bäcker, Christen, 18, sowie in den Verkaufsstellen des Konsumvereins, Wilmersdorferstr. 27, Tauroggenstr. 10, und Borsdamerstr. 12, und in der Geschäftsstelle, Wilmersdorferstr. 27, ausliegenden Listen einschreiben. Bäckerei-Genossenschaft „Produktion“. Die Verwaltung.

Moerner's Blumengarten Ober-Schönevide Dampferstation Stern empfiehlt sich zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten jeglicher Art.

Fröhels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Mittwoch: Konzert Theater, Spezialitäten, Tanz. Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr. Sonnabende für Sommerfeste sind noch frei.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2. Min. v. Bb. Bövic. Heute 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Neu! Johnke Compagnie Neu! Red. Pantomime. Elsa & Magda Evolution auf Doppel-Draht. Montanis Hunde und Katzen. Margarit und Dettmar Tanz-Duo. 'ne feine Nummer! Burleske von Max Koch.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater Frankfurter Allee 85. Das sensationelle, vollständig neue März-Programm. Nur Schlager.

Germania-Säle. Charlottenburg. Spreestr. 13. Anhaber: C. Woderich. Jeden Dienstag: Original-Hamburger Sängerkommission. Dir.: Carl Friok und F. Kascho-Krauss. Anf. 8 Uhr. Entr. 30 u. 50 Pf. Vorzugskarten gelten.

Reichshallen. Stettiner Sängerkonzert! Einquartierung. Anf. Sonntags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Otto Pritzkwos Berliner Abnormitäten- und Biograph-Theater Münzstr. 16. Münzstr. 16. Welt-Biograph System 1906. Sy Sy ??? Die Wunder-Siliputauer! Die Fußkünstlerin!

Etablissement Bugenhagen Moritzplatz. Täglich in den unieren Sälen Gottschalk-Konzert.

Inventur-Extrapreis! Eine große Diwandecken auf beiden Seiten benutzbar Mk. 4,85 (6,75) Buntpersische doppelseitige Diwandecken Mk. 7,50-8,75 (12-15 M.) Bunte Moquett-Plüsch-Diwandecken Größe 150/300 cm 28,50 (33 M.) Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre Berlin Oranienstr. 158. Nach auswärts per Nachnahme. Inventur-Extralist mit ca. 600 Illustrat. gratis und franko.

Berliner Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters. Zum erstenmal: Ein Volksfeind. Mittwoch: Zar Feodor Joannowitsch.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Boubouroche. Vorher: Die Neuvermählten. Mittwoch: Ein Sommernachtsraum. Donnerstag: Boubouroche. Vorher: Die Neuvermählten.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Kinder der Sonne. Mittwoch nachm. 3 Uhr: Antigone. Schüler-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen. Abends 8 Uhr: Kinder der Sonne.

Zentral-Theater. (Operette.) 8 Uhr: Mikado. Operette in zwei Akten. Komische Oper. Abends 8 Uhr: Don Pasquale. Mittwoch: Hoffmanns Erzählungen. Donnerstag: Don Pasquale. Freitag: Hoffmanns Erzählungen.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Pension Schöller. Mittwoch: Der Verschwenker. Donnerstag: Die Handwerker. Freitag: Versteig für Ullig: Auf eigenen Füßen. Sonnabend: Der Störenfried. Die Dienstboten. Sonntag nachm.: Wilhelm Tell. Abends: Auf eigenen Füßen. Montag: Auf eigenen Füßen.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Die von Hochsattel.

Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr. Auf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

Walhalla-Theater. Heinrich Heine. Lustspiel in 3 Akten von H. Heine. Hierauf: Die Ballhaus-Anna. Voffe m. Ges. i. 2 Akte v. Damm u. Kappel. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Heute zum 142. Male, morgen und folgende Tage 8 Uhr: Der Prinzgemahl. Satirischer Schwank in 3 Akten von E. Jancoj und J. Chancel. Sonntag nachmittags 8 Uhr: Seine Kammerzofo.

Folies Caprice Budapest Posen-Theater 132 Linienstr. 132. Ecke Friedrichstraße. Zum 4. Male: Der Schmock und Dalles & Co. Anfang 8 Uhr. Kasse den ganzen Tag geöffnet. Vorkauf bei Weidemann.

WINTERGARTEN Letzte Vorstellungen der australischen Tänzerin Saharet als Kaiserin der Sahara. Außerdem das glänzende März-Programm.

Gebrüder Herrfeld-Theater. Zum 135. Male: Familientag im Hause Prellstein. Komödie in drei Akten mit den Autoren H. u. D. Herrfeld in den Hauptrollen. Anf. 8 Uhr. Vorher 11-2 Uhr. Sonntag, den 1. April: Schlus diesjähriger Spielsaison! Abschieds-Vorstellung im alten Hause!! Dresdenerstr. 97

Colosseum Spezialitäten Otto Steidels Hamburger Sängerkommission. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Eintritt 30 u. 50 Pf.

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.
Bereits-Strasse, Palmen- u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Girlanden
u. w. werden fein u. preiswert geliefert

Auf dem Wege
in Banko, Florastrasse nach
Kaiser Friedrichstrasse, ist ein Saal
mit Dachdeck-Handwerkzeug ver-
loren gegangen. Der ehrliche Finder
wird gebeten, denselben an H. Rank,
Hamerstr. 26, vorn IV, abzugeben.

Patent-Bureau
Anmeldung v. Patenten
in u. Ausland, Verwar-
tung, Finanzierung,
in Referenzen
Cavaliers-Bedingungen
Wolters & Co. Berlin
Wilhelmstr. 119/120.
10-11-4-8 2000000 11-4

Hygienische
Bedarfsartikel, Neuest. Katalog
u. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. r.
H. Vager, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichsstrasse 71/72

Raucht
Spree-Blume-
Zigaretten.

Sozialdemokrat. Wahlverein Bezirk Lichtenberg.

Dienstag, 20. März, pünktl. abends 8 1/2 Uhr, in Gebr. Arnholds „Schwarzer Adler“,
Frankfurter Chaussee 5: 147/3

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: Der politische Massenstreik.
Referent: Redakteur Genosse Wilh. Düwell.
2. Verschiedenes. — Gäste willkommen. Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Ortsverein Berlin.
Bureau C. 25. Hirtenstr. 20. Telefon Amt 7, 4099.

Mittwoch, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum 1. Mai. 2. Der siebente Kongress der Freien Vereinigung
deutscher Gewerkschaften, die fünfzehnte Konferenz der Maurer Deutschlands und unsere
Stellung dazu. 3. Wahl der Delegierten zum Kongress und zur Konferenz. 4. Anträge des
Ausschusses. 5. Abrechnung vom Kasernenball. 6. Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.
NB. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünkt-
lich zu erscheinen. 129/12 D. D.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Böhmischen
Brauhaus, Landsberger Allee 11/13:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: 1. Anträge, die Gehälter der Angestellten
betreffend. 2. Die Forderungen der Stenografen. 3. Berufsstreik und
Differenzen.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert.
82/10 Die Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Luxusmöbel-Branche.

Donnerstag, den 22. März, abends 6 Uhr:

Versammlung

aller in Luxusmöbel-Werkstätten beschäftigten Tischler, Drechsler,
Maschinenarbeiter, Bildhauer, Polierer usw.
für die Bezirke Südosten, Süden und Südwesten
bei Glesing, Wassertorstraße 68.

Tages-Ordnung:
1. Wie führen wir bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbei?
Referent: Kollege Dahlke. 2. Die geplante Konferenz der Luxusmöbel-
Branche für den IV. Gau (Berlin).
Die Kommission.

Die Kommission.

Kleber!

Donnerstag, den 22. März, abends 8 Uhr bei Wendt, Douthstr. 21

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Pünke über: „Soziales Elend“. 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes. 177/15
Pflicht eines jeden Klebers ist es zu erscheinen.
Die Verbandsleitung.

Achtung! Achtung!

Oeffentliche Versammlung

der in Berlin arbeitenden Genossen des Ruppiner-Templiner Kreises
im Lokale des Herrn Wille, Braunnstraße 188.

Tages-Ordnung: 290/3
1. Vortrag der Genossin Frau Kiesel:
„Die bürgerliche Revolution der Jahre 1848 und 49
und das preussische Dreiklassenwahlrecht.“
2. Diskussion.
Das Erscheinen aller in Berlin arbeitenden Genossen des Kreises ist
notwendig.
3. U. : Ludwig Krawemann, Zentralvorsitzender,
W. Dobrosław, Agitationskommission.

Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Filiale Berlin.

Bureau Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Telefon Amt IV, 9720.

Mittwoch, den 21. März, abends 8 Uhr, im Englischen Garten,
Alexandersstraße 27 c:

Branchen-Versammlung

aller in den
Küchenmöbelfabriken beschäftigten Maler u. Anstreicher.
124/12 Die Ortsverwaltung.

„Kaiserscher Männerchor“ 1883.

Dr. v. N. S. 2. B. 6006
ingt jeden Freitag von 9-11 Uhr Schwedterstr. 23/24 bei Wernau.
Eltanbegabte Herren, besonders zweite Tenöre, herzlich willkommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

Mittwoch, den 21. März 1906, abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

aller der in Eisengießereien Berlins u. Vororte
beschäftigten Former und Berufsgenossen

im „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten E. Grenz. 2. Wahl eines
Branchenvertreter und Mitgliedes der Agitationskommission. 3. Verbands-
angelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet. 114/12

Mittwoch, den 21. März 1906, abends 8 1/2 Uhr

Bezirks-Versammlung für Moabit

in der „Kronen-Brauerei“, Alt-Moabit 47-49.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Redakteurs Genossen Düwell: „Wer sitzt an der
gefüllten Kompottschüssel?“ 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht des sehr lehrreichen, zeitgemäßen Vortrages erwartet
zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kolleginnen und der Kollegen
mit ihren Frauen.
Die Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Wagen-Sattler!

Dienstag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr
in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20:

Außerordentliche Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung darf kein Wagen-
Sattler fehlen. 156/11 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Herren-Maßschneider!

Mittwoch, 21. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Johannis-Sälen“,
Johannisstraße 20.

Mittwoch, 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15:

Öffentliche Maßschneider-Versammlungen

Tages-Ordnung:
1. Die Situation in der Herrenmaßbranche. Referenten: Kollegen
Ritter und Kunze. 2. Diskussion.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Einberufer.
NB. Die Kollegen der Firmen L. Zier, Schulmeister, Lindendamm,
Baer Sohn, Jodel und Bricker werden ersucht, sich um 8 Uhr zu einer
Vorbereitung im Gewerkschaftshaus einzufinden.

Marmorarbeiter.

Mittwoch abend 8 Uhr im Englischen Garten, Alexandersstraße 27 c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Beratung der zum Verbandstag gestellten Anträge.
2. Verschiedenes.
Um pünktliches und vollständiges Erscheinen ersucht
Der Vorstand. 172/9

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.
Donnerstag, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl des Delegierten zum Verbandstag. 2. Bericht vom Gantag.
3. Verbandsangelegenheiten. 82/11
Alle Kollegen müssen antwefend sein. Die Ortsverwaltung.

Nach kurzen schweren Leiden verschied am 18. März unser Ehe-
Pianino-Fabrikant C. Otto.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 21. März nachmittags 3 Uhr vom
Trauerhause Grünau, Rixdorsstr. 6, aus statt.
5332 Die Arbeiter der Firma Otto.

Bekanntmachung.

Zu Sachen
der Aufhebung einer Bestimmung
aus § 4 Absatz 3 des für das Maurer-
und Zimmerergewerbe gültigen Tarif-
vertrages hat das Einigungsamt nach
zuvor erfolgter Ausrufung durch beide
Teile in der Sitzung vom 31. Januar
1906 nachstehendes
Schiedspruch
gefaßt:
Der § 4 Absatz 3 des Tarif-
vertrages lautet: „In den
Tagen vor den hohen Festen wird
eine Stunde früher als an jedem
anderen Sonntage Feiertag ge-
macht.“
Der Wortlaut dieser Bestimmung
ist nicht klar.
Dies hat zur Folge gehabt, daß
die Vertragsparteien mit Bezug auf
die Tage vor den hohen Festen nicht
einig wurden. Die verschiedenen Auffassungen
wurden entschieden worden sein, wenn der
fragliche Satz gelautet hätte — je
nach der Auffassung der Parteien —
entweder: „an den letzten
Arbeits-tagen vor den hohen Festen“
oder: „an dem Festtag vor den
hohen Festen, wenn er auf einen
Sonntag fällt“. Im übrigen ist
bei der Schlichtung des Tarifvertrages
übersehen worden, daß der Festtag
vor den hohen Festen nicht nur an
Sonntagen, sondern auch an
anderen Tagen sein kann, so z. B.
im vorliegenden Falle am Sonntag.
Die Unterstellung erhebt aus den
letzten Worten des § 4 Absatz 3 des
Tarifvertrages, „als an jedem anderen
Sonntage Feiertag gemacht.“
Man scheint hier von der ursprüng-
lichen Voraussetzung ausgegangen zu
sein, daß alle Festtage auf einen
Sonntag fallen.
Aus dieser Fassung der Bestimmung
konnten die Arbeiter für sich das ver-
meintliche Recht herleiten, die Ver-
gütung für einen Feiertag vor dem
Sonntag in Anspruch zu nehmen, da
nach seiner Annahme die Vergütung
unmittelbar vor den hohen Festen
zu geschähen und der entsprechende
Lohn zu zahlen war.
In dem Streitfall handelt es sich
aber um einen Sonntag.
Bei der Sachlage hält es das
Einigungsamt für notwendig festzu-
stellen, daß beide Parteien sich darin
einig sind, daß die Vergütung für
Feiertage am Sonntag in Anspruch
nehmen zu dürfen. Das Einigungs-
amt vermochte sich dem nicht anzu-
schließen, da nach seiner Annahme die
Vergütung nur für die Arbeit-
tage unmittelbar vor den hohen Festen
zu geschähen und der entsprechende
Lohn zu zahlen war.
Bei der Sachlage handelt es sich
aber um einen Sonntag.
Bei der Sachlage hält es das
Einigungsamt für notwendig festzu-
stellen, daß beide Parteien sich darin
einig sind, daß die Vergütung für
Feiertage am Sonntag in Anspruch
nehmen zu dürfen. Das Einigungs-
amt vermochte sich dem nicht anzu-
schließen, da nach seiner Annahme die
Vergütung nur für die Arbeit-
tage unmittelbar vor den hohen Festen
zu geschähen und der entsprechende
Lohn zu zahlen war.

Ortscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher

Paul Andreas

verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher

Hermann Otto

verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
114/13 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maschinisten und Heizer

sowie Berufsgenossen Deutschl.
Verwaltungsstelle Berlin
und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am 17. März cr. verstarb das
Mitglied

Karl Bergens.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. d. M., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Frank-
furter „Am Leben“ nach dem
Heilig Kreuz-Kirchhof in Marien-
dorf, Feldstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Tischler

Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler

Albert Zimpel

am Friedrichshagen plötzlich ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet daselbst
am Dienstag, den 20. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle aus statt.
186/4 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Ortsverein Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Kenntnis,
daß unser Mitglied

Karl Schilke

(Rahlstele Norden II)
am 18. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 21. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofs der Frei-
willigen Gemeinde, Rappell-
allee, aus statt. 155/1
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kohlegeger

Joseph Fingas

gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. März, ver-
mittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Michaels-Kirchhofes in
Mariendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kohlegeger

Joseph Fingas

gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. März, ver-
mittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Michaels-Kirchhofes in
Mariendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kohlegeger

Joseph Fingas

gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. März, ver-
mittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Michaels-Kirchhofes in
Mariendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kohlegeger

Joseph Fingas

gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. März, ver-
mittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Michaels-Kirchhofes in
Mariendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kohlegeger

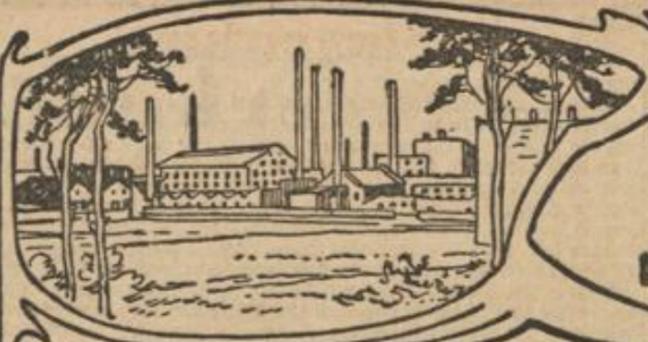
Joseph Fingas

gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. März, ver-
mittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Michaels-Kirchhofes in
Mariendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

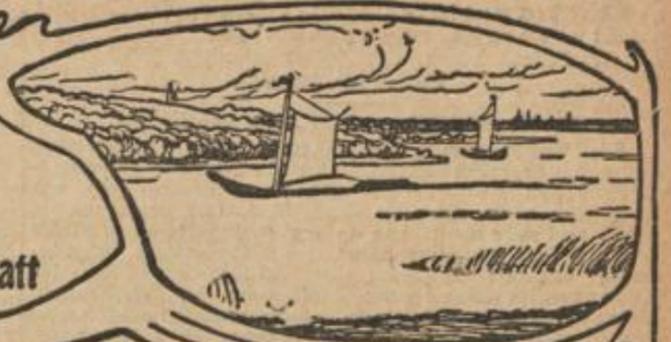
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kohlegeger

Joseph Fingas



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1983.

Nr. 66. Dienstag, den 20. März 1906.

Inserate sechsgealtene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Sossen. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am 21. d. Mts. bei Schinke statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

Nizdorf. Sozialdemokratischer Wahlverein Nizdorf. Dienstag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in Hoppe's Festhale, Hermannstr. 49/50. Tagesordnung: 1. Die Vereidigung der Nizdorfer Arbeiter durch den Stadtverordneten Veltz. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Stadtverordnete Veltz wird zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute abend findet in Gebr. Arnolds „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5, unsere Mitglieder-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: Der politische Massenstreik. Wir bitten unsere Mitglieder, für Besuch dieser Versammlung zu agitieren und recht viel Gäste mitzubringen. Der Vorstand.

Weißensee. Am Dienstag findet eine Flugblattverbreitung zu den Kommunalwahlen statt. Wir ersuchen die Genossen, sich von 6 Uhr ab bei Schmutz, König-Chaussee 38, einzufinden. Das Wahlkomitee.

Ober-Schöneweide. Am Mittwoch, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Starke, Siemensstr. 5, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Interessen des Proletariats. Referent Genosse Störmer. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Heute Dienstagabend 7 1/2 Uhr findet vor den bekannten Stellen am Flugblattverbreitung statt. Jeder Genoss ist verpflichtet, sich daran zu beteiligen.

Friedenau. Die Gemeindevahl fällt heute aus und findet erst am Dienstag, den 27. d. Mts. statt. Wir ersuchen die Genossen, heute abend 8 1/2 Uhr in einer bei Grube stattfindenden Versammlung zu erscheinen.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Reinickendorf. Nun sind auch unsere Gegner mit ihrer Vorbereitung zur Gemeindevahl fertig geworden. Es scheint, als ob es diesmal nicht so leicht war, die verschiedenen Interessen der Hausbesitzer, Bürger- und sonstiger bürgerlichen Vereine auszugleichen. Der Arbeiterklasse gegenüber war man sich bei einig. In der dritten Klasse stellte man kurzerhand den bisherigen Vertreter, Herrn Fabrikbesitzer und Wanddirektor Stoff wieder auf. Seine Vollstimmigkeit unter den kleinen Geschäftslenten usw. soll dazu dienen, das letzte Mandat in der 3. Klasse den Bürgerlichen zu erhalten. Von einer öffentlichen Agitation ist vorläufig nichts zu merken. Diese Arbeit scheinen die bürgerlichen Vereine und Vereinigungen zu vollziehen, um ihre Mitglieder an den Wählern zu bringen. In der 2. Klasse haben sie den Bauernpächter Müller und den Bauern Nicolai aufgestellt.

Hier sind sie ganz siegesicher und glauben daher, sich die Kandidaten nach ihren Wünschen aussuchen zu können, ohne auf Popularität Rücksicht nehmen zu müssen. Aber auch hier haben wir Gegenkandidaten aufgestellt und glawen Erfolge erzielen zu können. Doch bedarf es dazu noch eifriger Agitation unter den uns noch fernstehenden. Jeder hat daher die wenigen Tage bis zur Wahl auszunützen, um für unsere Kandidaten rege zu agitieren. Aufgestellt sind in der 3. Klasse Heinrich Schüller, Provinzstr. 79 und Reinhold Lorenz, Provinzstr. 129 und Wilhelm Otto, Berlinerstr. 112/4 in der 2. Klasse. Die Wahl selbst findet am Donnerstag, den 22. März, für die dritte Wählerklasse und am Freitag, den 23. März, für die zweite Wählerklasse. Um die Reinickendorfer Bevölkerung nochmals auf die Wahl und ihre Bedeutung aufmerksam zu machen, unternahmen unser Genossen heute (Dienstag) abend 7 1/2 Uhr von den bekannten Stellen eine Flugblattverbreitung. Es ist zu wünschen, daß sich jede Genosse daran beteiligt.

Die Gemeindevahl für Schmargendorf ist auf den 26. März festgesetzt, es kann ein Unangenehmer gewählt werden. Trotz der väterlichen Bekanntheit des Wahlkreises werden die Genossen alles aufbieten, um die etwa beabsichtigte Uebergründung zu parieren.

Waldmannslust und Lütbars. Noch ein Tag trennt uns von der Gemeindevahl. Arbeiter, Parteigenossen! Nutzt die kurze Zeit aus, um die zum Wahlsieg erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Unser Kandidat, Genosse Wilhelm Fenker, wird gewählt, wenn jeder seine äußerste Schuldigkeit tut. Sucht deshalb jeder an der Aufstellung der Massen seinen Teil beizutragen. Die Wahl findet morgen nachmittags von 3 bis 6 Uhr in Lütbars statt. Versäume niemand sein Recht auszuüben!

Wahlergebnis.

Kahnsdorfer Mühle. Bei der am 16. März stattgefundenen Gemeindevahlverwahl siegte in der dritten Klasse — das Papier. Von 59 Stimmen, die auf den bürgerlichen Kandidaten Linzener fielen, wurde der größte Teil auf Grund hektographierter Verteilungsformulare abgegeben. Unser Kandidat Genosse Wodding erhielt 16 Stimmen.

Petershagen bei Fredersdorf. Di am 17. d. M. stattgefundenen Gemeindevahlverwahl zur 3. Abteilung hat uns nicht den erhofften Erfolg gebracht. Unser Kandidat erhielt 17 Stimmen, der des Grundbesitzervereins 13 und der Arbeitervereins 12. Es hat somit Stichwahl zwischen unserem Genossen und dem Grundbesitzervereins stattgefunden. Dieselbe ist zum Sonnabend, den 24. d. M., anberaumt. Es muß Pflicht aller sein, dem Gegner, der da glaubt, mit einigen Lagen Bier Humpel zu fangen, die verdiente Niederlage zu bereiten.

Hermisdorf. Bei der gestrigen Gemeindevahlverwahl wurde unser Genosse Sorauer mit 183 Stimmen gewählt. Der Gegner, Gärtner Herrmann, erhielt 103 Stimmen.

In Wanggrafische (Kreis Weesow-Storkow) haben die am Sonntag im Anschluß an die Protestversammlung stattgefundenen Gemeindevahlverwahlen ein für uns außerordentlich günstiges

Resultat erzielt. Gewählt wurden die Kandidaten der Sozialdemokratie in der dritten und zweiten Abteilung und zwar in der dritten Abteilung die Genossen Wollenberg und Wöser, in der zweiten Abteilung die Genossen Wilhelm Kiegel und Otto Schröder. Bravo! Es geht also auch in den ländlichen Orten vorwärts.

Charlottenburg.

Eine Stadtverordnetenwahl für die III. Wählerklasse des 7. Bezirks findet am Montag, den 23. April statt und ersuchen wir die Genossen möglichst jetzt schon für unseren Kandidaten zu agitieren, damit wir bei dieser Wahl als Sieger hervorgehen.

Ein Teil der Untergrundbahn unter Wasser. Durch den Bruch eines Hauptrohres der Charlottenburger Wasserwerke wurde gestern früh 6.30 Uhr ein Teil der Bismarck- und Stummestraße unter Wasser gesetzt. Auch die Untergrundbahn der noch im Bau begriffenen Strecke nach dem Wilhelmplatz und Bestend wurde stark in Mitleidenschaft gezogen. Da es über eine Stunde währte, ehe das Hauptrohr abgeperrt werden konnte, ist durch die große Wassermasse in der Stummestraße ein etwa 40 Quadratmeter großes Loch gerissen und das Asphaltpflaster auf 50 Meter gehoben worden.

Schöneberg.

Zwei besoldete Stadträte wurden in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung gewählt. Die bisher vom Bürgermeister Klantenstein innegehabte Stelle als Syndikus erhielt der Rechtsanwalt Bergmann-Schöneberg. Von 56 abgegebenen Stimmen fielen auf den genannten 29, während der Magistratsassessor Dr. Licht mit 27 Stimmen in der Minderheit blieb. An Stelle des Herrn Dr. Wölk wurde Stadtrat Walger-Halle mit 35 Stimmen gewählt gegen 20 Stimmen, die auf Herrn Dr. Licht fielen. Insgesamt lagen 89 Bewerbungsgesuche vor. — Mit diesen Wahlen sind nunmehr die Stellen der besoldeten Magistratsmitglieder wieder voll besetzt, doch sieht immer noch die Festigung des vor einigen Monaten zum Kammerer gewählten Rechnungsdirektors Machowicz aus.

Lichtenberg.

Am Dienstag, den 13. März, fand in Lichtenberg im Schwarzen Adler eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Der Kampf um die wirtschaftliche Freiheit und Macht“ statt. Der Referent, Genosse Rahenstein, behandelte dieses Thema in eingehender Weise und forderte die Anwesenden zum Anschluß an die gewerkschaftliche und politische Organisation, wie auch zur reger Anteilnahme an dem Genossenschaftswesen auf. Die Diskussion, an welcher sich die Genossen Junger, Witski und Kleinmann beteiligten, bezog sich im Sinne des Referats. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, am 13. März, im Schwarzen Adler versammelten Einwohner von Lichtenberg erklären sich mit den Ausführungen der Genossen Rahenstein und Junger einverstanden und verpflichten sich, neben der politischen und gewerkschaftlichen Organisation sich auch der genossenschaftlichen anzuschließen zum Wohle des einzelnen wie auch des gesamten gedrückten und entrechteten Proletariats.“ Der Vorsitzende, Genosse Kohlert, schloß mit den Worten:

„Leicht ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen. Vereinte Kräfte wird man niemals unterjochen.“

Röpenitz.

Am Donnerstag, den 22. März, veranstaltete das hiesige Gewerkschaftslokal im Stadttheater den III. Theaterabend. Aufgeführt wird „Der Wiberpelz“. Da es gelungen ist, die Hauptrollen mit erstklassigen Berliner Kräften zu besetzen, so bedarf es wohl keiner weiteren Ausführung, daß den Arbeitern Röpenitz ein genussreicher Abend bevorsteht. Trotz der hohen Kosten ist das Eintrittsgeld auf 40 Pf. pro Person festgesetzt und darf deshalb erwartet werden, daß das Haus voll besetzt wird. Einlaßkarten sind zu haben bei Franz Weber, Zigarrengeschäft, Bahnhofstr. 15. Arthur Göhre, Zigarrengeschäft, Grünstr. 11. Adolf Helling, Restaurant, Schönenderferstr. 5.

Ober-Schöneweide.

Heute abend 5 Uhr findet eine öffentliche Gemeindevahlverwahl statt.

Potsdam.

Schulkinder sollen auch beim Einzug des Prinz Eitel Friedrich'schen Ehepaares am Dienstag zur Spalierbildung wieder Verwendung finden. Schon aus Gesundheitsrücksichten fordert dieses Verfahren den stärksten Protest heraus. Die Schulkinder sollen auf der Langenbrücke, auf der selbst bei gutem Wetter ständig Zugluft ist, Aufstellung nehmen und das prinzipielle Paar erwarten. Es heißt aber bei der jetzigen Witterung geradezu Leben und Gesundheit der Kinder leichtsinnig aufs Spiel setzen, wenn Eltern ihren Kindern die Beteiligung an der Spalierbildung auf der Langenbrücke gestatten. Als im vorigen Jahre bei Sonnenglut das tropische Ehepaar seinen Einzug in Potsdam hielt, wurden verschiedene Schulkinder, die im Spalier auf der Langenbrücke standen, ohnmächtig. Daraus sollte man eine Lehre ziehen und bei jetziger, noch ungünstigeren Jahreszeit auf die Beteiligung der Schulkinder beim Einzug des prinziplichen Paares überhaupt verzichten. Entschieden zu verurteilen ist, daß in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung von den beiden Ärzten und den Schulmännern, die derselben angehören, nicht einer gegen die Spalierbildung der Schulkinder bei der jetzigen Jahreszeit Einspruch erhob. Die Herren fürchteten wohl, an ihrer patentierten monarchischen Gesinnung etwas einbüßen zu können.

Die Wahl des Potsdamer Oberbürgermeisters, welche am Freitag die Stadtverordneten-Versammlung vornahm, ergab das überraschende Resultat, daß der Regierungsrat Vosberg vom Reichsversicherungsamt in Berlin mit 33 Stimmen gewählt wurde. Noch am Donnerstag glaubte man, daß die Entscheidung zwischen dem Oberbürgermeister Dr. Krause aus Schneidemühl und dem Oberbürgermeister Leinweber aus Bernburg fallen würde, aber Dr. Krause erhielt nur 22 Stimmen, während Leinweber nicht mehr wie 3 Stimmen auf sich vereinigte. Bürgermeister Wolf aus Spandau erhielt nur 1 Stimme, während der fünfte der zur engeren Wahl gestellten Kandidaten, Bürgermeister Kämel aus Anstett, gänzlich ausfiel. Der Umfassung der Stadtverordneten zugunsten Vosbergs trat nach einer am Donnerstag stattgefundenen vertraulichen Besprechung ein. So ist denn für die zweite Residenz das eingetroffen, was man in eingeweihten Kreisen schon vor Ausschreibung der Stelle verblümt andeutete. Es hieß damals, wie auch von uns gemeldet wurde, daß ein Regierungsrat, der sich hoher Protektion erfreue, der kommende Mann sein würde.

Regierungsrat Vosberg ist 43 Jahre alt, entstammt einer Richterfamilie, studierte erst Philosophie und dann Jura und Staatswissenschaften. 1887 wurde er Referendar, 1892 Assessor, 1897 Amtsrichter, 1899 Landrichter und 1900 Regierungsrat. Während seiner Assessorzeit war Vosberg mehrere Jahre aus dem Staatsdienst beurlaubt und fungierte als Generalbevollmächtigter eines in Preußen und Oesterreich mit großen Fideikommissgütern angelegenen Magnaten. Aus dieser Zeit stammen die einflussreichen Beziehungen, die Vosberg nach oben hin hat. Er soll auch große Kenntnisse im Verwaltungsdiens erworben haben. Im Reichsversicherungsamt wurde er als eine große Arbeitskraft geschätzt. Der neu gewählte Erste Bürgermeister, an dessen baldige Bestätigung nicht zu zweifeln ist, gilt als sehr wohlhabend.

Ein Automobilunfall mit tödlichem Ausgange hat sich in der vergangenen Nacht in Potsdam zugetragen. Dort kam um 11 Uhr ein Automobil von der Glienider Brücke her die Neue Königstraße entlang. Am Ende kam ihm ein Transport Pferde entgegen. Das Automobil wich links nach dem Reitweg hin aus und fuhr hier mit voller Kraft gegen einen Baum und wurde völlig zertrümmert. Der eine Insasse, Adolf Winter, Delonon der Wandbornischen Weinstraße in der Französischenstr. 52 fiel mit dem Kopf gegen den Baumstamm. Der Kopf wurde zerschmettert und Winter wurde als Leiche nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Der Eigentümer des Automobils, Bankier Friedberg, wurde aus dem Wagen hinausgeschleudert und erlitt leichte Hautabwühlungen. Der Chauffeur fiel vorn gegen die Steuerung und blieb unverletzt. Die Herren waren auf der Reise von Berlin nach Magdeburg begriffen.

Die Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ hielt am 14. d. M. ihre ordentliche Generalversammlung ab. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser hier vor zwei Jahren gegründeten Konsumgenossenschaft wird von der organisierten Arbeiterklasse noch nicht genügend gewürdigt. Genosse K. Krüger gab den Bericht über die abgelaufene halbjährliche Geschäftsperiode und richtete an die Anwesenden die Aufforderung, etwas energischer für das eigene Unternehmen tätig zu sein. Was die Genossenschaft leisten konnte, geht daraus hervor, daß ein Teil der Mitglieder in diesem halben Berichtsjahre bereits je für 200—300 M. an Waren aus dem eigenen Konsumgeschäft entnommen hat. Gegenüber den sich immer mehr steigenden Preisen für die notwendigsten Lebensmittel ist die Konsumgenossenschaft eine notwendige Selbsthilfe. Diese ist in Potsdam aber umso nötiger, als hier noch durch die Schlachtsteuer usw. eine ganz bedeutende Extraversteuerung der am meisten gebrauchten Nahrungsmittel eintritt. Das haben wir unseren „Herren im Hause“ der hiesigen städtischen Verwaltung zu danken. Die angeführten Gründe müssen daher jeden vorwärtsstrebenden Arbeiter, jede denkende Frau zur Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ führen. — Das Geschäftskontak befindet sich Junterstr. 15, Anmeldungen dabeifst.

Berliner Nachrichten.

Zum Philharmonie-Voyott

wird ein Flugblatt verbreitet, „damit die Haltung der Neuen freien Volksbühne“ verstanden werde“. In diesem Flugblatt werden die Darlegungen, die der erste Vorsitzende dieses Vereins in der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung machte, in ihren wesentlichen Teilen abgedruckt; außerdem wird in einigen Fußnoten Bezug genommen auf die Erklärungen, die der Aktionsausschuß in dieser Sache abgegeben. Neue Gesichtspunkte sind in dem Flugblatt nicht vorhanden, es sei denn, man betrachte die Bemerkung, daß eine Entgegung des ersten Vorsitzenden auf eine Erklärung des Aktionsausschusses vom „Vorwärts“ in generöser Weise unterdrückt worden sei, als einen solchen. Das könnte bei manchem Leser des Flugblattes vielleicht die Meinung erwecken, als habe der „Vorwärts“ irgend etwas Wesentliches seinen Lesern verschwiegen. Das ist natürlich nicht der Fall. Die „Entgegung“ des Herrn Eitlinger enthielt nichts, was nicht schon in unserem Bericht über die Versammlung enthalten war, und das Herr Eitlinger zuliebe zu wiederholen, dazu lag für uns kein Grund vor.

Zu dieser Angelegenheit erhalten wir noch folgende Zuschrift: Der Vorstand der „Neuen freien Volksbühne“ hatte bei uns den Antrag gestellt, den bestehenden Voyott der Philharmonie aufzuheben. — Obwohl dieser Antrag von allen Wahlkreisen Groß-Berlins mit erbitternder Mehrheit abgelehnt wurde, veranstaltete die Bühne dennoch am 21. April eine Beethoven-Feier in dem gespreizten Lokal und suchte ihr Verhalten in einem längeren Flugblatte zu verteidigen.

Nochmals sei wiederholt, daß wir uns auf Auseinandersetzungen mit Personen, welche außerhalb jeder gewerkschaftlichen und politischen Organisation stehen, nicht einlassen. Wir werden den Herren Doktoren Eitlinger und Wille wahrscheinlich niemals begreiflich machen können, daß die Berliner Kreise Entscheidungen in dieser Angelegenheit so treffen, wie es den einzelnen Wahlvereinen zuzagt, nicht aber wie die genannten Herren bestimmen. — Wir betauern nur die Harmlosigkeit, welche die Deutsche landwirtschaftliche Gesellschaft für einen „Fachwissenschaftlichen Verein“, den „Plattenerverein“ für einen „politischen Verband“ hält und die Vergebung der Säle an die konservative und freisinnige Partei als „verfäht“ erachtet. Auf die Insinuation, daß wir die Neue freie Volksbühne mit Vorzugenommenheit behandeln, halten wir es für unter unserer Würde zu antworten. Es kennzeichnet das nur die ganze Haltlosigkeit der dem Aktionsausschuß gemachten Vorwürfe.

Wir halten jetzt den Antrag des Bühnenvorstandes, unser Verband solle den Voyott aufheben, für eine Täuschung der sozialdemokratischen Mitglieder der Neuen freien Volksbühne, da man sich dem gegenteiligen Bescheid doch nicht fügen wollte.

Der Zentralvorstand beschloß in seiner letzten Sitzung mit allen gegen eine Stimme, die Parteigenossen Groß-Berlins vor dem Besuch dieser Beethoven-Feier in der Philharmonie zu warnen und zu ersuchen, etwa in Parteifreien angebotene Billets zurückzuweisen.

Wer es dennoch mit seiner Ehre und der notwendigen Parteidisziplin für vereinbar hält, die Beschlüsse der Wahlkreise Groß-Berlins zu durchbrechen, stellt sich außerhalb unserer Reihe.

und hat den Ausschluß aus der Organisation und damit aus der Partei zu gewärtigen.

Der Vorstand des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlin und Umgegend.

Die Gemeindefrequenz im „Ubergangsstadium“.

Die „Vossische Zeitung“ meldet, die städtische Schuldeputation habe verfügt, daß in den Gemeindefschulen die Höchstbesetzungsziffer eine weitere Herabsetzung erfahren solle, und zwar sollen in den ersten bis vierten Klassen höchstens 50, in den fünften nicht mehr als 55 und in den sechsten bis achten Klassen nicht mehr als 60 Kinder sitzen. Zu dieser Nachricht ist zu bemerken, daß die Verfügung der Schuldeputation nur den lebendigen Klassen eine Herabsetzung der Höchstfrequenz bringt, während in allen anderen Klassen die gegenwärtige Höchstfrequenz unverändert bleibt. Nach den Herabsetzungen, die in den letzten beiden Jahren für die achten und siebenten Klassen verfügt worden waren, stellte sich jetzt und noch in dem jetzt zu Ende gehenden Winterhalbjahr 1905/06 die Höchstbesetzungsziffer so: in den achten Klassen 60 (früher 65, noch früher 69), in den siebenten Klassen 65 (früher 69), in den sechsten Klassen 60, in den fünften 65, in den vierten 50. Die Bestimmung, daß fortan auch in den siebenten Klassen nicht mehr als 60 Kinder sitzen dürfen, soll mit Beginn dieses Sommerhalbjahres im April in Kraft treten. „Geringe Ueberschreitungen der festgesetzten Zahlen sind“, so fügt die Meldung hinzu, „für die nächste Zeit noch gestattet, wenn die Unterbringung in anderen Schulen Schwierigkeiten machen sollte“. Diefelbe Einschränkung wurde auch bei den früheren Frequenzherabsetzungen gemacht, und tatsächlich sind denn auch die Zahlen noch in sehr vielen Fällen überschritten worden. Unter den achten Klassen gibt es noch heute viele, die über 60 Schüler haben. In manchen achten Klassen geht die Frequenz noch über 65 hinaus, und in einzelnen beträgt sie noch 68 und 69 — ganz so, wie früher. Und das geschieht, obwohl schon seit einem Jahre keine achte Klasse mehr über 65 Schüler und seit dem letzten Herbst auch keine mehr über 60 Schüler haben soll. Hiernach muß leider angenommen werden, daß auch die oben angeführte Verfügung der Schuldeputation an den bestehenden Verhältnissen zunächst nicht viel ändern wird. Immer langsam voran! Die rechnende Sorge der freimüthigen Wallach, Cassel und Konforten duldet kein schnelleres Tempo.

Die Stadtverordneten-Versammlung hält heute eine außerordentliche Sitzung ab.

Vier Personen ertrunken.

Eine schwere Boots-Katastrophe ereignete sich gestern nachmittag auf dem Tegeler See in der Nähe von Haselwerder, wobei vier junge Männer ihren Tod fanden. Ueber die traurige Katastrophe wird von einem Augenzeugen folgender Bericht gegeben:

„Gestern nachmittag gegen 3 Uhr hatten fünf junge Leute bei dem Bootsverleiher Siebert an der Badeanstalt ein fünfzigerboot gemietet und fuhren mit diesem, obwohl die Wellen des Sees ziemlich hoch gingen, in der Richtung nach dem großen Waldsee dem jenseitigen Ufer zu. Als sich das Boot in der Fahrtrinne zwischen der Halbinsel Reihewerder und der Insel Haselwerder befand, wollte einer der Ruderer das Steuer übernehmen und erhob sich von seinem Platze, ohne Rücksicht darauf, daß das leichte Fahrzeug bei dem hohen Wellengange schon ohnehin stark schwankte. Der Ruderschlag war und die fünf Insassen stürzten in die Fluten. Die Katastrophe war von der Mannschaft des in diesem Augenblick von Groß-Reihewerder abfahrenden Personendampfers „Reptun“ beobachtet worden, dessen Führer sofort der Unfallstelle zufuhr. Obwohl er diese schon nach wenigen Minuten erreichte, konnte doch nur einer der Verunglückten, der 29 Jahre alte, in der Panikstraße 45 wohnende Arbeiter Hünze, gerettet werden. Diesem war es gelungen, sich an dem Rande des gekenterten Bootes festzuhalten, während die übrigen vier Personen sofort in den Wellen verschwunden waren. Obwohl das Wasser von der Schiffsmannschaft, sowie auch von den Insassen mehrerer von Reihewerder hinzugekommener Boote abgeseigt wurde, konnten die Leichen der Verunglückten nicht gelandet werden. Die Ertrunkenen sind die 19 resp. 20 Jahre alten Brüder Hermann und Karl Polert, Panikstraße 45 B wohnhaft gewesen, ferner ein Freund der beiden, welcher von den Ertrunkenen Franz genannt wurde und ein Schuhmachergeselle Fuhrmann.

Großfeuer in einer Pumpstation. Gestern morgen gegen 4 Uhr entstand in dem Kohlenraum der Tempelhofer Pumpstation in der Werderstraße durch Selbstentzündung von Kohlen ein Brand, der, als er entdeckt wurde, schon größere Dimensionen angenommen hatte. In kurzer Zeit bildete fast das ganze Hauptgebäude ein einziges Flammenmeer, welchem gegenüber die Tempelhofer Feuerwehre einen schweren Stand hatte. Den energischen Bemühungen der Löschmannschaften gelang es jedoch, den Maschinenraum mit den Maschinen vor dem verderbenden Element zu schützen und den Brand nach dreißigminütiger Wassergabe zu dämpfen. Zwar haben die sämtlichen Nebenräume des Stationsgebäudes sowie auch das Dachgeschoss desselben durch das Feuer stark gelitten, doch ist der Betrieb, da die Maschinen vollständig erhalten geblieben sind, nicht gestört. Die bedeutenden Kohlenvorräte sind allerdings zum größten Teile vernichtet.

Zwei verschwundene Knaben. Aus der elterlichen Wohnung entfernt hat sich vor einigen Tagen der 13jährige Schüler Radzum aus Karlshorst und ist seitdem spurlos verschwunden. Der Knabe hatte einen Zettel hinterlassen, auf dem er den Angehörigen schreibt, er habe beschlossen, aus Furcht vor Bestrafung durch den Vater in den Tod zu gehen. Der Vermißte ist von schmächtiger Statur, trägt leichte, grauen Jackentanzug, eine Radfahrermitze von gleicher Farbe und schwarze Schnürstiefel. — Das Schicksal eines zweiten verschwundenen Knaben beschäftigt die Polizeibehörden der Vororte. Ende Januar entfernte sich der zwölfjährige Schüler Georg Böhle aus seinem Elternhause in Münchberg und ist bis zum heutigen Tage noch nicht dorthin zurückgekehrt. Ob in diesem Falle ein Unglücksfall, ein Verbrechen oder eine dritte Möglichkeit vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. Der verschwundene Knabe ist von schlanker Statur, hat blonde Haare, blaue Augen und war mit schwarz-roter gestreifter Hose, braunem Jackett, grauschwarzer Pudelmitze und großen Schnürstiefeln bekleidet.

Ein heftiger Zusammenstoß, bei dem zwei Personen verletzt wurden, ereignete sich Sonntag gegen Mittag in der Leipzigerstraße und zwar zwischen einem Omnibus und einem Straßenbahnwagen. Der Omnibus 552 der Linie 16 (Spittelmarkt—Schöneberg) kam vom Dönhofsplatz her und wollte bei dem Geschäftshause von Tief einen vor ihm fahrenden Straßenbahnwagen überholen. Hierbei fuhr der Kutscher plötzlich auf die Straßenbahnlinien, als im selben Augenblick der Motorwagen 2802 der Linie 78 (Frankfurter Allee—Wilmersdorf) vom Potsdamer Platz herannahte. Bevor es nun dem Straßenbahnführer gelang, zu bremsen, erfolgte ein heftiger Zusammenstoß. Sämtliche Scheiben auf der linken Seite von dem Omnibus gingen in Trümmer, wobei zwei Passagiere, nämlich eine Frau Steingel aus der Steglitzerstr. 89 und deren 14jähriger Sohn Bruno, durch herumfliegende Glassplitter verletzt wurden. Die Frau erlitt schmerzhafte Schnittwunden an den Lippen und der Sohn solche an der Stirn, Schläfe und Nase. Beide mußten die Hälfte der Unfallstation in der Kronenstraße in Anspruch nehmen. Von dem Straßenbahnwagen wurde die linke Seite des Vorderperons beschädigt und außerdem der Sicherungskasten abgerissen. Passagiere auf der elektrischen kamen nicht zu Schaden. Die Schuld an dem Unfall trifft anscheinend den Omnibusfahrer.

Verloren gegangen ist in der Versammlung am Sonntag Weberstraße 17 ein Portemonnaie und ein Verlobungsring. Der Finder wird gebeten, sich bei G. Varentzin, Eilffelderstr. 81, zu melden.

Gerichts-Zeitung.

Unberechtigte Verfolgung wegen Flugblattverbreitung.

Objektiv widerrechtliche Verfolgungen wegen strafbarer Verbreitung von Flugblättern erfolgen selbst in der nächsten Nähe Berlins. Genosse Tornow aus Nummelsburg erhielt letzthin ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 5 M., weil er das Wahlrechtsflugblatt auf öffentlichen Straßen und Plätzen in Nummelsburg verbreitet habe. Selbstverständlich hatte Genosse Tornow diese Mißthat nicht begangen, sondern hatte die geleglich erlaubte und höchst verdienstliche Tätigkeit der Verbreitung des Flugblattes in geschlossenen Räumen vorgenommen. Er beantragt gerichtliche Entscheidung. Bei der am Sonntag vor dem Schöffengericht II stattgefundenen Verhandlung beantragte der Amtsanwalt selbst die Freisprechung, da zeugeneidlich festgestellt wurde, daß von einer Verbreitung auf öffentlichen Straßen und Plätzen durchaus keine Rede sein konnte. Der Zeuge, der dies wahrheitsgemäß unter seinem Eide aus sagte, war der Veranlasser des Strafmandats selbst, der Gendarm Kowalski. Als der Amtsrichter den Zeugen nun fragte, aus welchem Grunde er denn eigentlich die Feststellung und die darauf folgende Anzeige gegen den Angeklagten vorgenommen habe, erwiderte derselbe, „der Bürgermeister habe ihm den Auftrag erteilt, die Flugblattverbreiter festzustellen und zur Anzeige zu bringen.“

Das Gericht sprach natürlich den Angeklagten frei. Damit scheint uns aber die Sache noch keineswegs erledigt zu sein. Wer erlegt die dem Angeklagten erwachsenen Kosten? Liegt es tatsächlich so, wie nach der Zeugenaussage des Gendarmen anzunehmen ist, so ist der Auftrag zur Feststellung des Flugblattverbreiters und der nachherige Erlaß eines Strafmandats geeignet, die objektiven Tatbestandsmerkmale des § 344 Str.-G.-B. zu erfüllen, der einen Beamten mit Putschhaas bedroht, welcher vorläufig zum Radikal einer Person, deren Unschuld ihm bekannt ist, die Eröffnung einer Untersuchung beantragt oder beschließt. Die objektiven Tatbestandsmerkmale des § 344 Str.-G.-B. reichen hin, um Anspruch auf vollen Schadenersatz gegen den Polizeiverwalter zu begründen. Eine strafrechtliche Verfolgung mag an der Annahme scheitern, daß ihm nicht bekannt gewesen ist, daß das Innere der Häuser nicht zu den öffentlichen Straßen und Plätzen gehört. Es wäre das freilich eine Annahme, die die Frage nahelegt: welche Kenntnisse muß ein Polizeiverwalter besitzen? Das Obergericht nahm früher an: der § 344 und ähnliche des Strafgesetzbuchs sind nutzlos, wenn man die Unkenntnis des Beamten ihm zugute rechnet, falls dies eine unentschuldbare Unkenntnis ist.

Gerichtliches Nachspiel zu den Schöneberger Wahlkämpfen. Aus den Schöneberger Kommunal-Wahlkämpfen ist eine Privatklage entstanden, die gestern vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts II verhandelt wurde. Privatkläger war der Brunnensammler Ernst Treugebrodt in Schöneberg, vertreten durch Rechtsanwalt v. Glasenapp, Angeklagter und Widerkläger der Dr. med. Arnold Samter in Schöneberg. Der Privatkläger war im Jahre 1905 als Kandidat für die Stadtverordneten-Versammlung vom Grundbesitzerverein aufgestellt worden. Dr. Samter war früher einmal sein Gegenkandidat gewesen. Am 11. Oktober fand anlässlich der bevorstehenden Wahl eine öffentliche Versammlung des Bezirksvereins Südwest-Friedenau statt. In dieser Versammlung hat Dr. Samter erklärt: Der Gegenkandidat des Privatklägers sei ein Ehrenmann, das könne er von Herrn Treugebrodt nicht behaupten. Dieser habe sich eine Urkundenfälschung zuschulden kommen lassen, er müßte bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden. Er sei außerdem ein Lügner, denn er habe 1904 keine Wähler belogen. Letztere Wendung bezog sich darauf, daß Herr Treugebrodt seinerzeit von dem Inselbezirk gewählt worden sei unter der Versicherung des Herrn T., daß er nach der Insel ziehen würde; diese Versicherung habe sich als Unwahrscheinlichkeit dargestellt. Die „Urkundenfälschung“ soll darin bestanden haben, daß der Privatkläger den von ihm vorbereiteten Flugblättern eigenmächtig die Unterschriften des Vorstandes des Grundbesitzervereins hinzugesetzt und auch andere ihm bekannte oder befreundete Personen ohne deren Ermächtigung mit ihren Namen unter einem Wahlauftrag habe erscheinen lassen. Die Widerklage des Herrn Dr. Arnold Samter stützt sich darauf, daß der Privatkläger in einem von ihm verbreiteten Flugblatt im Jahre 1904 den Vornamen des Dr. S. als „Aron“ angegeben und alle nationalen Wähler aufgefordert habe, gegen diesen zu stimmen. In dieser falschen Angabe des Vornamens erblickt Dr. S. eine Verleumdung, da sie mit ganz durchsichtiger Tendenz geistheben sei. Eine zweite Verleumdung liege darin, daß sich der Privatkläger später im Schöneberger Rathauskeller dieser Namensverwechslung gerühmt und gelobt habe, er habe es dem Dr. S. damit gut besorgt. — Nach einer sehr umfangreichen Beweisaufnahme gelangte das Gericht zur Beurteilung beider Parteien und zwar des Dr. S. unter zu 50 Mark, des Herrn Treugebrodt zu 20 Mark Geldstrafe.

Verfassungen.

Ueber die Lohnbewegung der Maler wurde in einer öffentlichen Versammlung debattiert, welche die Gewerkschaft der Maler (Lokalorganisation) einberufen hatte. Die Versammlung fand am Freitag in Dräfels Saal statt, der bis zum äußersten gefüllt war. Bei der Bureauwahl kam es schon zu Streitigkeiten zwischen Vertretern der lokalistischen und der zentralistischen Richtung, von denen jede das Bureau aus ihrer Mitte befehlen wollte. Nach mehrmaliger Abstimmung bezeichnete der Einderufer Behrend das Bureau der Lokalistin als gewählt, während das Abstimmungsergebnis von der anderen Seite angezweifelt wurde. Trotz lebhaften Widerspruchs der Zentralisten blieb die Leitung der Versammlung in den Händen der Lokalistin. — Das Referat über das Thema: „Streik oder langfristiger Tarifvertrag“ hielt Behrend. Redner wandte sich gegen den Abschluß langfristiger Tarifverträge. Dann führte er aus, die Baukonjunktur sei immer noch so günstig, daß die Maler vor einem Streik nicht zurückzudenken dürften. Die Lohnkommission solle nicht so lange zaudern, sondern den Unternehmern einfach sagen: Entweder unsere Forderungen werden bewilligt, oder wir streiken. — Hierauf nahm A. I. als Vertreter der Vereinigung der Maler (Zentralorganisation) das Wort. Er bestritt entschieden, daß seine Organisation eine Beschäftigungstaktik betreibe. An den aufgestellten Forderungen werde festgehalten. Die Vereinigung denke aber nicht daran, sich ohne Ueberlegung in den Streik zu stürzen. Von einer nur einjährigen Tarifdauer, wie sie der Referent wünscht, könne gar keine Rede sein. Aus praktischen Gründen müsse ein Tarif für längere Zeit abgeschlossen werden. Schließlich wandte sich der Redner dagegen, daß die Versammlung einberufen sei, während die Verhandlungen mit den Unternehmern noch schweben. Von einer so frühen Versammlung lasse sich die Lohnkommission keine Direktive erteilen. Maßgebend seien die Beschlüsse der großen von der Vereinigung einberufenen Versammlung. An der weiteren Debatte beteiligten sich verschiedene Redner von beiden Seiten. Als schließlich eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution vorgelegt wurde, verlangte A. I., daß über dieselbe überhaupt nicht abgestimmt werde. Die Abstimmung erfolgte aber doch, die Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Sie lautet: „Die Versammlung protestiert ganz energig gegen den Abschluß eines Tarifs, der weniger als 70 Pf. Stundenlohn und den 8½ stündigen Arbeitstag bringt, ebenso ist

die Versammlung gegen einen Tarif, der länger als ein Jahr dauert.

Die Modell- und Fabrikflüchtler versammelten sich am Donnerstag bei Schmidt in der Gartenstraße. Neben kleineren Berufsangelegenheiten wurden hauptsächlich Anträge zur Modellflüchtlerkonferenz in Halle und zum Verbandstage besprochen. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß es sich bei der Konferenz nur darum handelt, daß die einzelnen Sektionen stärkere Fühlung mit einander gewinnen und die Agitation mehr zu beleben, nicht um wichtige Beschlüsse durchzuführen. Dazu ist der Verbandstag da, auf welchem u. a. eine Erhöhung der Beiträge beschlossen werden soll. Der Hauptvorstand schlägt vor, den Beitrag von 35 auf 40 Pf. und mit Einführung der Krankenunterstützung auf 50 Pf. zu erhöhen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Im Laufe der Diskussion wurden manche Mißstände im Verufe scharf kritisiert. Es wurden strengere Maßregeln gegen die Gewohnheit des Umschauholens nach Arbeit, ebenso gegen das Ueberstundensystem gewünscht. Mit der Haltung der „Holzarbeiter-Zeitung“ waren verschiedene Redner sehr unzufrieden. Die Stellung dieser Zeitung zum „Vorwärts“-Konflikt und die Art ihrer Polemik mit der „Neuen Zeit“ wurden gerügt. — Die Wichtigkeit von Agitationskommissionen wurde nachdrücklich betont und die Versammlung wünschte, daß die Konferenz in dieser Richtung Schritte tun solle.

Die Tischler, welche in Spezialbetrieben für Anfertigung von Büfeln und Herrenschreibstühlen beschäftigt sind, hatten am Donnerstag in den Andros-Betrieben eine Versammlung, um die Frage zu erörtern, ob sich nicht in der genannten Spezialbranche ein Grundtarif aufstellen lasse. In seinem einleitenden Referat betonte Wenzel darauf, daß seinerzeit in dem Betrag mit den Unternehmern zugestanden worden sei, für sogenannte Stapelworte, was heißt für die in den verschiedenen Betrieben hergestellten gleichartigen Sachen, Grundtarife aufzustellen. Ein solcher Grundtarif wäre für die von den Versammelten vertretenen Betriebe möglich und auch notwendig im Interesse der Kollegen. Heute beriefen sich die einzelnen Unternehmer immer auf die verschiedenen Rechte bei den anderen, wenn ihnen wegen der Affordgabe Vorhallungen gemacht würden. Dem könne man durch einen Grundtarif vorbeugen. — Nach lebhafter Debatte, in der auch eine Reihe Spezialfragen erörtert wurden, beschloß man, eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Grundtarifs zu betrauen. Es wurde zu diesem Zweck eine vierzehngliedrige Kommission gewählt.

Eine Schuhmacherverversammlung fand am Montagabend bei Keller in der Koppenstraße statt. Gammacher referierte über das Thema: „Wie stellen sich die Schuhmachergesellen zu der von der Innung beschlossenen Preiserhöhung auf Schuhwaren und Reparaturen?“ — In der letzten Quartalsversammlung der Innung wurde die Preiserhöhung beschlossen und später ein Flugblatt verbreitet, in welchem die Meister zum gemeinsamen Handeln aufgefordert werden. Es wird darin von den hohen Löhnen, von der allgemeinen Forderung und von höheren Arbeitslöhnen gesprochen. Der Redner kritisierte den Inhalt des Flugblattes und wandte sich scharf gegen die Annahme, daß die Gehälter höhere Löhne bekommen hätten. Die Innungsmeister, so meinte er weiter, seien gerade die Stützen der Volkswirtschaft, die ihnen das Leder verteuert habe. Es werde sehr schwer sein, eine allgemeine Preiserhöhung, die besonders für Reparaturen beabsichtigt sei, zu erzielen. Ingegen sei die Einigkeit unter den Meistern schnell hergestellt, wenn es sich um eine Herabsetzung der Löhne handelte. Dr. Redner erklärte in längeren Ausführungen den Uebergang des Handwerks in letzter Zeit, herbeigeführt durch die Umwälzung in der Produktion. Zweidrittel aller Meister sind hauptsächlich auf Kleinarbeit angewiesen. Von 1882—1895 sank die Zahl der Selbständigen um 4 Proz., die Zahl der Gesellen um 9 Proz. In den letzten zehn Jahren ist die Abnahme sicher noch eine stärkere geworden. Die „Erfindung“ der Nähmaschine hat aber nicht etwa weil die Meister sich der Ausbeutung der jungen Schämern, sondern weil es im Publikum immer mehr belampt geworden ist, daß die Schuhmacher unter allen Handwerklern am schlechtesten gestellt sind. Die Versammlung ist einberufen worden, um eine Agitation einzuleiten für eine Hebung der allgemeinen Lage der Schuhmachergesellen. Es sei den Meistern durchaus nicht zu verdenken, daß sie ihre Waren zu höheren Preisen zu verkaufen suchen, aber die Gehälter vermindern sich gegen die Behauptung, daß eine Erhöhung der Arbeitslöhne daran schuld gewesen sei. Sie verlangen jetzt, daß der von den Meistern längst gekannte Minimal-Lohnsatz vom Jahre 1903 durchgesetzt werde. Das ist nicht mehr wie recht und billig, kann aber nur durch die Macht der Organisation geschehen. Außerdem handelt es sich noch um eine Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit.

Eine lebhafte Diskussion entspann sich, in welcher die Ausführungen des Referenten noch ergänzt wurden. Der Vorsitzende fragte, ob ein Arbeitgeber das Wort wünsche, aber es meldete sich niemand; er forderte dann mit fernen Worten alle diejenigen zum Beitritt an, die bisher der Organisation ferngeblieben. — Der Verlauf der Versammlung ließ leider zu wünschen übrig; aber man hofft, daß die fortgesetzte Agitation gute Resultate zeitigen wird.

Vermischtes.

Godwasser auf der Elbe.

Wie von Dresden gemeldet wird, führt die Elbe Godwasser. Der Pegelstand betrug gestern früh 210 Zentimeter über Null. Nachrichten aus Dähmen lassen für heute ein weiteres Steigen der Elbe hier erwarten.

Erdbeben.

In Agri auf Formosa wurden mehrere hundert Gebäude durch ein schweres Erdbeben zerstört, viele hundert Menschen wurden getötet und eine große Anzahl verwundet.

Briefkasten der Redaktion.

P. D. 100. 1. V. 2. Wenden Sie sich an den Kommissionsvorsteher Babilas, O. 34, Peterstraße 81. — Zwei Weizende. 1. 3 Prozent. 2. 1—3000 M. 3. 3000 V. — M. D. 25. Eine für eine aufgeliarte Arbeiterfrau passende Zeitheft für Haushalt, Schneiderei, Mode usw. können wir nicht. Erhöhere Kochbücher sind die von Schreiber, Davidis, Hedwig Deul u. a. — G. D. L. 1. Wenden Sie sich an die Geschäftsstelle Dramenstr. 2. Unentgeltliche Auszubildende sind nicht bekannt. — Oberbranner. Der Spiegel depolierte damals 60 M. — R. 90. Auskunft durch den Komm.-Vorst. Bährner, Brunnenstr. 125, und Rentier Hollnisch, Straßburgerstr. 32. — R. V. 1. Rein. 2. Ja. 3. Amsterdam. — H. 1001. In unterschieden „passa“ (mühsam) und „passo“ (weiblich). Im Sinne von vertragen, abgenutzt bez. verbraucht. — T. D. Rein. — Uncretin. „Aus nichts wird nichts“. Nach Ansicht des Epikur vor Antez. Von vielen heute noch nicht begriffen.

Leih-Haus Charlottenburg, Friedrich-Karl-Platz 12, Berlin, Anhalter-Strasse 2. Verleihung von Bekannten, Gold- und Silberfassen, Uhren, Bäckern, Bäcker, Kleiderbüchsen etc.	Leih-Haus Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 40 I. Hohe Verleihung, Diskr. Sprechzimmer. Gegenstandskauf in Brillanten, Uhren, Gold- u. Silbersachen. [2295]
---	--